

Inhaltsverzeichnis

0.	Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat	3
1.	Einleitung	11
1.1.	Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?	11
1.2.	Zielhierarchie der Planungs-instrumente	11
1.3.	Zeitliche Koordination	11
1.4.	Neuerungen gegenüber dem IAFP 2012 – 2015	11
1.5.	Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2)	11
1.6.	Planungsgrundlagen.....	12
1.7.	Massnahmenplan 2013	13
2.	Finanzielle Übersichten	14
2.1.	Gesamtschau	14
2.2.	Ergebnisse.....	15
2.3.	Finanzkennzahlen.....	23
2.4.	Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2012 – 2015	25
2.5.	Eingeschränkte Handlungsautonomie	29
3.	Verwaltungseinheiten	31
3.1.	Behörden und Staatskanzlei	31
3.2.	Bau – und Justizdepartement	33
3.3.	Departement für Bildung und Kultur.....	40
3.4.	Finanzdepartement	46
3.5.	Departement des Innern	51
3.6.	Volkswirtschaftsdepartement	58
3.7.	Gerichte	63

0. Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat

0.1. test

1

Anzahl Seiten leer im IAFP-Dokument!

1. Einleitung

1.1. Was ist der integrierte Aufgaben- und Finanzplan?

Der integrierte Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) ist das zentrale mittelfristige Planungsinstrument des Regierungsrates: Für einen Zeithorizont von 4 Jahren wird die geplante Aufgaben- und Finanzentwicklung über alle staatlichen Tätigkeiten dargestellt und erläutert. Die gesetzliche Grundlage für den IAFP wurde mit dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1), welches per 1. Januar 2005 in Kraft trat, geschaffen.

Der IAFP ist eine rollende Planung. Er wird vom Regierungsrat jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei darauf folgenden Jahre erstellt. Im Gegensatz dazu wird der Legislaturplan nur alle vier Jahre erstellt und konzentriert sich auf die politischen Schwerpunkte einer Amtsperiode. Im IAFP sind die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem IAFP des Vorjahres sowie innerhalb der Planperiode auszuweisen und zu begründen (WoV-G; §16 Absatz 2). Damit soll eine nachvollziehbare und seriöse Planungsarbeit gewährleistet sein. In jedem Aufgabenbereich wurden konkrete Massnahmen zur Erreichung der Legislaturziele vorgesehen. Der Arbeitsstand der Massnahmen wird laufend aktualisiert und hier rapportiert. Der Regierungsrat legt den IAFP jährlich dem Kantonsrat zur Kenntnisnahme vor.

1.2. Zielhierarchie der Planungsinstrumente

Nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) werden die Wirkungsziele und Leistungsvorgaben in folgenden Beschlussformen festgelegt:

- a) die langfristigen sowie alle grundlegenden Ziele in der Gesetzgebung
- b) die mittelfristigen Ziele im Legislaturplan und im IAFP
- c) die kurzfristigen Ziele im Voranschlag / Globalbudget und Jahresplan.

Verfassung und Gesetz sind den aufgeführten Instrumenten übergeordnet. Der Regierungsrat kann aber in seinen Plänen (Legislaturplan / Integrierter Aufgaben- und Finanzplan) eine Änderung des rechtlichen Rahmens vorsehen, wenn vorgesehene Massnahmen dies notwendig machen. Das letzte Wort hierzu hat aber in jedem Fall der Kantonsrat bzw. das Volk. Bei den Leistungsaufträgen auf der Ebene Globalbudget gehen Verfassung und Gesetze in jedem Fall vor.

Der IAFP hat eine koordinierende Schnittstellenfunktion zwischen den gesetzlichen Bestimmungen und den politischen Schwerpunkten des Legislaturplanes. Zusätzlich werden die allgemeinen Zielsetzungen und Absichtserklärungen konkret in den Massnahmen / Projekten beschrieben, welche direkt über die Jahresplanung der Departemente die Mitarbeiterziele beeinflussen.

Aufgabengliederung nach Verwaltungseinheiten

Der IAFP wird gemäss der bestehenden und gelebten Organisationsstruktur der Verwaltung abgebildet (Behörden und Staatskanzlei, 5 Departemente, Gerichte, RRB 2008/43). Der IAFP ist somit vergleichbar mit dem

Voranschlag und dem Geschäftsbericht, welche die gleichen Strukturen aufweisen.

Die staatliche Buchhaltung führt einzelne Profitcenter, welche sich in Globalbudgets und Finanzgrössen aufteilen. Für die Globalbudgets sind entsprechende Leistungsaufträge und Saldovorgaben mit den mehrjährigen Globalbudget-Vorlagen verabschiedet worden. Was nicht direkt durch die Leistung einzelner Dienststellen beeinflusst werden kann, wie zum Beispiel Steuererträge, Gebühren, Bussen, usw. wurde den sogenannte Finanzgrössen zugewiesen.

1.3. Zeitliche Koordination

Der IAFP wird jedes Frühjahr vor dem Voranschlag erstellt. Die Finanzkommission hat damit aktuelle Grundlagen für die Bestimmung der Budgetvorgaben zur Verfügung (Rechnung 2011 und der vorliegende IAFP). Der vorliegende IAFP bezieht sich auf den Legislaturplan 2009 - 2013.

1.4. Neuerungen gegenüber dem IAFP 2012 – 2015

Es sind keine wesentlichen inhaltlichen oder strukturellen Änderungen im IAFP-Bericht vorgenommen worden. Die Einführung vom HRM2 auf den 1. Januar 2012 im Kanton Solothurn führte in verschiedenen Kapiteln zu ergänzenden Bemerkungen.

1.5. Einführung des Harmonisierten Rechnungslegungsmodells 2 (HRM2)

Mit RBB Nr. 944 vom 26. Mai 2009 wurde beschlossen, das neue Rechnungsmodell HRM2 im Kanton Solothurn auf den 1. Januar 2012 einzuführen. Das Projekt ist erfolgreich verlaufen, die Systemumstellung erfolgte termingerecht, so dass ab 1. Januar 2012 mit dem HRM2-Standard abgerechnet wird. Das Restatement des Finanz- und Verwaltungsvermögens per 1. Januar 2012 ist zurzeit noch im Gange. Dies hat unter anderem den Grund, dass die PKSO-Gesetzgebung überarbeitet wird und zum heutigen Zeitpunkt wichtige Entscheide noch ausstehen. Es wird deshalb darauf verzichtet, provisorische Angaben zu machen, da diese nicht verlässlich wären. Die Eingangsbilanz per 1. Januar 2012 ist demnach noch nicht definitiv vorhanden. Die definitive Eingangsbilanz per 1.1.2012 wird in einem Bilanzanpassungsbericht zusammen mit dem Geschäftsbericht 2012 der Regierung und dem Parlament unterbreitet.

1.5.1. Die wichtigsten Neuerungen

Bilanzstruktur

Es wird ein neuer Kontenplan eingeführt mit siebenstelligen Kostenarten.

Bewertung Finanzvermögen

Positionen mit einem stark schwankenden Marktwert sollen jährlich neu bewertet werden. Beim Übergang auf HRM2 wird das bestehende Finanzvermögen auf Basis der Verkehrswerte neu bewertet.

Bewertung Verwaltungsvermögen.

Um in der Bilanz aktuelle Werte ("true and fair view") ausweisen zu können, wird eine Neubewertung der bestehenden Anlagegüter des Verwaltungsvermögens vorgenommen.

Anlagenbuchhaltung

Die Anlagenbuchhaltung wird eingeführt. Damit können die Vermögenswerte des Verwaltungsvermögens einzeln erfasst und über die Nutzungsdauer abgeschrieben werden.

Abschreibungen über die Nutzungsdauer

Gemäss RRB Nr. 944 vom 26. Mai 2009 soll die Abschreibung der Anlagen im Verwaltungsvermögen linear auf der Basis der Nutzungsdauer nach Anlagekategorien (Anlageklassen) erfolgen. Dies gilt auch für Anlagen der Spezialfinanzierungen. Zusätzliche Abschreibungen werden nicht zugelassen.

Unterdeckung der Pensionskasse

Diese wird als Eventualverbindlichkeit ausgewiesen. Sobald die Fälligkeit aufgrund gesetzlicher Bestimmungen eintritt, wird die Bilanzierung als passive Rechnungsabgrenzung vorgenommen.

Berichterstattung

Die Jahresrechnung enthält bereits heute Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung und einen Anhang. Der Anhang wird mit der Einführung von HRM2 ergänzt um die Deklaration der Rechnungslegungsgrundsätze, den Eigenkapitalnachweis, den Rückstellungs-, Beteiligungs- und Anlagenpiegel und weiteren wichtigen Angaben für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

1.6. Planungsgrundlagen

Bei der Erstellung des vorliegenden Plans gingen wir von folgenden volkswirtschaftlichen Eckdaten aus:

Wirtschaftswachstum (BIP real)

Die Konjunktur in der Schweiz kühlte sich bis Ende 2011 merklich ab, eine weitere Verschlechterung scheint jedoch unwahrscheinlich. Seit Anfang Jahr hat sich die Euro-Schuldenkrise leicht entspannt, und die Konjunkturmfragen in der Schweiz zeigen erste Stabilisierungstendenzen. Damit bestehen gute Aussichten, dass die Konjunkturdelle in den nächsten Monaten überwunden wird und das Wachstum im weiteren Jahresverlauf allmählich Fahrt aufnimmt. Die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes (seco) rechnet für 2012 mit einem verhaltenen BIP-Wachstum von 0,8%, das sich 2013 weiter festigen dürfte (+1,8%). Einer stärkeren Wachstumsdynamik dürfte die nur langsam vorankommende globale Erholung entgegenstehen, weil dadurch die schweizerischen Exportpotenziale begrenzt werden. Bei der Arbeitslosigkeit könnte eine positive Trendwende allerdings noch bis ins nächste Jahr hinein auf sich warten lassen. Erfahrungsgemäss reagiert der Arbeitsmarkt erst mit einer gewissen Verzögerung auf die allgemeine Konjunkturentwicklung. Im Jahresdurchschnitt werden Arbeitslosenquoten von 3,4% für 2012 sowie 3,7% für 2013 prognostiziert.

Teuerung

Seit Herbst 2011 verharret die Teuerung in der Schweiz im negativen Bereich. Die sinkende Preisentwicklung ist massgeblich eine Folge der Frankenstärke. Das Bundesamt für Statistik rechnet für 2012 mit einer durchschnittlichen Jahresteuierung von rund -0,4%. Für 2013 wird die Teuerung auf rund 0,4% geschätzt. Die Lohnmassnahmen werden alljährlich von den Sozialpartnern ausgehandelt, deshalb ist in den Planjahren 2013 – 2016 keine zusätzliche Teuerung bei den Personalkosten berücksichtigt. Die Lohnkosten sind damit auf dem Stand des Voranschlages 2012 für alle Planjahre fortgeschrieben.

Bevölkerungswachstum

Bei der Berechnung der Nettoverschuldung pro Einwohner/in gehen wir davon aus, dass die Einwohnerzahl des Kantons Solothurn jährlich um rund 800 Einwohner/innen zunimmt. Als Basis dienen die aktuellen Bevölkerungszahlen per 31.12.2011.

Steuerertrag

Das Kantonale Steueramt geht von einer weiteren Erholung der Konjunktur aus und rechnet mit jährlichen Wachstumsraten bei den Steuern von rund 2,0%. Die vom Kantonsrat für 2012 beschlossene Steuerfussreduktion bei den natürlichen Personen von 104% auf 100% führt zu einem Ertragsausfall von 22,3 Mio. CHF im 2012. Gleichzeitig tritt per 1. Januar 2012 Teil 2 der kantonalen Steuergesetzesrevision in Kraft. Er beinhaltet Steuerentlastungen bei den Vermögens- und Gewinnsteuern. Die jährlichen Mindereinnahmen dürften bei 12 Mio. CHF liegen.

Steuerfuss

Im vorliegenden integrierten Aufgaben- und Finanzplan ist der Steuerfuss wie in den Vorjahren für die allgemeine Staatssteuer mit 104% eingesetzt. Einzig im Jahre 2012 ist der Steuerfuss für natürliche Personen auf 100% festgelegt (KRB 163/2011 vom 14. Dezember 2011).

Berücksichtigung bundespolitischer Vorhaben

Massgeblichen Einfluss auf die Planjahre 2013 – 2016 hat die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), welche am 1.1.2008 in Kraft getreten ist. Die Berechnung des Ressourcenausgleichsbetrages ist sehr komplex. Der Anteil des Kantons Solothurn ist abhängig von der Entwicklung des eigenen Ressourcenindex, aber auch massgeblich von den Bewegungen der anderen 25 Kantone. Deshalb sind bereits mittelfristige Prognosen ungenau. Für 2013 wirken sich die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Berechnungsgrundlagen (Steuerdaten 2007-2009) weiterhin aus. Für die Jahre 2013 – 2016 basieren die Zahlen auf dem aktualisierten FkF-Schätzmodell für den NFA-Ressourcenausgleich des BAK Basel (März 2012). Alle weiteren, noch nicht definitiv beschlossenen Vorhaben auf Bundesebene, welche den Finanzhaushalt des Kantons teilweise in einem beträchtlichen Masse beeinflussen können (Aufgabenüberprüfung des Bundes, Unternehmens- und Familienbesteuerungsreform, etc.), sind hingegen im vorliegenden IAFP noch nicht berücksichtigt.

Berücksichtigung befristeter Geschäfte

In der Finanzplanung sind sämtliche befristeten Geschäfte so abgebildet, wie diese von den kantonalen Behörden beschlossen wurde (insbesondere Pflegeversicherung und Beitrag an den innerkantonalen Finanzausgleich).

Stichtage

Für die Finanzdaten gilt als Stichtag der 30. April 2012. Berücksichtigt sind die Daten des verabschiedeten Geschäftsbericht 2011 (RRB Nr. 2012/543 vom 13. März 2012) und des Voranschlags 2012 (KRB Nr. 163/2011 vom 14. Dezember 2011).

Legislaturplan

Bei jedem Aufgabenbereich sind die Vorgaben aus dem Legislaturplan 2009 - 2013 explizit aufgeführt. Die Vorgaben basieren auf dem im August 2009 verabschiedeten Legislaturplan (SGB 148/2009), ergänzt und / oder abgeändert um die vom Kantonsrat eingereichten Planungsbeschlüsse, denen der Regierungsrat teilweise zugestimmt hat.

1.7. Massnahmenplan 2013

Im Legislaturplan 2009 – 2013 wurde unter C.1.4 Nachhaltige Finanzpolitik, S.12 festgelegt, dass „aufgrund der schlechten Finanzentwicklung im IAFP“ eine Massnahmenplanung vorzunehmen sei (KRB 148/2009, Planungsbeschluss 10).

Der „Massnahmenplan zur Erreichung einer mittelfristig ausgeglichenen Staatshaushaltes“, welcher Verbesserungen der Erfolgsrechnung in der Grössenordnung von maximal 88 Mio. CHF Ausgaben- und Einnahmenseitig vorsieht, wird als eigene Vorlage, jedoch gleichzeitig mit dem IAFP 2013 – 2016 dem Kantonsrat vorgelegt. Die Massnahmen sind in den Finanzplanzahlen 2013 – 2016 nicht enthalten und müssen einzeln beschlossen werden.

Verbesserungsmassnahmen im IAFP

Kleinere strukturelle Verbesserungsmassnahmen in Kompetenz der Departemente oder des Regierungsrates, welche in der Planungsperiode 2013 – 2016 realisiert werden können, sind jedoch bereits in den Finanzplanzahlen 2013 – 2016 abgebildet.

Sparmassnahmen welche im IAFP 2013-2016 integriert sind:

Dep.	Amt	Bezeichnung	Entlastung wirksam im Geschäftsjahr (in Fr. 1'000.-)			
			2013	2014	2015	2016
VVD	DSVVD	Stiftungsaufsicht: Anpassung der Gebühren		50	50	50
BJD	DSBJD	Erneuerung der Staatsfahrzeuge nach 10 Jahren und nicht wie bisher nach 8 Jahren	50	50	50	50
BJD	ARP	Reduktion Massnahmen nachhaltige Entwicklung. Nach Art. 73 BV besteht ein Verfassungsauftrag, dass Bund und Kantone Massnahmen ergreifen zur nachhaltigen Entwicklung. Sparpotential wenn gewisse Dienstleistungen nicht mehr kostenlos sind.	0	0	20	20
BJD	AfU	Reduktion Investitionen (IR) Wasserbau	0	500	500	500
FD	AS	Verzicht auf Aussenvollzug durch die Betriebsämter	300	300	300	300

2. Finanzielle Übersichten

2.1. Gesamtschau

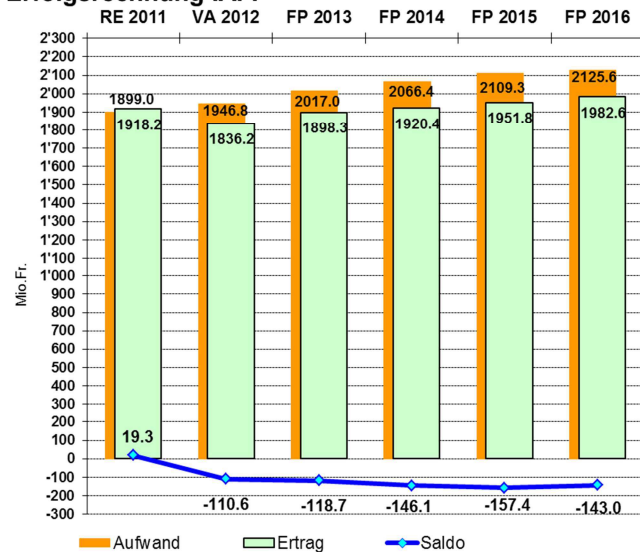
Leistungen

Die Sicht auf die Leistungen mit den entsprechenden Massnahmen sind in den einzelnen Departementen aufgelistet und werden hier nicht weiter kommentiert.

Finanzen

Der Voranschlag 2012 schliesst in der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von 110.6 Mio. CHF ab. 2013 verschlechtert sich das Ergebnis auf 118.7 Mio. CHF. Die weiteren Planjahre weisen ein zunehmendes Defizit aus, welches sich bei rund 150 Mio. CHF zu stabilisieren scheint.

Erfolgsrechnung IAFP



Strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF

Die Finanzplanjahre 2014 - 2016, welchem in diesem Jahr aufgrund der gleichzeitigen Erarbeitung des Massnahmenplans erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt wurde, sind geprägt durch ein strukturelles Defizit von rund 150 Mio. CHF, welches stark von folgenden vier Faktoren geprägt wird.

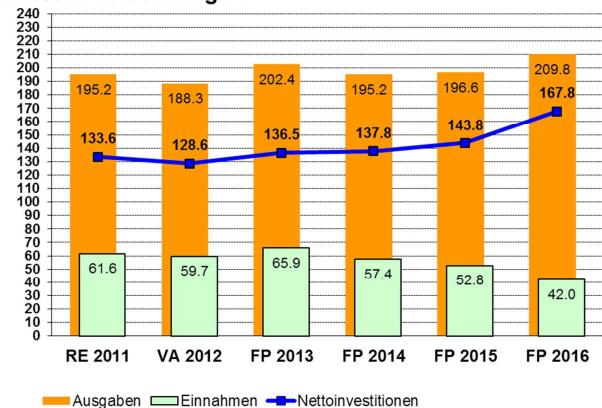
- 1) Reduzierte Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an die Kantone. Rückgang von ca. 33.0 Mio. CHF für den Kanton Solothurn.
- 2) Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) mit der freien Spitalwahl führt 2012 beim Kanton zu Mehrkosten von rund 40 Mio. CHF (Kostenbeteiligung des Kantons von 50 %), bis 2017 zu rund 60 Mio. CHF (wenn der Kanton den gesetzlich vorgeschriebenen Satz von 55 % der Spitalkosten tragen wird).
- 3) Deutliche Kostensprünge namentlich in den Bereichen Bildung (verschiedene vom Volk und dem Kantonsrat gutgeheissene Reformen) und Soziales (Ergänzungsleistungen im Alter und IV (EL AHV/IV)).
- 4) Die vom Kantonsrat beschlossene Steuersatzreduktion von 104 auf 100 % der Staatssteuer bei natürlichen Personen führt 2012 zu Einnahmehausfällen von 22,5 Mio. CHF. Zudem wird ab diesem Jahr auch der zweite Teil der Steuergesetzreform 2007 wirksam, was zu Einnahmehausfällen von rund 15 Mio. CHF

führt. Weiter führt die labile Wirtschafts- und Finanzlage zu tieferen, volatileren Steuererträgen bei den juristischen Personen.

Grossprojekte

Die Nettoinvestitionen bleiben in den kommenden drei Jahren relativ konstant auf 135 Mio. CHF. Im Finanzplanjahr 2016 ist mit dem geplanten Neubau des Bürgerspitals Solothurn ein Anstieg zu verzeichnen. Geprägt ist die Investitionsrechnung von den laufenden Grossprojekten im Strassenbau (Entlastung Region Olten ERO), im Hochbau (Neubau FHNW Olten, Bürgerspital Solothurn, Straf- und Massnahmenvollzugsanstalt 'im Schache'), die Wasserschutzbauten und dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Investitionsrechnung IAFP



2.2. Ergebnisse

in Mio. Fr	RE 2011 HRM1	VA 2012 HRM2 ¹⁾	FP 2013 HRM2	FP 2014 HRM2	FP 2015 HRM2	FP 2016 HRM2
1. Erfolgsrechnung						
Total Aufwand	1'899.0	1'946.8	2'017.0	2'066.5	2'109.2	2'125.6
Total Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	-1'898.3	-1'920.4	-1'951.8	-1'982.6
Operativer Ertragsüberschuss (-)						
Aufwandüberschuss (+)	-19.3	110.6	118.7	146.1	157.4	143.0
2. Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	195.2	188.3	202.4	195.2	196.6	209.8
Total Einnahmen	-61.6	-59.7	-65.9	-57.4	-52.8	-42.0
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	136.5	137.8	143.8	167.8
3. Finanzierung						
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	136.5	137.8	143.8	167.8
- Abschreibungen	-95.3	-63.2	-67.7	-68.8	-67.2	-70.2
+/- Zuweisung ins Eigenkapital	-19.3	110.6	118.7	146.1	157.4	143.0
Finanzierungsüberschuss (-)						
Finanzierungsfehlbetrag (+)	19.0	176.0	187.5	215.1	234.0	240.6
4. Eigenkapital (EK) nach HRM1						
Stand EK per 01.01.	571.6	590.9	480.3	361.6	215.5	58.1
Ertrags- bzw. Aufwandüberschuss	19.3	-110.6	-118.7	-146.1	-157.4	-143.0
Eigenkapital ohne Aufwertung per 31.12.	590.9	480.3	361.6	215.5	58.1	-84.9
Aufwertung HRM2	2)	2)				
Eigenkapital nach Aufwertung per 31.12.	590.9	480.3	361.6	215.5	58.1	-84.9
5. Nettoverschuldung	-23.8	152.2	339.7	554.8	788.8	1'029.4
Nettoverschuldung je Einwohner in Fr.	-92	589	1'311	2'134	3'025	3'936
6. Selbstfinanzierungsgrad	86%	-37%	-37%	-56%	-63%	-43%

(= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)

¹⁾Die Zahlen im VA 12 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2011 aktualisiert.

²⁾Aufgrund der noch definitiv festzulegenden Korrektur des Eigenkapitals unter HRM2 können keine endgültigen Angaben gemacht werden.

Auswirkungen von HRM2 im IAFP 2012

Der IAFP 2013 bis 2016 wird nach den neuen Rechnungslegungsgrundsätzen HRM2 erstellt. Die Zahlen, insbesondere die Neubewertungen der Sachgüter und Beteiligungen, können zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definitiv festgelegt werden.

Spezialfinanzierungen unter HRM2

Im Harmonisierten Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden (HRM2) wird neu unterschieden zwischen Spezialfinanzierungen im Fremdkapital und Spezialfinanzierungen im Eigenkapital. Bei den Spezialfinanzierungen im Fremdkapital hat sich im HRM2 gegenüber dem HRM1 nichts verändert. Der Saldo der Spezialfinanzierung wird über die Erfolgsrechnung mittels Einlage oder Entnahme neutralisiert und bewirkt, dass die Spezialfinanzierung wie bisher nicht erfolgswirksam ist.

Im Gegensatz dazu wird bei den Spezialfinanzierungen im Eigenkapital kein Ausgleich in der Erfolgsrechnung mehr verbucht, sondern nur noch das Fondskonto der Spezialfinanzierung im Eigenkapital verändert. Dies erfolgt über die Zuweisung des Ergebnisses ins Eigenkapital. Die Spezialfinanzierungen im Eigenkapital beeinflussen daher neu das operative Ergebnis der Erfolgsrechnung und sind damit erfolgswirksam.

Abschreibungen

Die Abschreibungen betragen bisher 10% auf dem abzuschreibenden Verwaltungsvermögen, jene von Spezialfinanzierungen 100%. Da die Abschreibung dem erwarteten Verlauf des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens des Vermögenswertes entsprechen soll, werden die Anlagen im Verwaltungsvermögen nach HRM2 neu linear auf der Basis der Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen weichen gegenüber HRM1 nur geringfügig ab. Der tiefere Betrag ist auf die neue Abschreibungspraxis beim Strassenbau zurückzuführen.

Eigenkapital

Das erarbeitete Eigenkapital unter HRM1 wird ausgewiesen, damit man annäherungsweise die weitere Entwicklung sehen kann. Die Korrektur des Eigenkapitals unter HRM2 (Aufwertung und Rückstellung für die Pensionskasse) ist mit dem Rechnungsabschluss 2012 festzusetzen.

2.2.1. Erfolgsrechnung nach Departementen

in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Total alle Departemente						
Aufwand	1'899.0	1'946.8	2'017.0	2'066.4	2'109.3	2'125.6
Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	-1'898.3	-1'920.4	-1'951.8	-1'982.6
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-19.3	110.6	118.7	146.1	157.4	143.0
1. Behörden und Staatskanzlei						
Aufwand	17.8	18.8	18.7	18.8	19.1	19.2
Ertrag	-3.9	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2	-3.2
Verrechnungen	-7.3	-8.4	-8.4	-8.4	-8.4	-8.4
Saldo	6.6	7.2	7.1	7.3	7.5	7.6
2. Bau- und Justizdepartement						
Aufwand	222.1	255.2	246.7	249.9	246.4	245.7
Ertrag	-111.1	-91.6	-90.7	-92.7	-96.3	-97.2
Verrechnungen	-82.5	-107.8	-104.0	-104.0	-104.0	-104.0
Saldo	28.5	55.7	52.0	53.2	46.1	44.5
3. Bildung und Kultur						
Aufwand	452.4	453.7	470.2	482.4	490.6	492.5
Ertrag	-49.4	-45.6	-46.0	-45.5	-44.3	-43.7
Verrechnungen	26.6	27.7	27.8	27.8	27.8	27.8
Saldo	429.6	435.8	451.9	464.7	474.0	476.6
4. Finanzdepartement						
Aufwand	164.9	128.2	132.6	141.4	150.7	157.0
Ertrag	-1'263.6	-1'218.7	-1'245.6	-1'260.6	-1'275.0	-1'292.9
Verrechnungen	-7.3	23.1	14.4	14.9	15.4	15.8
Saldo	-1'106.0	-1'067.3	-1'098.7	-1'104.3	-1'109.0	-1'120.0
5. Departement des Innern						
Aufwand	809.6	861.9	909.4	936.0	963.4	989.6
Ertrag	-349.8	-342.8	-364.0	-373.6	-388.3	-400.7
Verrechnungen	70.1	68.7	68.7	68.7	68.7	68.7
Saldo	529.9	587.8	614.1	631.1	643.9	657.5
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Aufwand	208.9	205.5	216.0	214.4	215.6	198.1
Ertrag	-135.8	-128.9	-143.4	-139.4	-139.4	-139.4
Verrechnungen	-2.4	-6.5	-2.7	-3.2	-3.7	-4.1
Saldo	70.6	70.1	69.9	71.8	72.6	54.5
7. Gerichte						
Aufwand	23.3	23.4	23.5	23.5	23.5	23.5
Ertrag	-4.7	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4	-5.4
Verrechnungen	2.9	3.2	4.3	4.3	4.3	4.3
Saldo	21.4	21.2	22.4	22.4	22.4	22.4

2.2.2. Investitionsrechnung nach Departementen

in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Total alle Departemente						
Ausgaben	195.2	188.3	202.4	195.2	196.6	209.8
Einnahmen	-61.6	-59.7	-65.9	-57.4	-52.8	-42.0
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	136.5	137.8	143.8	167.8
1. Behörden und Staatskanzlei						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
2. Bau- und Justizdepartement						
Ausgaben	170.7	170.1	181.6	174.8	173.2	189.9
Einnahmen	-53.9	-53.3	-59.0	-50.5	-45.9	-35.2
Nettoinvestitionen	116.7	116.7	122.6	124.4	127.2	154.8
3. Departement für Bildung und Kultur						
Ausgaben	2.4	2.0	2.5	2.5	2.5	2.5
Einnahmen	-1.8	-1.5	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.6	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
4. Finanzdepartement						
Ausgaben	11.5	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
Einnahmen	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	10.0	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
5. Departement des Innern						
Ausgaben	2.5	1.8	2.2	1.8	5.2	1.8
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.4	1.8	2.2	1.8	5.2	1.8
6. Volkswirtschaftsdepartement						
Ausgaben	8.2	9.0	9.6	9.6	9.3	9.1
Einnahmen	-4.4	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Nettoinvestitionen	3.8	4.1	4.7	4.7	4.4	4.3
7. Gerichte						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

2.2.3.Funktionale Gliederung Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
0 Allgemeine Verwaltung						
Aufwand	153.6	165.1	165.4	167.4	168.6	170.1
Ertrag	-78.3	-69.8	-70.4	-70.3	-70.4	-70.4
Verrechnung	-55.8	-68.8	-68.9	-68.9	-68.8	-68.8
Saldo	19.5	26.6	26.1	28.2	29.3	30.9
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Aufwand	193.2	199.0	203.7	206.6	209.9	210.8
Ertrag	-88.9	-86.6	-87.9	-87.2	-89.3	-88.3
Verrechnung	9.0	8.3	8.3	8.3	8.3	8.3
Saldo	113.4	120.6	124.1	127.7	129.0	130.9
2 Bildung						
Aufwand	446.7	449.6	466.1	477.9	485.7	487.4
Ertrag	-49.7	-45.8	-46.3	-45.9	-44.6	-44.1
Verrechnung	27.8	29.0	29.0	29.0	29.0	29.0
Saldo	424.8	432.8	448.7	461.0	470.0	472.3
3 Kultur und Freizeit						
Aufwand	14.6	14.6	15.4	15.5	15.9	15.6
Ertrag	-4.3	-3.6	-4.1	-3.9	-3.9	-3.4
Verrechnung	1.7	1.9	1.9	1.9	1.9	1.9
Saldo	12.0	12.9	13.1	13.5	13.9	14.1
4 Gesundheit						
Aufwand	302.2	328.9	330.2	335.2	340.2	346.2
Ertrag	-4.4	-3.8	-3.7	-3.7	-3.7	-3.7
Verrechnung	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3
Saldo	299.1	326.4	327.8	332.8	337.8	343.8
5 Soziale Wohlfahrt						
Aufwand	371.8	391.9	433.7	452.6	472.0	491.4
Ertrag	-217.5	-212.6	-233.1	-243.3	-256.0	-269.5
Verrechnung	2.1	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Saldo	156.3	181.8	203.1	211.8	218.5	224.4
6 Verkehr						
Aufwand	131.2	136.3	122.3	126.2	122.9	125.9
Ertrag	-25.0	-21.2	-22.5	-22.8	-23.7	-24.1
Verrechnung	-66.4	-73.3	-68.5	-68.5	-68.5	-68.5
Saldo	39.7	41.8	31.2	34.8	30.7	33.3
7 Umwelt, Raumordnung						
Aufwand	33.6	33.7	44.5	45.0	44.8	41.3
Ertrag	-26.8	-22.4	-27.7	-27.5	-28.9	-28.9
Verrechnung	6.2	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
Saldo	13.1	13.8	19.3	20.1	18.4	14.9
8 Volkswirtschaft						
Aufwand	128.0	130.0	130.4	130.0	130.1	130.2
Ertrag	-104.5	-108.4	-108.6	-108.5	-108.5	-108.5
Verrechnung	5.4	3.1	3.1	3.1	3.1	3.1
Saldo	28.8	24.7	24.9	24.6	24.7	24.8
9 Finanzen und Steuern						
Aufwand	124.0	97.7	105.4	110.0	119.2	106.6
Ertrag	-1'318.9	-1'262.1	-1'293.9	-1'307.2	-1'322.8	-1'341.7
Verrechnung	68.8	93.6	88.8	88.8	88.7	88.7
Saldo	-1'126.0	-1'070.8	-1'099.8	-1'108.4	-1'114.9	-1'146.4
Gesamttotal						
Aufwand	1'899.0	1'946.8	2'017.0	2'066.4	2'109.3	2'125.6
Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	-1'898.3	-1'920.4	-1'951.8	-1'982.6
Verrechnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	-19.3	110.6	118.7	146.1	157.4	143.0

2.2.4. Funktionale Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
0 Allgemeine Verwaltung						
Ausgaben	11.5	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	11.5	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
1 Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei						
Ausgaben	2.4	2.0	2.4	2.1	6.2	7.3
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.4	2.0	2.4	2.1	6.2	7.3
2 Bildung						
Ausgaben	42.1	52.0	63.5	61.9	45.5	38.8
Einnahmen	-10.5	-13.2	-15.0	-12.0	-12.4	-4.1
Nettoinvestitionen	31.6	38.8	48.5	49.9	33.1	34.7
3 Kultur und Freizeit						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
4 Gesundheit						
Ausgaben	27.4	34.5	22.3	19.0	34.1	57.5
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	27.4	34.5	22.3	19.0	34.1	57.5
5 Soziale Wohlfahrt						
Ausgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
6 Verkehr						
Ausgaben	87.9	69.0	81.7	82.8	82.1	77.6
Einnahmen	-36.0	-32.7	-35.8	-33.7	-29.6	-27.0
Nettoinvestitionen	51.9	36.3	46.0	49.1	52.5	50.6
7 Umwelt, Raumordnung						
Ausgaben	15.7	16.3	16.5	13.4	13.0	13.1
Einnahmen	-9.2	-8.9	-10.2	-6.8	-6.0	-6.0
Nettoinvestitionen	6.5	7.4	6.2	6.6	7.0	7.0
8 Volkswirtschaft						
Ausgaben	7.6	8.7	9.3	9.3	9.3	9.1
Einnahmen	-4.4	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Nettoinvestitionen	3.3	3.8	4.4	4.4	4.4	4.3
9 Finanzen und Steuern						
Ausgaben	0.5	0.3	0.3	0.3	0.0	0.0
Einnahmen	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	-1.0	0.3	0.3	0.3	0.0	0.0
Gesamttotal						
Ausgaben	195.2	188.3	202.4	195.2	196.6	209.8
Einnahmen	-61.6	-59.7	-65.9	-57.4	-52.8	-42.0
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	136.5	137.8	143.8	167.8

2.2.5.Volkswirtschaftliche Gliederung Erfolgsrechnung

Aufwand in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
3 Aufwand	1'899.0	1'946.8	2'017.0	2'066.4	2'109.3	2'125.6
30 Personalaufwand	414.4	423.9	432.6	434.9	435.3	434.3
300 Behörden, Kommissionen und Richter	7.3	7.9	7.9	7.9	7.9	7.9
301 Löhne des Verwaltungs-u. Betriebspersonal	252.1	260.9	267.8	269.8	271.1	272.6
302 Löhne der Lehrkräfte	76.7	75.7	76.9	76.7	76.3	73.9
303 Temporäre Arbeitskräfte	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
304 Zulagen	0.3	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2
305 Arbeitgeberbeiträge	68.8	69.0	70.3	70.7	70.2	70.1
306 Arbeitgeberleistungen	4.9	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
309 Übriger Personalaufwand	4.0	5.3	4.4	4.5	4.6	4.6
31 Sach-und übriger Betriebsaufwand	174.0	175.0	179.2	179.5	178.9	178.6
310 Material-und Warenaufwand	20.3	20.3	20.5	20.4	20.5	20.4
311 Nicht aktivierbare Anlagen	8.5	11.8	12.5	12.0	12.2	12.2
312 Wasser, Energie, Heizmaterial	4.8	5.4	5.8	5.8	6.1	6.1
313 Dienstleistungen und Honorare	50.6	57.9	59.0	59.1	58.9	58.8
314 Baulicher Unterhalt	28.6	25.1	25.3	26.3	25.4	25.3
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anl.	8.7	8.9	9.4	9.6	9.6	9.6
316 Mieten,Leasing,Pachten,Benützungsgebühren	13.8	14.1	14.1	14.0	12.8	13.3
317 Spesenentschädigungen	3.9	4.2	4.2	4.2	4.2	4.2
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	20.1	20.8	22.1	21.8	22.9	22.3
319 Verschiedener Betriebsaufwand	14.8	6.5	6.3	6.3	6.3	6.3
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	95.3	52.0	51.6	53.9	56.4	58.9
330 Sachanlagen VV	95.3	52.0	51.6	53.9	56.4	58.9
34 Finanzaufwand	16.4	19.4	21.7	29.1	37.1	42.2
340 Zinsaufwand	10.8	12.8	15.1	22.3	30.4	35.4
342 Kapitalbeschaffungs-und Verwaltungskosten	0.0	0.2	0.1	0.2	0.2	0.1
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	0.5	1.7	1.8	1.8	1.8	1.9
349 Verschiedener Finanzaufwand	5.1	4.8	4.8	4.8	4.8	4.8
35 Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierung	3.9	29.3	0.9	1.4	1.7	1.7
350 Einl.in Fonds u.Spez.finanz.im Fremdkapital	3.9	29.3	0.9	1.4	1.7	1.7
36 Transferaufwand	1'109.2	1'173.4	1'243.2	1'279.9	1'312.1	1'322.1
360 Ertragsanteile an Dritte	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	96.1	91.8	98.6	103.3	106.0	106.7
3611 Entschädigungen an Kantone und Konkordat	78.7	75.9	80.1	83.8	85.5	86.2
3612 Entschädigungen an Gemeinde und Zweckverb.	17.5	15.9	18.5	19.5	20.5	20.5
362 Finanz- und Lastenausgleich	14.6	10.9	14.7	11.0	11.4	11.9
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	998.4	1'059.3	1'113.5	1'150.6	1'183.7	1'192.1
3630 Beiträge an den Bund	10.2	11.5	11.8	12.0	12.3	12.3
3631 Beiträge an Kantone und Konkordate	8.1	9.8	10.4	10.6	10.9	11.2
3632 Beiträge an Gemeinden u.Gem.Zweckverb.	194.8	194.8	196.2	204.0	210.7	190.8
3634 Beiträge an öffentliche Unternehmungen	402.6	438.0	443.2	453.9	460.3	468.2
3635 Beiträge an private Unternehmungen	37.9	40.4	50.5	50.0	50.0	50.7
3637 Beiträge an private Haushalte	344.7	364.8	401.3	420.1	439.5	458.9
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	0.0	11.2	16.2	14.9	10.9	11.3
37 Durchlaufende Beiträge	83.6	77.4	87.9	87.9	87.9	87.9
370 Durchlaufende Beiträge	83.6	77.4	87.9	87.9	87.9	87.9
3702 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	0.5	0.5	1.0	1.0	1.0	1.0
3707 Privat Haushalte	83.1	76.9	86.9	86.9	86.9	86.9
38 Ausserordentlicher Aufwand	2.1	-3.7	0.0	0.0	0.0	0.0
389 Einlagen in das Eigenkapital	2.1	-3.7	0.0	0.0	0.0	0.0

Ertrag in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
4 Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	-1'898.3	-1'920.4	-1'951.8	-1'982.6
40 Fiskalertrag	-885.2	-921.0	-921.3	-931.8	-944.2	-955.7
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-625.5	-622.3	-662.2	-667.2	-674.2	-680.2
401 Direkte Steuern juristische Personen	-127.5	-169.8	-131.0	-136.5	-142.0	-147.4
402 übrige direkte Steuern	-66.0	-62.6	-61.8	-61.8	-61.8	-61.8
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-66.2	-66.3	-66.3	-66.3	-66.3	-66.3
41 Regalien und Konzessionen	-63.9	-9.0	-30.6	-30.6	-32.1	-32.1
410 Regalien	-9.3	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
411 Schweiz. Nationalbank	-53.9	0.0	-21.5	-21.5	-21.5	-21.5
412 Konzessionen	-0.7	-7.1	-7.1	-7.1	-8.6	-8.6
42 Entgelte	-163.3	-154.2	-155.2	-154.7	-157.5	-156.5
421 Gebühren für Amtshandlungen	-78.2	-74.8	-74.8	-74.7	-74.8	-74.2
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-14.1	-13.5	-14.2	-14.3	-17.0	-16.6
423 Schul- und Kursgelder	-3.5	-3.4	-3.4	-3.6	-3.6	-3.6
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-13.5	-13.6	-13.6	-13.4	-13.4	-13.4
425 Erlös aus Verkäufen	-8.5	-7.6	-7.8	-7.4	-7.4	-7.4
426 Rückerstattungen	-11.7	-9.0	-9.0	-9.0	-9.0	-9.0
427 Bussen	-32.4	-31.0	-31.1	-31.1	-31.1	-31.1
429 übrige Entgelte	-1.4	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3	-1.3
43 Verschiedene Erträge	-6.6	-3.2	-4.5	-4.3	-3.5	-3.5
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-3.7	-3.2	-4.5	-4.3	-3.5	-3.5
431 Aktivierung Eigenleistungen	-2.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
44 Finanzertrag	-74.2	-57.7	-47.0	-48.9	-50.7	-51.7
440 Zinsertrag	-10.2	-9.7	-8.5	-8.5	-8.5	-8.5
441 Realisierte Gewinne FV	-8.4	-4.5	-1.0	-1.0	-2.0	-3.0
443 Liegenschaftenertrag FV	-3.1	-3.7	-4.0	-3.7	-3.9	-3.9
445 Finanzertrag aus Darlehen und Bet.des VV	-13.3	-13.4	-3.1	-3.1	-3.1	-3.1
446 Finanzertrag von öffentl.Unternehmungen	-0.7	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
447 Liegenschaftenertrag VV	-38.5	-26.0	-29.9	-32.1	-32.8	-32.8
45 Entnahme aus Fonds u.Spezialfinanzierung	-20.4	-9.6	-6.7	-2.9	-2.9	-2.9
450 Ent.aus Fonds und Spezialfinanz.im FK	-20.4	-9.6	-6.7	-2.9	-2.9	-2.9
46 Transferertrag	-621.2	-604.1	-645.2	-659.5	-673.2	-692.4
460 Ertragsanteile	-107.4	-107.4	-103.6	-107.0	-111.4	-116.2
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-23.7	-22.8	-21.8	-21.2	-20.8	-20.4
4610 Entschädigungen vom Bund	-5.6	-7.0	-5.7	-5.7	-5.6	-5.6
4611 Entsch.von Kantonen und Konkordaten	-14.6	-12.2	-12.5	-12.0	-11.6	-11.2
4612 Entsch.von Gemeinden und Gem.Zweckverb.	-3.3	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5	-3.5
4613 Entsch. von öffentlichen Sozialvers.	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1
462 Finanz- und Lastenausgleich	-193.3	-201.7	-222.8	-224.5	-222.6	-224.5
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-292.1	-272.2	-296.6	-306.2	-317.9	-330.8
4630 Beiträge vom Bund	-169.5	-174.3	-181.2	-186.2	-191.1	-195.7
4631 Beiträge von Kantonen und Konkordaten	-0.7	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0	-4.0
4632 Beiträge von Gemeinden	-118.2	-90.2	-107.5	-112.4	-119.2	-127.5
4634 Beiträge von öffentlichen Unternehmungen	-0.3	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2	-0.2
4635 Beiträge von privaten Unternehmungen	-3.5	-3.4	-3.7	-3.4	-3.4	-3.4
469 Verschiedener Transferertrag	-4.7	0.0	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
47 Durchlaufende Beiträge	-83.6	-77.4	-87.9	-87.9	-87.9	-87.9
470 Durchlaufende Beiträge	-83.6	-77.4	-87.9	-87.9	-87.9	-87.9
4700 Durchlaufende Beiträge vom Bund	-83.1	-76.9	-87.4	-87.4	-87.4	-87.4
4702 Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5	-0.5
Gesamttotal						
3 Aufwand	1'899.0	1'946.8	2'017.0	2'066.4	2'109.3	2'125.6
4 Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	-1'898.3	-1'920.4	-1'951.8	-1'982.6
Saldo	-19.3	110.6	118.7	146.1	157.4	143.0

2.2.6. Volkswirtschaftliche Gliederung Investitionsrechnung

in Mio. Fr.

	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
5 Investitionsausgaben	195.2	188.3	202.4	195.2	196.6	209.8
50 Sachanlagen	170.3	164.8	163.4	162.3	172.2	184.8
501 Strassen	88.5	61.1	58.6	67.4	75.2	70.1
504 Hochbauten	67.4	85.2	85.5	79.2	78.1	99.3
506 Mobilien	14.3	7.3	8.7	8.3	11.7	8.3
54 Darlehen	8.6	9.6	10.9	11.8	9.5	10.3
544 Öffentliche Unternehmungen	7.0	7.0	8.0	8.9	6.6	7.5
545 Private Unternehmungen	0.1	0.3	0.9	0.9	0.9	0.8
547 Private Haushalte	1.6	2.3	2.0	2.0	2.0	2.0
56 Eigene Investitionsbeiträge	10.8	7.4	22.0	14.9	8.9	8.6
560 Bund	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
562 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	2.8	2.1	3.0	2.7	2.4	2.4
564 Öffentliche Unternehmungen	5.2	4.7	17.6	10.8	5.1	4.9
565 Private Unternehmungen	1.9	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
567 Private Haushalte	0.8	0.6	0.9	0.9	0.9	0.9
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	5.5	6.6	6.1	6.1	6.1	6.1
572 Gemeinden und Gemeindezweckverbände	1.1	1.7	1.3	1.3	1.3	1.3
574 Öffentliche Unternehmungen	2.4	2.8	2.6	2.6	2.6	2.6
577 Privat Haushalte	2.0	2.1	2.3	2.3	2.3	2.3
6 Investitionseinnahmen	-133.6	-59.7	-65.9	-57.4	-52.8	-42.0
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechn.	-50.6	-49.2	-55.9	-47.8	-43.7	-32.9
630 Bund	-31.8	-28.9	-32.0	-23.1	-16.9	-8.7
631 Kantone und Konkordate	0.0	-0.3	-0.9	-0.9	-0.9	-0.9
632 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-17.6	-18.4	-20.6	-22.5	-23.2	-23.3
634 Öffentliche Unternehmungen	0.0	-1.6	-2.4	-1.4	-2.8	-0.1
637 Private Haushalte	-1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
64 Rückzahlung von Darlehen	-5.6	-3.9	-3.9	-3.4	-3.0	-3.0
644 Öffentliche Unternehmungen	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4	-1.4
645 Private Unternehmungen	-2.7	-0.9	-0.9	-0.5	-0.1	-0.1
647 Private Haushalte	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5	-1.5
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-5.5	-6.6	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1
670 Bund	-5.5	-6.6	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1
Gesamttotal						
5 Investitionsausgaben	195.2	188.3	202.4	195.2	196.6	209.8
6 Investitionseinnahmen	-61.6	-59.7	-65.9	-57.4	-52.8	-42.0
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	136.5	137.8	143.8	167.8

2.3. Finanzkennzahlen

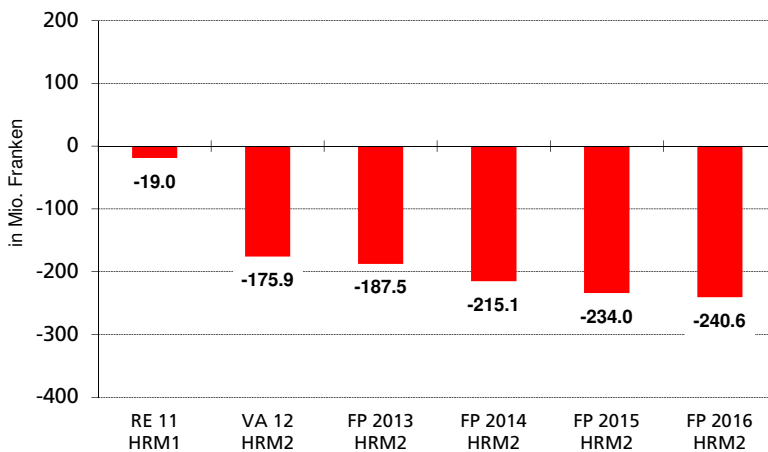
in Mio. Fr. bzw. %	RE 11 HRM1	VA 12 HRM2 ¹⁾	FP 2013 HRM2	FP 2014 HRM2	FP 2015 HRM2	FP 2016 HRM2
Cash Flow	114.6	-47.3	-51.0	-77.3	-90.2	-72.8
Abschreibungen auf Investitionen	-95.3	-63.2	-67.7	-68.8	-67.2	-70.2
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	19.3	-110.6	-118.7	-146.1	-157.4	-143.0
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	19.3	-110.6	-118.7	-146.1	-157.4	-143.0
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	136.5	137.8	143.8	167.8
Finanzierungsüberschuss, -fehlbetrag	-19.0	-175.9	-187.5	-215.1	-234.0	-240.6
Selbstfinanzierungsgrad	86%	-37%	-37%	-56%	-63%	-43%
Nettoverschuldung ¹	-23.8	152.2	339.7	554.8	788.8	1029.4
Dito, in Fr. pro Einwohner ¹	-93	589	1'311	2'134	3'025	3'936
Eigenkapital ohne Aufwertung per 31.12	590.9	480.3	361.6	215.5	58.1	-84.9
Aufwertung nach HRM2	2	2				
Eigenkapital nach Aufwertung per 31.12	2	2				
Einwohner Ende Jahr in Tausend ²	257.3	258.2	259.1	259.9	260.7	261.5

¹ Zahlen im Voranschlag 2012 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2011 aktualisiert.

² Aufgrund der noch definitiv festzulegenden Korrektur des Eigenkapitals unter HRM2 können keine endgültigen Angaben gemacht werden.

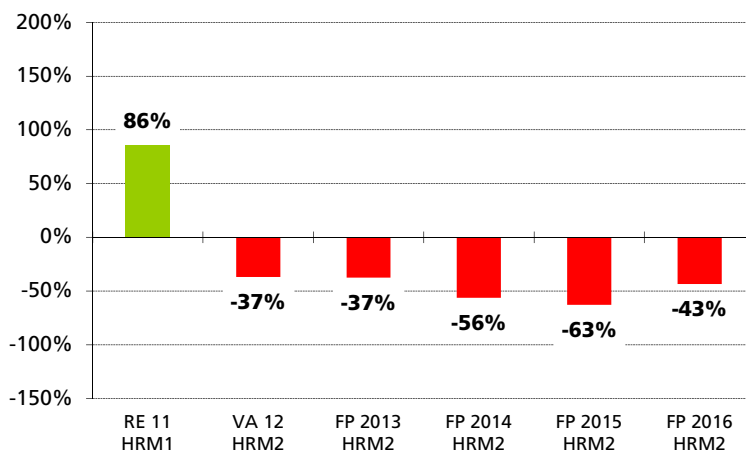
Finanzierungsüberschuss, - fehlbetrag

(in Mio. Franken)



Der negative Trend vom Voranschlag 2012 setzt sich in den Planjahren fort. Ohne weitere Sparmassnahmen besteht ein deutlicher Finanzierungsfehlbetrag von knapp 180 Mio. CHF., welcher bis zum Planjahr 2016 auf rund 240 Mio. CHF. anschwillt. Dies weist auf ein strukturelles Defizit von 150 Mio. CHF. ab dem Voranschlag 2012 hin.

Selbstfinanzierungsgrad



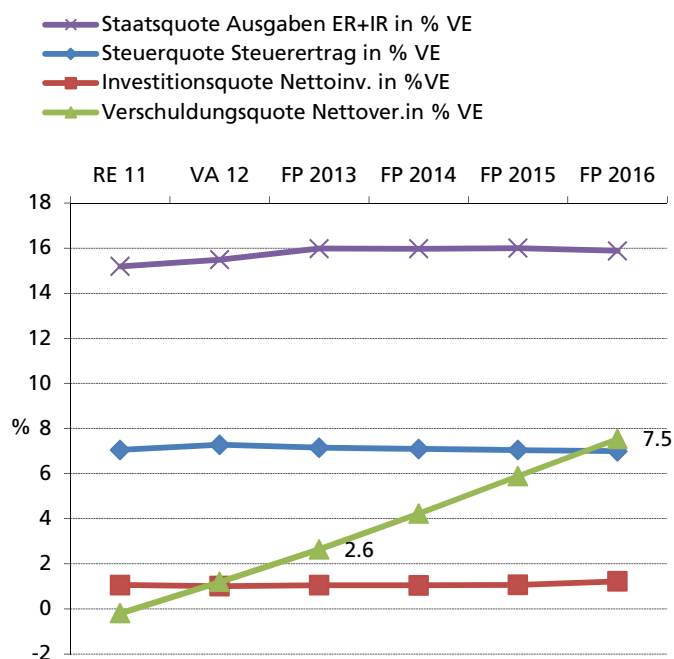
Der Selbstfinanzierungsgrad zeigt das Verhältnis von Selbstfinanzierung (erarbeitetes Kapital: Cash flow) zu den Nettoinvestitionen. Bei einem Selbstfinanzierungsgrad zwischen 0 -100% können die Investitionen wenigstens teilweise selbst finanziert werden. Bei einem negativen Selbstfinanzierungsgrad entsteht ein Cash loss. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von rund minus 40% ab 2012 würden allein aus der Investitionstätigkeit die Schulden zunehmen. Dies war zuletzt 1994 im Kanton der Fall.

2.3.1. Kennzahlen in % vom Volkseinkommen

in Mio. Fr. bzw. %	RE 11	VA 12	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Geschätzte Zunahme VE in % ⁴	1.8%	0.8%	1.8%	2.0%	2.0%	2.0%
Volkseinkommen VE	12'549	12'649	12'877	13'135	13'397	13'665
Staatsquote Ausgaben ER+IR in % VE	15.2	15.5	16.0	16.0	16.0	15.9
Steuerertrag (Konto 40 inkl. MfZ-Steuer)	885.2	921.0	921.3	931.8	944.2	955.7
Steuerquote Steuerertrag in % VE	7.1	7.3	7.2	7.1	7.0	7.0
Nettoinvestitionen (Konto 5-6)	133.6	128.6	136.5	137.8	143.8	167.8
Investitionsquote Nettoinv. in % VE	1.1	1.0	1.1	1.0	1.1	1.2
Nettoverschuldung	-23.8	152.2	339.7	557.8	792.9	1'034.5
Verschuldungsquote Nettover.in % VE	-0.2	1.2	2.6	4.2	5.9	7.6

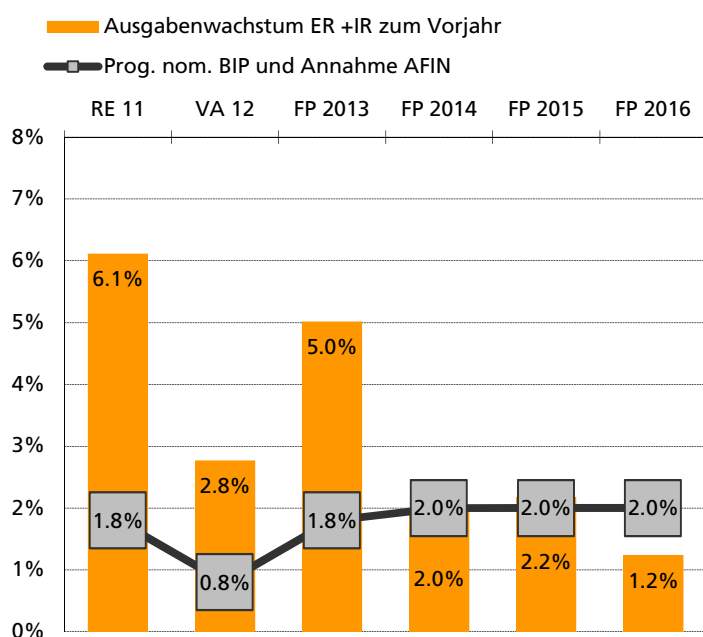
⁴ Basis Zahlen 2005 vom Bundesamt für Statistik und geschätzte Veränderungen des kantonalen Volkseinkommen gegenüber dem Vorjahr.

Kennzahlen in % vom Volkseinkommen



Die Staats-, Steuer- und Investitionsquote sind in den Finanzplanjahren fast identisch. Die Verschuldungsquote steigt von 2.6% im Jahr 2013 auf 7.6% im Jahr 2016.

Ausgabenwachstum in % zum BIP



Das Bruttoinlandprodukt (BIP) misst das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft und ist ein interessanter Wert im Vergleich zum Ausgabenwachstum des Kantons. Grundsätzlich sollte angestrebt werden, dass das Ausgabenwachstum nicht höher als das BIP ist. Dieser Grundsatz wäre im Planjahr 2013 bei weitem nicht erreicht und in den Folgejahren 2014 und 2015 nahezu. Das SECO prognostiziert ein Verhaltnes BIP-Wachstums von 0.8% für 2012, das sich im kommenden Jahr auf 1.8% festigen dürfte. Ab 2014 nehmen wir ein nominales BIP von 2.0% an.

2.4. Finanzielle Veränderungen gegenüber IAFP 2012 – 2015

2.4.1. Erfolgsrechnung

Alle Departemente	RE 2011	VA 2012	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2016
			FP 2013	FP 2013			FP 2014	FP 2014			FP 2015	FP 2015			
Aufwand	1'899.0	1'946.8	2'035.3	2'017.0	-18.3		2'058.2	2'066.4	8.2		2'076.8	2'109.3	32.5		2'125.6
Ertrag	-1'918.2	-1'836.2	-1'822.9	-1'898.3	-75.4		-1'851.6	-1'920.4	-68.7		-1'894.0	-1'951.8	-57.9		-1'982.6
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0	0.0		0.0	0.0	0.0		0.0
Saldo	-19.3	110.6	212.4	118.7	-93.7		206.6	146.1	-60.5		182.9	157.4	-25.4		143.0

Beim Vergleich zur Vorjahresplanung „FP Vorjahr“ zu „FP 2013 und 2014“ fällt eine Verbesserung im Jahr 2013 von 93.7 Mio. CHF auf. Zurückzuführen sind die Anpassungen an das bessere Rechnungsergebnis 2011, sowie den zwischenzeitlich erfolgten Budgetprozess 2012 und die Erarbeitung des Massnahmenplans 2013.

1. BEH	RE 2011	VA 2012	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2016
			FP 2013	FP 2013			FP 2014	FP 2014			FP 2015	FP 2015			
Aufwand	17.8	18.8	18.4	18.7	0.2		18.4	18.8	0.4		18.4	19.1	0.6		19.2
Ertrag	-3.9	-3.2	-3.3	-3.2	0.1		-3.1	-3.2	0.0		-3.1	-3.2	0.0		-3.2
Verrechnungen	-7.3	-8.4	-7.5	-8.4	-0.9		-7.7	-8.4	-0.7		-7.7	-8.4	-0.7		-8.4
Saldo	6.6	7.2	7.6	7.1	-0.5		7.6	7.3	-0.4		7.6	7.5	-0.1		7.6

Keine wesentlichen Veränderungen.

2. BJD	RE 2011	VA 2012	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2016
			FP 2013	FP 2013			FP 2014	FP 2014			FP 2015	FP 2015			
Aufwand	222.1	255.2	269.0	246.7	-22.3		265.7	249.9	-15.8		268.7	246.4	-22.3		245.7
Ertrag	-111.1	-91.6	-90.1	-90.7	-0.7		-90.5	-92.7	-2.2		-91.2	-96.3	-5.0		-97.2
Verrechnungen	-82.5	-107.8	-105.4	-104.0	1.3		-106.1	-104.0	2.0		-106.8	-104.0	2.7		-104.0
Saldo	28.5	55.7	73.6	52.0	-21.6		69.2	53.2	-16.0		70.7	46.1	-24.6		44.5
Spezialfinanzierungen unter HRM2					-19.7				-19.7				-19.7		
Einsparungen auf Globalbudgets der Dienststellen					-2.6				-2.6				-2.6		

Der Minderaufwand von 22.3 Mio. CHF ist hauptsächlich auf die Anpassung der Spezialfinanzierungen unter HRM2 zurückzuführen. Die Spezialfinanzierungen Natur- und Heimatschutzfonds, Strassenbau- und Entsorgungsfonds, Altlastenfonds, Abwasserfonds und Deponienachsorgefonds sind neu dem Eigenkapital zugeordnet worden. Die Zuweisung der Spezialfinanzierungen in das Eigenkapital führt zu einem Minderaufwand in der Erfolgsrechnung der spezialfinanzierten Bereiche von 19.7 Mio. CHF im neuen Finanzplanjahr 2013. Der Minderaufwand von 2.6 Mio. CHF bei den allgemeinen Mitteln ist auf diverse Dienststellen BJD verteilt und ist auf die Budgetbeschlüsse VA 2012 und der Sparvorgaben der Regierung zurückzuführen.

Die Zuweisung der Spezialfinanzierungen führt im neuen Finanzplanjahr 2013 zu einer Ertragsminderung in der Erfolgsrechnung der spezialfinanzierten Bereiche von 5.2 Mio. CHF, die jedoch mit diversen Mehrerträgen bei den allgemeinen Mitteln in der Höhe von 5.9 Mio. CHF kompensiert werden können (HBA Mieterträge Spitäler +3.0 Mio. CHF, AVT Gemeindebeiträge + 0.7 Mio. CHF, STAWA Gebühren Amtshandlungen +0.6 Mio. CHF, STAWA FG Bussen und Geldstrafen +0.8 Mio. CHF, Diverse +0.8 Mio. CHF).

3. DBK	RE 2011	VA 2012	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	Vorjahr			Diff.	FP 2015
			FP 2013	FP 2013			FP 2013	FP 2013			FP 2014	FP 2014			
Aufwand	452.4	453.7	499.2	470.2	-29.0		503.1	482.4	-20.6		505.9	490.6	-15.3		492.5
Ertrag	-49.4	-45.6	-41.6	-46.0	-4.4		-40.8	-45.5	-4.8		-41.0	-44.3	-3.3		-43.7
Verrechnungen	26.6	27.7	26.2	27.8	1.6		26.2	27.8	1.6		26.2	27.8	1.6		27.8
Saldo	429.6	435.8	483.8	451.9	-31.9		488.5	464.7	-23.8		491.0	474.0	-17.0		476.6
AVK: Gde. Lehrerlöhne, Schulleit. +region. Kleinklassen					-12.0				-11.1				-3.7		
AVK: Beiträge an Kt. für Projekte					-8.4				-0.9				-2.3		
AVK: Weiterbildung Lehrkräfte					-1.1										
AVK: Sonderschulung					-5.9				-6.5				-7.0		
Beitrag FHNW vierkant. Leistungsvereinb.					-2.3				-2.0				-2.4		
Höhere Beiträge Sek P und ausserkant. Schüler					4.0				4.0				2.7		
BBZ Olten: Miete neu als int. Verrechnung													1.6		

Der Minderaufwand im FP 2013 ist vorwiegend auf die Aktualisierung der Planwerte in folgenden Bereichen zurückzuführen: Volksschule 27.3 Mio. CHF (Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne, Schulleitungen und regionale Kleinklassen 12.0, Beiträge an Kantone für Projekte 8.4, Weiterbildung Lehrkräfte 1.1, Sonderschulung 5.9), Fachhochschule Nordwestschweiz 2.3 Mio. CHF.

Der Mehrertrag fällt hauptsächlich bei den kantonalen Schulen an aufgrund höherer Beiträge an Sek P und höherer Schulgelder von ausserkantonalen Schülern.

Der Minderaufwand im FP 2014 ist vorwiegend auf die Aktualisierung der Planwerte im Bereich Volksschule zurückzuführen (Beiträge an Gemeinden für Lehrerlöhne, Schulleitungen, regionale Kleinklassen, spezielle Förderung 10.2 Mio. Fr., Sonderschulung 6.5 Mio. CHF).

Der Mehrertrag fällt hauptsächlich bei den kantonalen Schulen an aufgrund höherer Beiträge an Sek P und höherer Schulgelder von ausserkantonalen Schülern.

4. FD	Vorjahr				Vorjahr				Vorjahr			
	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2013	Diff.	FP 2014	FP 2014	Diff.	FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016
Aufwand	164.9	128.2	136.9	132.6	-4.4	141.3	141.4	0.1	145.2	150.7	5.5	157.0
Ertrag	-1'263.6	-1'218.7	-1'193.4	-1'245.6	-52.2	-1'211.8	-1'260.6	-48.7	-1'241.9	-1'275.0	-33.1	-1'292.9
Verrechnungen	-7.3	23.1	19.5	14.4	-5.1	20.1	14.9	-5.2	20.1	15.4	-4.8	15.8
Saldo	-1'106.0	-1'067.3	-1'037.0	-1'098.7	-61.7	-1'050.5	-1'104.3	-53.9	-1'076.6	-1'109.0	-32.4	-1'120.0
Geringerer Zinsaufwand					-2.0			-0.1			-3.3	
AIO: Neue Aktivierungsregeln (+3.2 - 6.8 Abschreib.)					-3.6			-3.6			-1.9	
Anpassung Staatsteuern					31.0			28.0			17.6	
Ausschüttungen Nationalbank					21.5			21.5			21.5	
Mehr vom NFA Ressourcenausgleich					11.7			10.7			3.4	
Reduktion Dividenertrag Alpiq					-10.2			-10.2			-10.2	

Auf der Aufwandseite wird bei den Zinsen mit einem Minderaufwand von 2 Mio. CHF gerechnet. Mit der Überarbeitung des Rechnungswesen AIO werden in der Investitionsrechnung nur noch Neu- und Erweiterungsprojekte geführt, welche externe Kosten grösser 50'000 CHF umfassen. Die übrigen Projekte werden neu in der Erfolgsrechnung geführt. Dadurch erhöhen sich zwar die Anschaffungskosten in der Erfolgsrechnung um 3.2 Mio. CHF andererseits reduzieren sich die Abschreibungen um 6.8 Mio. CHF.

Auf der Ertragsseite wurden die Staatssteuern für Natürliche Personen angepasst (+31 Mio. CHF). Der Ertrag aus der Ausschüttung der Nationalbank wurde mit 21.5 Mio. CHF wieder in den Finanzplan aufgenommen, nachdem dieser im Vorjahr ganz gestrichen wurde. Der Ressourcenausgleich NFA wurde um +11.7 Mio. CHF angepasst. Dafür musste der Dividendenbeitrag Alpiq um -10.2 Mio. CHF reduziert werden.

5. DdI	Vorjahr				Vorjahr				Vorjahr			
	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2013	Diff.	FP 2014	FP 2014	Diff.	FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016
Aufwand	809.6	861.9	889.9	909.4	19.5	903.2	936.0	32.7	917.0	963.4	46.4	989.6
Ertrag	-349.8	-342.8	-363.4	-364.0	-0.6	-374.3	-373.6	0.8	-386.5	-388.3	-1.8	-400.7
Verrechnungen	70.1	68.7	67.9	68.7	0.8	68.6	68.7	0.1	69.3	68.7	-0.6	68.7
Saldo	529.9	587.8	594.4	614.1	19.7	597.5	631.1	33.6	599.8	643.9	44.0	657.5
ASO (Pflegefinanzierung bis 2013)					26.0			4.0			4.0	
ASO (Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde)					4.0			4.0			4.0	
ASO (Prämenverbilligung gemäss KVG)					-5.0			-7.0			-10.6	
ASO (EL/AHV, inkl. Pflegefinanzierung ab 2014)					-1.6			23.5			24.9	
GESA (Spitalbehandlungen gemäss KVG)					-15.0			-13.0			-11.0	
Globalbudget soH					6.1			16.1			26.1	
Kantonspolizei (HRM2, Personalaufwand)					2.6			3.7			7.2	
AfÖS (Transfer Abteilungen mit VWD)					0.5			1.3			1.9	
AJUV					0.4			0.7			-0.6	

Der Grund für die Aufwandsteigerung von 19.7 Mio. CHF. zwischen dem FP 2013 des Vorjahres und den aktuellen Finanzplanzahlen liegen bei der Sozialen Sicherheit + 24.4 Mio. CHF (v.a. Pflege und Betreuung sowie Überführungskosten Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde).

Die Gründe für die Aufwandsteigerung von 33.6 Mio. CHF zwischen dem FP 2014 des Vorjahres und dem aktuellen Finanzplan 2014 liegen bei der Sozialen Sicherheit + 24.7 Mio. CHF (v.a. Pflege und Betreuung sowie Einrichtungs- und Überführungskosten Kinder – und Erwachsenenschutzbehörde) und der Öffentlichen Sicherheit + 5.7 Mio. CHF.

6. VWD	Vorjahr					Vorjahr			Vorjahr			
	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2013	Diff.	FP 2014	FP 2014	Diff.	FP 2015	FP 2015	Diff.	FP 2016
Aufwand	208.9	205.5	198.7	216.0	17.3	203.3	214.4	11.1	198.5	215.6	17.1	198.1
Ertrag	-135.8	-128.9	-125.7	-143.4	-17.6	-125.7	-139.4	-13.7	-124.8	-139.4	-14.6	-139.4
Verrechnungen	-2.4	-6.5	-4.5	-2.7	1.8	-4.9	-3.2	1.8	-4.9	-3.7	1.3	-4.1
Saldo	70.6	70.1	68.5	69.9	1.5	72.6	71.8	-0.9	68.8	72.6	3.8	54.5
EnergieFS: Gebäudeprogramm vom Bund (Saldoneutral)					0.0			0.0			0.0	
Finanzausgleich Kirchgemeinden angepasst (Saldoneutral)					0.0			0.0			0.0	

In der Energiefachstelle wird vom Gebäudeprogramm des Bundes der Teil A neu ausgewiesen. Im Teil A sind die Gebäude- und Gebäudehüllensanierungen, welche für den Kanton kostenneutral über die CO₂-Abgabe finanziert werden (+10 Mio. CHF saldoneutral) enthalten. Der Vollzug wurde mit Leistungsauftrag an eine externe Firma übertragen.

Weiter wurde der Finanzausgleich Kirchgemeinden aufgrund der neuen Steuerdaten der Juristischen Personen angepasst (2013: +3,4 Mio. CHF saldoneutral). Der Aufwand reduziert sich im Jahr 2016, weil die Übergangsfinanzierung für den NFA von CHF 15.0 Mio. befristet ist.

7. GER	Vorjahr					Vorjahr			Vorjahr			FP 2016
	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2013	Diff.	FP 2014	FP 2014	Diff.	FP 2015	FP 2015	Diff.	
Aufwand	23.3	23.4	23.2	23.5	0.4	23.2	23.5	0.4	23.2	23.5	0.4	23.5
Ertrag	-4.7	-5.4	-5.4	-5.4	0.0	-5.4	-5.4	0.0	-5.4	-5.4	0.0	-5.4
Verrechnungen	2.9	3.2	3.7	4.3	0.5	3.7	4.3	0.5	3.7	4.3	0.5	4.3
Saldo	21.4	21.2	21.5	22.4	0.9	21.5	22.4	0.9	21.5	22.4	0.9	22.4
Stufenanstiege und Pensen Systemadministration					0.4			0.4			0.4	
Verrechnungen: Neue IT-Abschreibungspraxis					0.5			0.5			0.5	

Kosten: 0,4 Mio. CHF Stufenanstiege bei den Löhnen, eine Anstellung in der Systemadministration (verrechenbar), Aufstockung Aushilfskredit.

Verrechnungen: 0,7 Mio. CHF Paradigmenwechsel (kürzere Abschreibungsdauer) bei der Verrechnung der IT-Leistungen.

2.4.2. Investitionsrechnung

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.
Total alle Departemente								
Ausgaben	195.2	188.3	228.2	202.4	-25.8	201.4	195.2	-6.2
Einnahmen	-61.6	-59.7	-72.9	-65.9	7.0	-61.1	-57.4	3.7
Nettoinvestitionen	133.6	128.6	155.3	136.5	-18.8	140.3	137.8	-2.5

Die Verbesserung gegenüber dem Finanzplan zum Vorjahr ist durch die konsequente Überprüfung und Priorisierung der Projekte im Hoch-, Strassen- und Wasserbau entstanden.

Behörden und Staatskanzlei sowie die Gerichte führen keine Investitionsrechnung.

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.
2. Bau- und Justizdepartement								
Ausgaben	170.7	170.1	208.1	181.6	-26.5	181.4	174.8	-6.6
Einnahmen	-53.9	-53.3	-67.1	-59.0	8.1	-55.3	-50.5	4.8
Nettoinvestitionen	116.7	116.7	141.0	122.6	-18.4	126.1	124.4	-1.8

Die Nettoinvestitionen im Finanzplanjahr 2013 weichen gegenüber dem Finanzplan des Vorjahres um -18.4 Mio. CHF ab (HBA -11.7 Mio. CHF, AVT -0.3 Mio. CHF, AVT ÖV -3.9 Mio. CHF, AfU -1.9 Mio. CHF, AGI -0.6 Mio. CHF.). Priorisierung und Verschiebung von planbaren Projekten führen zu dieser Reduktion der Nettoinvestitionen. Die bewilligten und laufenden Projekte sind davon nicht betroffen und werden wie geplant ausgeführt. Die Nettoinvestitionen der neuen Finanzplanjahre 2013 – 2015 weichen nicht nennenswert ab. Im Finanzplanjahr 2016 ist mit dem geplanten Neubau des Bürgerspitals Solothurn ein Anstieg der Nettoinvestitionen auf 154.8 Mio. CHF zu verzeichnen.

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.
3. Departement für Bildung und Kultur								
Ausgaben	2.4	2.0	2.0	2.5	0.5	2.0	2.5	0.5
Einnahmen	-1.8	-1.5	-1.5	-2.0	-0.5	-1.5	-2.0	-0.5
Nettoinvestitionen	0.6	0.5	0.5	0.5	0.0	0.5	0.5	0.0

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.
4. Finanzdepartement								
Ausgaben	11.5	5.6	9.5	6.5	-3.0	9.5	6.5	-3.0
Einnahmen	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	10.0	5.6	9.5	6.5	-3.0	9.5	6.5	-3.0

Die Ausgaben der Investitionsrechnung reduziert sich, weil im AIO neu nur noch Projekte aktiviert werden, welche externe Kosten grösser 50'000 CHF umfassen. Alle restlichen Projekte sind in der Erfolgsrechnung AIO.

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.
5. Departement des Innern								
Ausgaben	2.5	1.8	0.7	2.2	1.5	0.5	1.8	1.3
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.4	1.8	0.7	2.2	1.5	0.5	1.8	1.3

	RE 2011	VA 2012	Vorjahr FP 2013	FP 2013	Diff.	Vorjahr FP 2014	FP 2014	Diff.
6. Volkswirtschaftsdepartement								
Ausgaben	8.2	9.0	8.0	9.6	1.6	8.0	9.6	1.6
Einnahmen	-4.4	-4.9	-4.3	-4.9	-0.6	-4.3	-4.9	-0.6
Nettoinvestitionen	3.8	4.1	3.7	4.7	1.0	3.7	4.7	1.0

2.5. Eingeschränkte Handlungsautonomie

Langfristig gebundene Gelder

Viele finanzielle Ressourcen sind durch exogene Faktoren (vom Bund vorgegebene Vollzugsaufgaben oder Kooperationsverträge mit anderen Kantonen) teilweise oder vollständig über mehrere Jahre gebunden. Es stellt sich deshalb die Frage, was von den zuständigen Behörden des Kantons Solothurn direkt beeinflusst werden kann und worauf sich die internen Ressourcen zu richten haben.

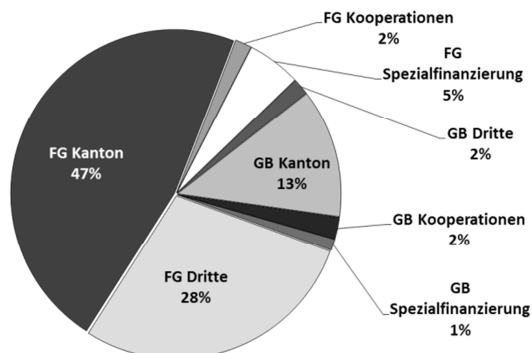
Differenzierte Ressourcenbindung

Das Amt für Finanzen hat sämtliche Profitcenter / Globalbudgets nach dem Kriterium der Selbstbestimmung und Entscheidungsgewalt einer der vier folgenden Gruppen mit einem unterschiedlichen Grad der Handlungsautonomie zugeordnet:

- 1. hoch: Kanton Solothurn**, direkt beeinflussbare Gelder durch die kantonalen Behörden.
 - 2. neutral: Spezialfinanzierungen** stellen eine gesetzliche Zweckbindung der Gelder dar.
 - 3. geteilt: Kooperationen** mit anderen Kantonen oder Institutionen in denen die kantonalen Behörden die alleinige Entscheidungskompetenz abgegeben haben.
 - 4. niedrig: Dritte** (Bund, Gemeinden). Der Kanton hat kaum Einflussmöglichkeiten.
- Zusätzlich wurden die Profitcenter nach **Globalbudgets** und Finanzgrößen unterschieden. Die Dienststellen haben die Finanzanteile, welche sie nicht durch ihre Leistung direkt beeinflussen können den **Finanzgrößen** zuzuweisen.
- Die Zuteilung der einzelnen Profitcenter beinhaltet einen Ermessensspielraum. Damit entstehen acht Felder, welche den Grad der der Handlungsautonomie aufteilt.

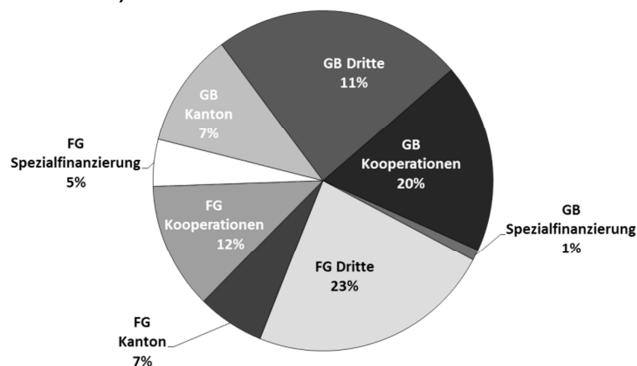
Ertrag Rechnung 2011 – 60% hoch Beeinflussbar

Da der Kanton Steuern erheben kann, sind es beim Ertrag rund 60% des Gesamtertrages, welche eher langfristig, verzögerte Wirkung bei Steuererhöhung oder –senkung, veränderbar sind (47% FG Kanton + 13% GB Kanton).



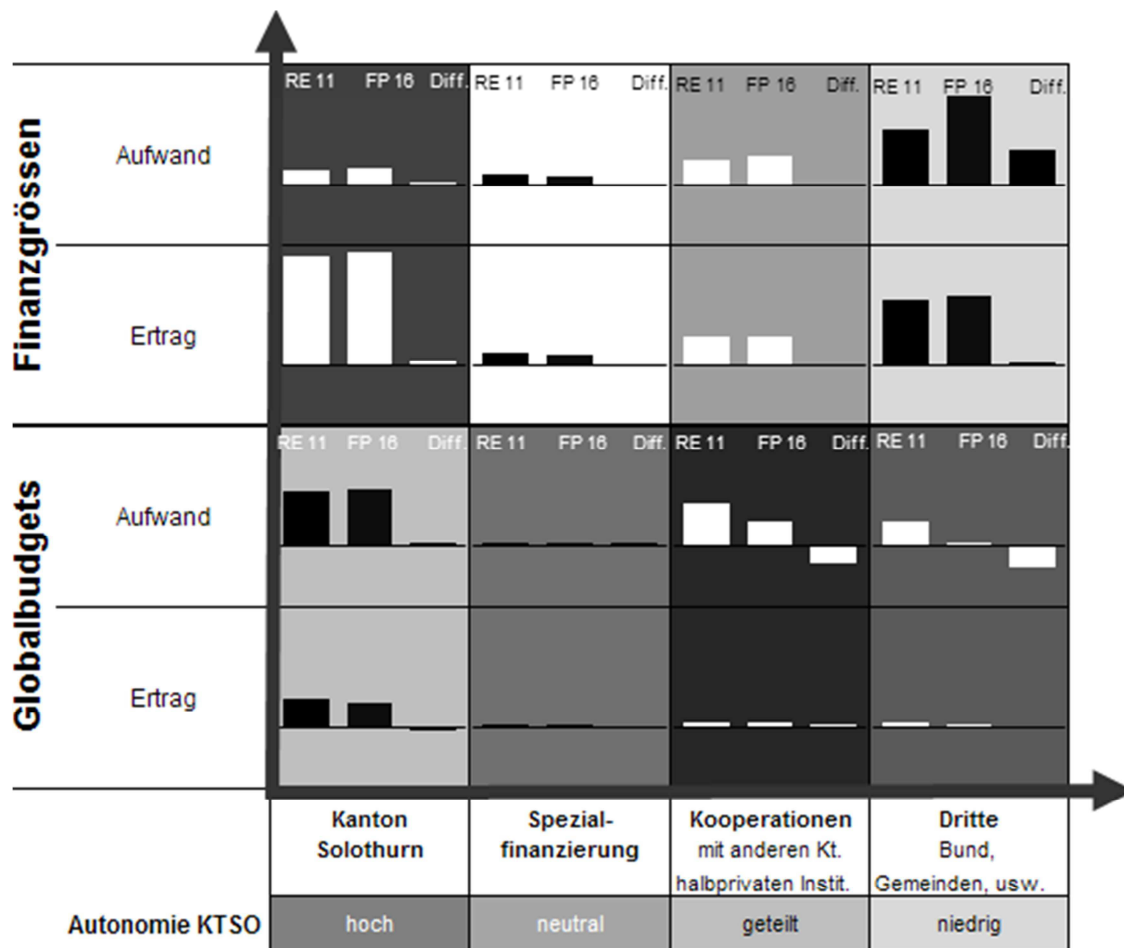
Aufwand RE 2011 – 14% hoch Beeinflussbar

Betrachtet man den Aufwand der Rechnung 2011 und teilt diesen prozentual diesen acht Feldern zu, ist festzustellen, dass nur gerade 14% direkt durch die kantonalen Behörden gesteuert wird (7% GB Kanton + 7% FG Kanton).



Vergleich Rechnung 2011 und Planjahr 2016

Wird der Gesamtaufwand und der Ertrag der RE 11 und FP 16 prozentual auf diesen Feldern untersucht, ist in der Differenzspalte die Zu- oder Abnahme ersichtlich.



Betrachtet man die grössten Veränderungen, fallen zwei Tendenzen auf.

- 1) Der Aufwand der Globalbudgets im direkten Einfluss des Kantons wird zunehmend in die Finanzgrößen verlagert.
- 2) Im Bereich der Kooperationen und Dritte reduziert sich der direkte Einfluss des Kantons bei den Globalbudgets.

Beurteilung und Konsequenz

Weiterhin ist es so, dass die zuständigen Gremien des Kanton Solothurn direkt und eher kurzfristig maximal 30%-35% des Gesamtaufwandes (inklusive Finanzgrößen) beeinflussen können. Der Kanton verliert tendenziell an direktem Einfluss bei den Aufwendungen (30%), kann aber über einen deutlich höheren Anteil (60%) der Erträge bestimmen.

3. Verwaltungseinheiten

3.1. Behörden und Staatskanzlei

3.1.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Staatskanzlei ist die Stabsstelle des Regierungsrates und des Kantonsrates. Sie plant, unterstützt und koordiniert die Aufgaben von Regierung und Parlament und erbringt eine Vielzahl von Dienstleistungen für die Departemente und die Öffentlichkeit. Für folgende Bereiche werden eigene Globalbudgets geführt:

Staatskanzlei inkl. Staatsarchiv, Datenschutz, Medien, Legistik und Justiz
Parlamentsdienste Stabsdienstleistungen für den Kantonrat

Drucksachen /
Lehrmittelverlag

Ausserhalb der Globalbudgets werden – in administrativer Verantwortung der Staatskanzlei – die Finanzgrössen für die kantonalen Behörden (Regierungsrat und Kantonsrat) geführt.

3.1.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.7. Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.3 Konzept für E-Government im Kanton Solothurn erstellen

1.8 Image des Kantons fördern

1.8.1 Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbildes

3.1.3. Politische Ziele und Leistungen

Aus heutiger Sicht verändern sich Umfang und Ausmass der Leistungen im Aufgabenbereich Behörden / Staatskanzlei im Planungszeitraum nur unwesentlich. Entsprechend gleichmässig verläuft der ausgewiesene Bedarf an finanziellen Ressourcen in den Jahren 2013-16. Der ursprünglich auf den Beginn der neuen Globalbudgetperiode 2010-12 geplante personelle Ausbau der regierungsrätlichen Stabsdienste wurde aus Spargründen vorerst nicht umgesetzt; die Umsetzung der neuen IT-Strategie ab Mitte 2011 erforderte jedoch innerhalb der Staatskanzlei den Aufbau einer neuen Fachstelle für E-Government und IT-Koordination.

Durch ständige Angebotsoptimierung der im Internet zugänglichen Dokumente und Formulare (z.B. Regie-

rungsratsbeschlüsse, amtliche Gesetzessammlung, Amtsblatt, Merkblätter und Musterschreiben Datenschutz etc.) soll auch in den kommenden Jahren die Bürgernähe der kantonalen Verwaltung gewährleistet werden. Zudem soll das bisher auf Auslandschweizer ausgerichtete Pilotprojekt E-Voting – darunter wird das Abstimmen und Wählen per Internet verstanden – mit erweitertem Elektorat weitergeführt werden. Zur Sicherstellung einer effizienten Abwicklung aller Regierungs- und Kantonsratsgeschäfte ist die Ablösung der bisherigen Geschäftskontrolle Konsul/Kondor bis Ende 2013 von grosser strategischer Wichtigkeit. Ein weiteres Projekt mit grosser Aussenwirkung stellt die geplante Ablösung der bisherigen Kantons-Website so.ch bis Mitte 2014 dar.

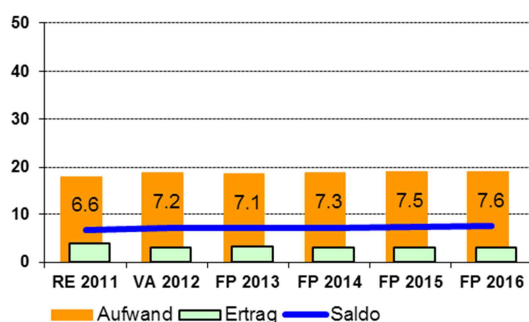
3.1.4. Massnahmen

1450	Einführung Lexwork					Ziel LP	-
	Neue elektronische Software zur Verwaltung und Publikation von Gesetzen und Verordnungen					Beschluss	-
	Status Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2011		
	Amt Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
480	Datenmigration keyfile	31. Jan 2011	31. Jan 2011				
481	Umstellung auf XML	31. Dez 2011	30. Jun 2011				
739	Produktivstart	31. Dez 2011	1. Jul 2011				
1444	Elektronische Archivierung					Ziel LP	-
	Einführung elektronischer Langzeitarchivierung digitaler Unterlagen					Beschluss	-
	Status In Arbeit	Start-Datum	2. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2009		
	Amt Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
478	Zwischenbericht mit Grundsatzüberlegungen	31. Dez 2009	31. Aug 2009				
2941	Konzept	31. Dez 2012					

1432	Realisierung E-Voting					Ziel LP	-
	Möglichkeit zur einfachen Partizipation an Abstimmungen für Auslandschweizer schaffen					Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Amt	Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
474	Zusammenarbeitsverträge		30. Jun 2009	30. Jun 2009			
475	1. Phase für Auslandschweizer		31. Dez 2012	28. Nov 2010			
5093	Zentrales Stimmregister		31. Dez 2013				
5094	Erweitertes E-Voting System		30. Jun 2015				
5095	2. Versuchsphase		31. Dez 2016				
5125	Geschäftskontrolle GeveFutura					Ziel LP	-
	Ersatz der veralteten GEVER-Systeme Konsul, Ambassador und Kondor.					Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Dez 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014		
Amt	Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5096	Analyse und Evaluation		31. Dez 2012				
5097	Migration Regierungs- und Parlamentsprozesse		31. Dez 2013				
5098	Migration übrige Prozesse		31. Dez 2014				
5126	Digitale Mikrofilmstelle					Ziel LP	-
	Beschaffung und Inbetriebnahme einer digitalen Mehrzweck-Mikrofilmstelle im Staatsarchiv					Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2013	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Amt	Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5099	Evaluation		31. Jul 2013				
5100	Beschaffung und Einführung		31. Dez 2013				
5127	Relaunch Web-Portal so.ch					Ziel LP	-
	Aufbau eines neuen Portals so.ch inkl. Webarchiv für die Publikation von Dokumenten in grossen Mengen. Ablösung der bisherigen Website.					Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jul 2012	Soll-Termin	30. Jun 2014		
Amt	Staatskanzlei						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5101	Konzeptentwicklung		31. Mrz 2013				
5102	Technische Realisation		31. Dez 2013				
5103	Rollout neue Website		30. Jun 2014				
1808	Corporate Identity					Ziel LP	1.8.1 Förderung
	Konzept zur Förderung eines einheitlichen Erscheinungsbilds des Kantons					Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Amt	Drucksachen / Lehrmittelverlag						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
575	Konzept		31. Dez 2013				

3.1.5. Finanzen in Mio. Franken Behörden und Staatskanzlei

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Globalbudgets						
Aufwand	13.0	13.8	13.7	13.8	14.0	14.2
Ertrag	-3.6	-2.9	-2.9	-2.8	-2.8	-2.8
Globalbudgetsaldo	9.4	11.0	10.8	11.0	11.2	11.3
Verrechnung	-5.4	-6.5	-6.5	-6.5	-6.5	-6.5
Saldo	4.0	4.5	4.3	4.5	4.7	4.8
Finanzgrössen						
Aufwand	4.8	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0
Ertrag	-0.4	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	-1.8	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Saldo	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7
Saldo total	6.6	7.2	7.1	7.3	7.5	7.6



Es ergeben sich in der Planperiode keine nennenswerten Veränderungen; die geringe Aufwandsteigerung ab 2014 ist auf eine geplante Erhöhung der Personalressourcen im Staatsarchiv zurückzuführen.

3.2. Bau – und Justizdepartement

3.2.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Der Kanton Solothurn setzt sich für Rahmenbedingungen ein, welche der Erhaltung der Lebensgrundlagen durch eine zielgerichtete, geordnete und haushälterische Nutzung des Raumes und der natürlichen Ressourcen dienen.

Er sorgt zudem für eine optimierte Verkehrsinfrastruktur, welche die Wohn- und Standortattraktivität erhöht. Dazu gehören die Planung und der Unterhalt des Kantonsstrassennetzes genauso wie die Förderung des

öffentlichen Verkehrs. Er arbeitet dabei eng mit den angrenzenden Kantonen zusammen, um eine optimale Koordination der grenzüberschreitenden Bewegungen für seine Einwohnerinnen und Einwohner zu erzielen. Das Bau- und Justizdepartement ist besorgt für den Bau und den Unterhalt der kantonalen Liegenschaften. Der Justizbereich im Bau- und Justizdepartement beschränkt sich auf die administrative Zuständigkeit im Bereich der Strafverfolgung.

3.2.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.6. Bedarfs- und zukunftsgerichtete Verkehrsinfrastruktur erhalten bzw. aufbauen

1.61 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Gesamtverkehr erhöhen

1.62 Umfahrung Olten realisieren

1.63 Grossräumige Verkehrsplanung

2.1 Attraktive Raumentwicklung nachhaltig gewährleisten

2.11 Gesamtüberprüfung der räumlichen Entwicklung. Ausgewogene Siedlungs- und Landschaftsräume entwickeln.

2.12 Agglomerationen entwickeln

2.3 Gefahrenpotentiale vermindern

2.31 Siedlungs- und Kulturräume vor Naturgefahren schützen

2.32 Altlasten systematisch sanieren.

3.2.3. Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP 12-15 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 13-16.

Die hohe Umweltbelastung infolge fortschreitender Bautätigkeit und wachsendem motorisiertem Verkehr erfordert weiterhin Schutzmassnahmen. Der mit den Abwanderungen aus den Agglomerationen zusammenhängende Pendlerverkehr stellt eine Herausforderung für die Raumplanung und die Verkehrsplanung dar.

Neue Mobilitätsbedürfnisse müssen durch nachhaltige, aufeinander abgestimmte Massnahmen befriedigt werden.

Das Gesamtverkehrsprojekt in Olten prägt den finanziellen Teil des Aufgabenbereichs Verkehr massgebend. Die in den 60iger und 70iger Jahren (aus)gebauten Strassen werden durch die intensive Nutzung stark belastet. Nur mit gesteigerten Investitionen in die Werterhaltung kann der Nutzwert der Infrastruktur erhalten bleiben.

3.2.4. Massnahmen

2948	Rechtliche Umsetzung Geoinformationsgesetzgebung des Bundes					Ziel LP	.
Rechtliche Umsetzung der Geoinformationsgesetzgebung des Bundes						Beschluss	.
Status Amt	In Arbeit Departementssekretariat BJD	Start-Datum	3. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
741	Handlungs- und Gesetzgebungsfelder definieren, Finanzierung sichern	30. Sep 2012					
742	Vernehmlassungsentwurf Gesetzgebung	31. Dez 2012					
743	B+E	30. Jun 2013					
3008	Teilrevision der Kantonalen Bauverordnung					Ziel LP	.
Teilrevision der Kantonalen Bauverordnung						Beschluss	.
Änderung anderer Erlasse und Erfüllung parlamentarische Vorstösse							
Status Amt	In Arbeit Departementssekretariat BJD	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
778	RRB B+E	31. Dez 2012					
1180	Agglomerationsprogramme Solothurn und Aareland					Ziel LP	C.2.1.2
Erarbeitung und Umsetzung Agglomerationsprogramme (1. Generation)						Beschluss	.
Status Amt	In Arbeit Amt für Raumplanung	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
372	Für A Projekte: Bau- und Finanzreife erarbeiten	31. Dez 2009	31. Dez 2009				
484	Leistungsvereinbarung mit dem Bund zur Unterschriftenreife bringen.	31. Dez 2010	31. Dez 2010				
780	Plangenehmigung für die neuen Bahnhofstestellen Solothurn Brühl Ost und Bellach Grederhof	31. Aug 2012					

1494	Agglomerationsprogramme 2. Generation					Ziel LP	C.2.1.2
Aggloprogramm 2. Generation						Beschluss	
Status Amt	In Arbeit Amt für Raumplanung	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
485	Amtsinterner Entwurf		31. Mai 2012				
486	Einreichung beim Bund		30. Jun 2012				
487	Abschluss Leistungsvereinbarung		31. Dez 2013				
1114	Agglomerationsprogramme: Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft					Ziel LP	C.2.1.2
Rechtliche Ausgestaltung der Trägerschaft						Beschluss	
Status Amt	In Arbeit Amt für Raumplanung	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2011		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1241	Antrag an RR: Entscheid über weiteres Vorgehen (RRB)		31. Dez 2010	1. Mrz 2011			
769	Entscheid RR weiteres Vorgehen:		31. Dez 2011				
1184	Deponieplanung					Ziel LP	.
Deponieplanung						Beschluss	
Status Amt	In Arbeit Amt für Raumplanung	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
541	Richtplananpassung		31. Dez 2008				
1681	Richtplananpassung oberer Kantonsteil		31. Dez 2010	31. Dez 2010			
770	Richtplananpassung Schwarzbubenland		31. Dez 2012				
771	Richtplananpassung, Überführen in Projekt 1202, Richtplangesamtüberprüfung		31. Dez 2012				
5087	Richtplananpassung unterer Kantonsteil		31. Dez 2012				
1204	Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt					Ziel LP	C.2.1.1
Regionale Raumentwicklungskonzepte Gäu, Niederamt, Wasseramt						Beschluss	
Status Amt	In Arbeit Amt für Raumplanung	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2010		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
384	RRB, B+E		31. Dez 2010				
1202	Richtplangesamtüberprüfung					Ziel LP	C.2.1.1
Richtplanüberprüfung (RRB, B+E)						Beschluss	
Status Amt	In Arbeit Amt für Raumplanung	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2010		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
383	RRB, B+E		31. Okt 2010				
489	Konzept für Richtplan-Gesamtüberprüfung		31. Dez 2010				
773	Bereinigung, Mitwirkung, Information		30. Jun 2012				
772	Verwaltungsinternen Entwurf		30. Nov 2012				
5088	Richtplan Gesamtüberprüfung 2012		30. Dez 2012				
2995	Testplanung Riedolz/Luterbach					Ziel LP	.
Testplanung Riedholz/Luterbach						Beschluss	
Status Amt	In Arbeit Amt für Raumplanung	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
774	Testplanung		31. Dez 2011	31. Dez 2011			
5086	Vertiefungsphase		31. Dez 2012				
775	Planungsrechtliche Umsetzung		31. Dez 2013				
1206	Neubau Berufsschule Solothurn					Ziel LP	C.1.1.2
Neubau Berufsschule Solothurn						Beschluss	
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	30. Jun 2016		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
539	Start Wettbewerb		31. Okt 2009	31. Dez 2009			
490	Vorprojekt		31. Dez 2010	30. Apr 2011			
757	RRB B+E (Kreditbeschluss)		30. Nov 2011	31. Mrz 2012			
491	Realisierung		30. Jun 2016				
1136	Neubau Fachhochschule Olten					Ziel LP	C.1.1.2
Räumliche Erweiterung Fachhochschule Olten gemäss Ausbaugarantie FHNW-Kantone						Beschluss	
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	4. Mrz 2011	Soll-Termin	13. Sep 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
337	RRB B+E		30. Jun 2008	30. Jun 2008			
338	Baubewilligung		31. Dez 2009	31. Dez 2009			
339	Bezug/Inbetriebnahme		13. Sep 2013				

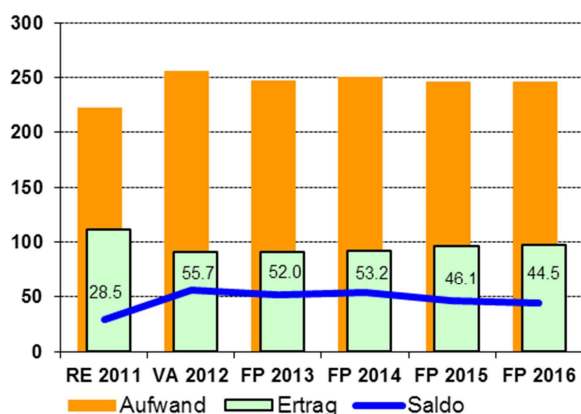
2966	Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten					Ziel LP	.
Neubau Parkhaus Kantonsspital Olten						Beschluss	.
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	30. Jun 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
759	RRB B+E, Volksbeschluss		28. Feb 2011	28. Feb 2011			
760	Fertigstellung		30. Jun 2013				
1149	Sanierung Bürgerspital Solothurn					Ziel LP	C.3.3.3
Sanierung Bürgerspital Solothurn						Beschluss	.
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2023		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
348	Wettbewerb durchgeführt		31. Dez 2008	31. Dez 2008			
351	Vorprojekt		31. Dez 2009	30. Sep 2010			
349	RRB, B+E (Kreditbotschaft)		31. Dez 2010	31. Dez 2011			
753	Erneute Bedarfsüberprüfung und Projektoptimierung		31. Dez 2011	31. Dez 2011			
755	Volksabstimmung		17. Jun 2012				
350	Fertigstellung		31. Dez 2023				
1133	Sanierung Kantonsschule Olten					Ziel LP	C.1.1.2
Sanierung Kantonsschule Olten						Beschluss	.
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2020		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1247	RRB / B+E		31. Dez 2012				
749	Fertigstellung Sanierung Kantonsschule Olten		31. Dez 2020				
1151	Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe)					Ziel LP	.
Sanierung Psychiatrische Klinik Solothurn (Schlussetappe)						Beschluss	.
Status Amt	Erledigt Hochbauamt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2009	Ist-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
352	Sanierung Haus 2		31. Dez 2008	31. Dez 2008			
353	Bauabrechnung		30. Jun 2011	30. Dez 2011			
1147	Um- und Ausbau Kantonsspital Olten					Ziel LP	.
Um- und Ausbau Kantonsspital Olten						Beschluss	.
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	30. Jun 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
345	Neues Bettenhaus im Rohbau erstellt		31. Dez 2008	31. Dez 2008			
346	Neues Bettenhaus erstellt		31. Dez 2009	31. Dez 2009			
746	Neuer Behandlungstrakt B im Rohbau erstellt		31. Dez 2010	31. Dez 2010			
747	Fertigstellung Behandlungstrakt B		30. Jun 2012				
347	Fertigstellung Umgebung		30. Jun 2013				
2969	Umbau Museum Altes Zeughaus					Ziel LP	C.3.5.1
Umbau Museum Altes Zeughaus						Beschluss	.
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2015		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
762	Wettbewerb		31. Dez 2011	31. Dez 2011			
763	RRB B+E		31. Dez 2012				
764	Fertigstellung		31. Dez 2015				
1120	Rasche Umsetzung der Strategie 2002: Zusammenlegung der Strafanstalt "Schöngrün"					Ziel LP	.
Realisierung bis 2012						Beschluss	.
Status Amt	In Arbeit Hochbauamt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2014		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
328	RRB B+E		31. Dez 2008	31. Dez 2008			
329	Volksbeschluss		31. Dez 2009	27. Sep 2009			
751	RRB B+E Zusatzkredit		31. Mrz 2011	22. Mrz 2011			
330	Realisierung Neubau		30. Jun 2014				
752	Fertigstellung Umbauten		31. Dez 2014				
1155	Entlastung Region Olten					Ziel LP	C.1.6.2
Entlastung Region Olten, Fertigstellung						Beschluss	.
Status Amt	In Arbeit Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2015		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
356	Baubeginn		31. Dez 2008	31. Aug 2008			
357	Inbetriebnahme		31. Dez 2013				
358	Bauabrechnung		31. Dez 2015				

1512	Sanierung Stadtmist Solothurn					Ziel LP	C.2.3.2
Sanierung Stadtmist Solothurn						Beschluss	.
	Status Amt	In Arbeit Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2018	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
502	Klärung Handlungsbedarf		31. Dez 2010				
503	Vorprojekt		31. Dez 2013				
506	Bauprojekt		31. Dez 2014				
507	Realisierung		31. Dez 2016				
1163	Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen					Ziel LP	.
Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen, Realisierung						Beschluss	.
	Status Amt	In Arbeit Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2015	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
364	Richtplananpassung		30. Jun 2012				
363	Planaufgabe		31. Dez 2012				
1153	Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008					Ziel LP	.
Vollendung der Entlastung Solothurn West im Jahr 2008						Beschluss	.
	Status Amt	In Arbeit Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2013	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
354	Inbetriebnahme		8. Aug 2008	8. Aug 2008			
540	Schlussarbeiten		31. Dez 2009	31. Dez 2010			
1676	Bauabrechnung/Kreditabrechnung		31. Dez 2013				
1520	Balsthal, Verkehrsentlastung Klus (Erschliessungsplan)					Ziel LP	C.1.6.3
Balsthal, Verkehrsentlastung Klus (Erschliessungsplan)						Beschluss	.
	Status Amt	In Arbeit Amt für Verkehr und Tiefbau-Strassenbau	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2018	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
510	Vorprojekt		31. Dez 2012				
511	Mitwirkungsverfahren		30. Jun 2013				
513	Bauprojekt Erschliessungsplan		31. Dez 2013				
1501	Hochwasserschutz Emme					Ziel LP	C.2.3.1
Hochwasserschutz Emme						Beschluss	.
	Status Amt	In Arbeit Amt für Umwelt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2019	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1502	Planung Biberist / Gerlafingen		31. Okt 2010	31. Okt 2010			
493	Realisierung Biberist / Gerlafingen		30. Jun 2013				
494	Planung Wehr Biberist - Aare		30. Jun 2015				
5092	Volksabstimmung Wehr Biberist - Aare		31. Dez 2015				
495	Realisierung Wehr Biberist - Aare		31. Dez 2019				
1504	Hochwasserschutz Aare					Ziel LP	C.2.3.1
Hochwasserschutz Aare						Beschluss	.
	Status Amt	In Arbeit Amt für Umwelt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2016	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1505	Planung Dammbauten 1. Priorität		30. Jun 2012				
2978	Realisierung Dammbauten 1. Priorität		31. Dez 2012				
498	Planung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität		31. Dez 2012				
765	Volksabstimmung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität		31. Dez 2012				
499	Realisierung Gerinne und Dammbauten 2. Priorität		31. Dez 2016				
1182	Schwermetallsanierung Schiessanlagen					Ziel LP	C.2.3.2
Schwermetallsanierung Schiessanlagen						Beschluss	.
	Status Amt	In Arbeit Amt für Umwelt	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Dez 2012	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
373	Einbau Kugelfänge		31. Dez 20012				
3018	Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche					Ziel LP	.
Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche nach Brandfall, mit denkmalpflegerischen Beiträgen des Kantons						Beschluss	.
	Status Amt	In Arbeit Amt für Denkmalpflege und Archäologie	Start-Datum	6. Mrz 2011	Soll-Termin	30. Sep 2012	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
779	Innenrestaurierung der St. Ursen-Kirche		30. Sep 2012				

1190	Kunstdenkmäler des Kantons Solothurn, Sakralbauten Stadt Solothurn					Ziel LP	.
Publikation						Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
378	Publikation	31. Dez 2012					
1143	Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des					Ziel LP	.
Sanierung ehemalige Schuhfabrik Hug in Dulliken mit Denkmalpflegebeiträgen des Kantons						Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2010		
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
343	Projektarbeiten gemäss Plan	31. Dez 2012					
5120	Archäologische Ausgrabungen Stadttheater Solothurn					Ziel LP	.
Ausgrabungen						Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jun 2013	Soll-Termin	1. Jun 2014		
Amt	Amt für Denkmalpflege und Archäologie						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5089	Start Ausgrabungen	1. Jun 2013					
1172	RADAV					Ziel LP	.
Fertigstellung Dezember 2011						Beschluss	.
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2011		
Amt	Amt für Geoinformation						
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
2983	Vollendung RADAV	31. Dez 2013					

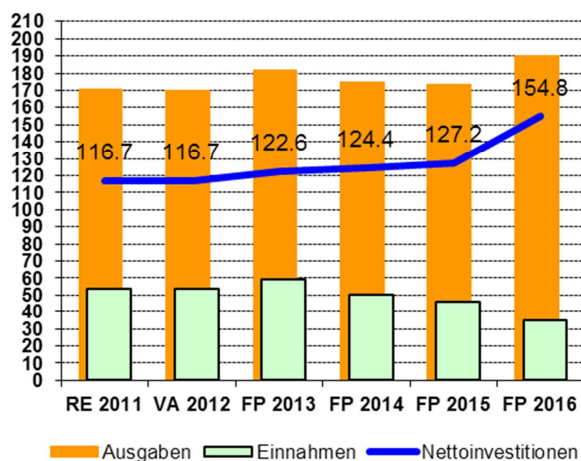
3.2.5. Finanzen in Mio. Franken vom Bau - und Justizdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Globalbudgets						
Aufwand	160.4	165.8	173.0	175.9	175.3	176.4
Ertrag	-37.2	-36.8	-38.6	-38.7	-39.6	-39.5
Globalbudgetsaldo	123.2	129.1	134.3	137.2	135.7	137.0
Verrechnungen	-22.2	-30.6	-31.6	-31.6	-31.6	-31.6
Saldo	101.0	98.4	102.7	105.6	104.1	105.3
Finanzgrössen						
Aufwand	61.7	89.4	73.8	74.0	71.0	69.2
Ertrag	-73.9	-54.9	-52.1	-54.0	-56.7	-57.7
Verrechnungen	-60.3	-77.2	-72.4	-72.4	-72.4	-72.4
Saldo	-72.5	-42.7	-50.7	-52.4	-58.0	-60.9
Saldo total	28.5	55.7	52.0	53.2	46.1	44.5



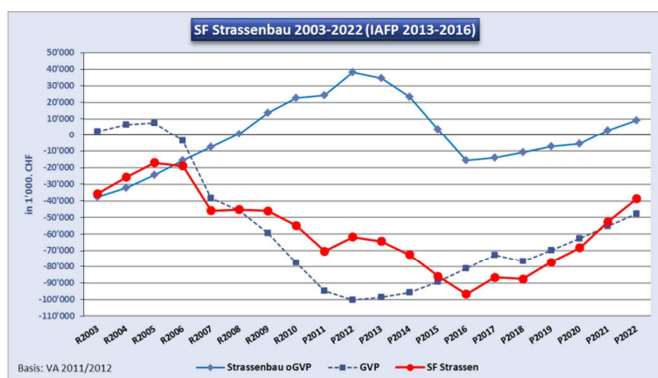
Die Abnahme in den Jahren 2015 - 2016 ist insbesondere auf die tieferen Investitionsbeiträge an öffentliche Unternehmungen und auf die höheren Einnahmen aus Konzessionen zurückzuführen.

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Total						
Ausgaben	170.7	170.1	181.6	174.8	173.2	189.9
Einnahmen	-53.9	-53.3	-59.0	-50.5	-45.9	-35.2
Nettoinvestitionen	116.7	116.7	122.6	124.4	127.2	154.8
Einzelne Nettoinvestitionen						
Hochbau: Spitalbauten	27.4	34.5	22.3	19.0	34.1	57.5
Hochbau: Bildungsbauten	31.0	38.3	48.0	49.4	32.6	34.2
Hochbau: Motorfahrzeugkontrolle	0.0	0.2	0.2	0.3	1.0	5.5
Kantonsstrassenbau	46.0	32.4	37.5	41.9	49.1	46.7
Öffentlicher Verkehr	5.8	3.9	8.4	7.1	3.4	3.9
Umwelt	5.2	6.2	3.9	4.8	5.5	5.8
Geoinformationen	1.3	1.2	1.2	1.2	1.2	1.2



Die Nettoinvestitionen der Finanzplanjahre 2013 – 2015 weichen nicht nennenswert voneinander ab (+4.6 Mio. CHF). Im Finanzplanjahr 2016 ist mit dem geplanten Neubau des Bürgerspitals Solothurn ein Anstieg der Nettoinvestitionen auf 154.8 Mio. CHF zu verzeichnen.

3.2.6. Entwicklung Strassenbaufonds



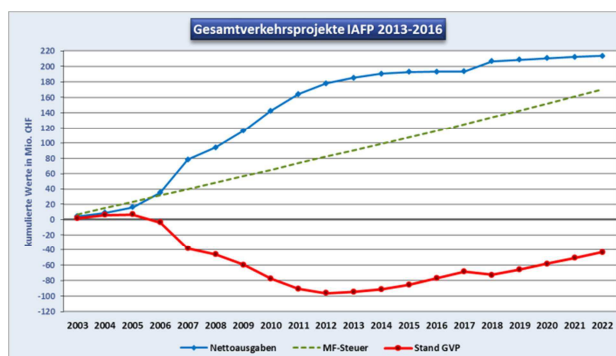
Angaben: AVT, 1. Mai 2012

Die Erstellung des IAFP 2012 – 2015 erfolgte aufgrund des damaligen Wissensstandes über die Auswirkungen von HRM2. Wesentliche Punkte sind in der Zwischenzeit widerlegt worden. Für die Spezialfinanzierung (SF) Strassenbau wird die vorgesehene lineare Abschreibung von 2.5 % nach deren Nutzungsdauer neutralisiert. Für die Berechnung der SF Strassenbau sind nach wie vor die Nettoausgaben zu berücksichtigen. Weiterhin erfolgt auch die Verzinsung der Verschuldung gegenüber dem allgemeinen Haushalt. In den Finanzplanjahren 2013 – 2016 sind die Finanzgrößen (Treibstoffzollanteil, LSVA und MFK-Steuern) tiefer budgetiert als im IAFP 2012 – 2015.

Damit entsteht gegenüber dem IAFP 2012 - 2015 die konträre Situation, dass anstelle einer Verbesserung die Verschuldung der SF Strassenbau mittelfristig, d.h. bis 2016 noch zunimmt. Der effektive Verlustvortrag per Jahresabschluss 2011 beträgt rund 58.9 Mio. Fr.

Die langfristige Entwicklung der Spezialfinanzierung Strassenbau entspricht gemäss heutigem Wissensstand den Prognosen, wie sie bereits im IAFP 2011 – 2014 dargestellt wurden.

Stand Finanzierung Gesamtverkehrsprojekte Solothurn / Olten (GVP)



Angaben: AVT, 13. April 2012

Zur Finanzierung der Projekte „Solothurn, Entlastung West“ und „Entlastung Region Olten“ wird auf den Steuern für Motorfahrzeuge ein Zuschlag von 15 % erhoben. Der Zuschlag entfällt, wenn die dem Kanton anfallenden Projektkosten bezahlt sind, spätestens aber nach 20 Jahren im Jahr 2022. Mit Abschluss des Rechnungsjahres 2011 belief sich der effektive Verlustvortrag der „Sonderrechnung Gesamtverkehrsprojekte“ auf 90.7 Mio. Fr. und wird nach dem geschätzten Tiefstand im Jahr 2012 von rund 100.0 Mio. Fr. im Jahr 2016 den Stand von 81.2 Mio. Fr. erreichen.

Vor Jahresfrist ging man davon aus, dass mit der Umstellung auf HRM2 die Verzinsung entfallen wird. Nachdem diese Bestimmung widerrufen wurde, ist mit zusätzlichen Zinskosten zu rechnen, über den ganzen Zeitraum betrachtet betragen die Zinskosten 33.8 Mio. Fr.

Der Zuschlag der Motorfahrzeugsteuer bis ins Jahr 2022 wird somit nicht genügen, um die Gesamtverkehrsprojekte zu finanzieren. Im Jahr 2022 wird voraussichtlich ein Finanzierungsfehlbetrag von rund 47.6 Mio. Fr. bestehen.

3.3. Departement für Bildung und Kultur

3.3.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Das Departement für Bildung und Kultur mit seinen Schulen und Ämtern sorgt dafür, dass sich die Bildung in einem wandelnden Umfeld nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Schülerin, des einzelnen Schülers und den Ansprüchen von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat richtet. Volksschule, Mittel- und Berufsbildung sollen den gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnissen folgen und entsprechend weiter entwickelt werden. Das Bildungsangebot soll dabei möglichst landesweit harmonisiert werden.

Die Chancengerechtigkeit (Equity) während der Ausbildung soll gewahrt bleiben. Das Bildungsangebot soll allen Jugendlichen einen Abschluss ermöglichen, der sie für das Berufsleben oder für weitergehende Schulbildungen qualifiziert. Der Übergang Schule/Berufswelt soll weiter verbessert werden.

Der Kanton bietet eine Vielzahl von Bildungsangeboten an. Vollumfänglich in der kantonalen Zuständigkeit sind die Angebote der Sekundarstufe II. Kindergarten, Volksschule und Musikschulen sind kommunale Aufgaben, welche vom Kanton massgeblich subventioniert werden.

Mit dem Aufgabenbereich Kultur wird die kulturelle Vielfalt im Kanton projektorientiert gefördert und das Kulturerbe gepflegt. In diesen Aufgabenbereich fallen auch die Kontakte zu den staatlich anerkannten Landeskirchen, welche mit Staatsmitteln gefördert werden. Unsere Aktivitäten im Bereich Jugend und Sport, den Schulsport und allgemeine Bewegungsförderung unterstützen eine gesunde Freizeitaktivität.

3.3.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.1.	Qualität der Bildung auf allen Stufen sichern und weiterentwickeln
1.1.1	Schulleitungen der Volksschulen und kantonalen Schulen festigen
1.1.2	Bildungsstandort Kanton Solothurn stärken
1.2	Bildungsgerechtigkeit erhöhen und Bildungspotentiale fördern
1.2.1	Schuleingangsbereich neu gestalten
1.2.2	Tagesschulstrukturen flächendeckend ermöglichen / Familien fördern
1.2.3	Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren (Sozio-ökonomische Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung)
1.3.	Interkantonale Zusammenarbeit und Harmonisierung auf allen Schulstufen verstärken
1.3.1	Bildungswege interkantonale aufeinander abstimmen; Beitritte zum HARMOS-Konkordat und Sonderpädagogik-Konkordat
1.3.2	Lehrplan 21 einführen
1.3.3	Zusammenarbeit im Bildungsraum Nordwestschweiz
3.5.	Kulturelle Vielfalt pflegen
3.5.1	Zentralbibliothek Solothurn und Museum Altes Zeughaus infrastrukturell und konzeptionell stärken
3.5.2	Vermittlung von kantonaler Geschichte als Teil der Kulturpflege

3.3.3. Politische Ziele und Leistungen

Veränderte Bedürfnisse der Gesellschaft (zunehmende Mobilität der Bevölkerung, wachsender Anteil Fremdsprachiger, veränderte Familienstrukturen) erfordern diverse Anpassungen im Schulbereich. Dazu zählen insbesondere:

- landesweite Harmonisierung der Schulstrukturen und Bildungsinhalte,
- weitere Verbesserung des Übergangs Schule / Berufswelt.
- Vergleichbarkeit der Schulen herstellen/Einführung von Leistungsmessungen (Checks).

Diese notwendigen Anpassungsmassnahmen sind mitunter verantwortlich für den steigenden Kostenbedarf im Aufgabenbereich der Bildung. Als Gegenstück dazu muss die evidenzbasierte Steuerung des Bildungssystems weiter entwickelt werden. Mit dem nationalen Bildungsbericht 2010 ist dazu ein wichtiger Schritt getan. Die projektierte nationale Bildungsstatistik wird dazu die Datenlage erweitern. Ziel ist ein Bildungsmonitoring, das Erkenntnis- und Datenlücken weiter schliesst und damit den politischen Entscheidungsträgern faktengestützte Grundlagen liefert für die Weiterentwicklung des Bildungsbereichs und ihre Investitionen in das Bildungswesen.

Der hohe Stellenwert des Breitensportes und der Bewegungsförderung ist erkannt. Mit Beschluss KRB SGB 059/2007 wurde der Leistungsauftrag „Kultur und Sport“ erweitert und es wurden zusätzliche Mittel gesprochen. Zusätzlich wollen wir deshalb den Breitensport verstärkt fördern und suchen die aktive Zusammenarbeit mit den Gemeinden (lokale Bewegungs- und Sportnetze), Schulen (freiwilliger Schulsport), Sportvereinen und anderen Organisationen im Rahmen der subsidiären Projektmitfinanzierung.

Projektorientierte Fördermittel des Kantons gehen ausschliesslich zulasten des Lotteriede- und Sport-Toto-Fonds (die Zahl der Unterstützungsgesuche steigt kontinuierlich). Hervorzuheben sind geplante Schwerpunktinvestitionen in die kulturellen Leuchttürme der Stadt Solothurn (Theater und Museen).

Die Einwohnergemeinde Solothurn kündigte vorsorglich per Ende 2006 den Vertrag vom 27.6./21.11.1995 über den Betrieb der Zentralbibliothek Solothurn (ZBS) zwischen Stadt und Kanton. Die ergänzenden Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton i. S. Verteilschlüssel sind materiell abgeschlossen. Im 2012 kann die Unter-

zeichnung des neuen Stiftungsvertrages erfolgen. Die Stiftungsform der ZBS wird beibehalten und formal so angepasst, dass der bisherige Vertrag zwischen Stadt und Kanton nicht mehr erneuert werden muss. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie klärte das Hochbauamt Möglichkeiten zur dringend nötigen Behebung des Raumbedarfes für Depot und Bibliothek. Die Arbeiten am Solothurner Namenbuch und an der Kantonsgeschichte werden fortgeführt. Das Museum Altes Zeughaus muss baulich saniert werden, ebenso ist dessen wehrhistorische Sammlungspräsentation thematisch zu erneuern. Der Regierungsrat genehmigte am 10.8.2010 (RRB 2010/1432) das Museumskonzept. Für die Durchführung des Wettbewerbes „Umbau und Sanierung MAZ“ bewilligte der Kantonsrat mit Beschluss SGB

198/2009 am 26.1.2010 einen Kredit von 0.6 Mio. CHF. Zulasten des Lotteriefonds stellte der Regierungsrat zudem einen Beitrag von 2.5 Mio. CHF für die Erneuerung der Dauerausstellung bereit. Ein besonderes Augenmerk gilt auch der Pflege der beiden Schlösser Waldegg (Feldbrunnen-St. Niklaus) und Wartenfels (Lostorf) sowie der Fortschreibung der Kantonsgeschichte.

Wir wollen weiterhin einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung der Landeskirchen und des religiösen Friedens leisten. Dazu gehören die gesetzlich und konkordatar vorgesehenen Staatsbeiträge an die drei Landeskirchen (insgesamt rund 1,0 Mio. CHF).

3.3.4. Massnahmen

681	Anstellungsbedingungen Lehrpersonen	Ziel LP	keine
Anstellungsbedingungen Lehrpersonen (Tertiärisierung, Basisstufe): Die neue Lehrkräfteausbildung an der Pädagogischen Hochschule wirkt sich auf Lehrberechtigungen aus und führt zu einer Überprüfung der Besoldungen		Beschluss	KRB 117/2001
Status Amt	Erledigt Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum 1. Aug 2005	Soll-Termin 31. Aug 2008
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
663	Abschluss der GAV Anpassungen	31. Dez 2011	31. Dez 2011
		Mit RRB 2011/1384 vom 20.6.2011 wurde der Änderung des GAV zugestimmt. Die Änderungen sind am 1.8.2011 in Kraft getreten.	
714	Bildungsraum Nordwestschweiz	Ziel LP	C.1.3.3
Bildungsraum Nordwestschweiz: mit den Partnerkantonen AG, BL, BS werden nationale und regionale Projekte gemeinsam umgesetzt; B+E		Beschluss	RRB 2009/1112
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum 1. Jan 2008	Soll-Termin 1. Aug 2015
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
667	Checks umsetzen	31. Dez 2011	31. Dez 2011
1134	Entwicklung einer Aufgabendatenbank	31. Dez 2012	
320	Erste Schulabgänger erhalten einen vierkantonalen Volksschulabschluss	31. Aug 2014	
982	Familien fördern	Ziel LP	C.1.2.2
Standardisierte Produkte auch im Kt SO einführen (z.B. Elternbildungskurse; Zusammenarbeitsverträge mit der Schule). Ziel: Eltern in ihrer Erziehungsaufgabe zu unterstützen und deren Zusammenarbeitspflicht mit der Schule bewusst zu halten und einzufordern		Beschluss	RRB 2004/2317
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum 1. Jan 2004	Soll-Termin 1. Aug 2013
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
669	Entwürfe für Schulen liegen vor.	31. Dez 2011	31. Dez 2011
322	Alle Schulen haben einen Zusammenarbeitsvertrag Schule-Eltern-Kind	31. Aug 2012	
693	Frühenglisch	Ziel LP	keine
Englisch 5./6. Klasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte ca. 2.25 Mio. Fr.; Mehrlektionen nach Einführung 6.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.4 Mio. Fr.		Beschluss	SGB 095/2006
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum 1. Jan 2005	Soll-Termin 31. Dez 2015
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
665	Per August 2011 werden Praxistestklassen starten.	31. Dez 2011	31. Dez 2011
1122	Fortsetzung Weiterbildung Lehrkräfte; Erprobung und Evaluation der Lehrmittel	31. Dez 2012	
319	Englisch ab 5./6. Klasse ist eingeführt.	31. Dez 2015	
691	Frühfranzösisch	Ziel LP	keine
Französisch Einführung 3. Primarschulklasse (Projekt der EDK) 2010-2014: Ausbildung der Lehrkräfte Finanzbedarf ca. 2.25 und Mehrlektionen nach Einführung 11.8 Mio. Fr., Lehrmittel 0.7 Mio. Franken		Beschluss	SGB 095/2006
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum 1. Jan 2005	Soll-Termin 31. Dez 2014
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine
664	Per August 2011 wird Französisch in allen 3. Schuljahren des Kantons eingeführt.	31. Dez 2011	31. Dez 2011
1131	Fortführung gemäss Projektplanung	31. Dez 2012	
169	Französisch ab 3. Primarschulklasse ist abgeschlossen.	31. Dez 2014	

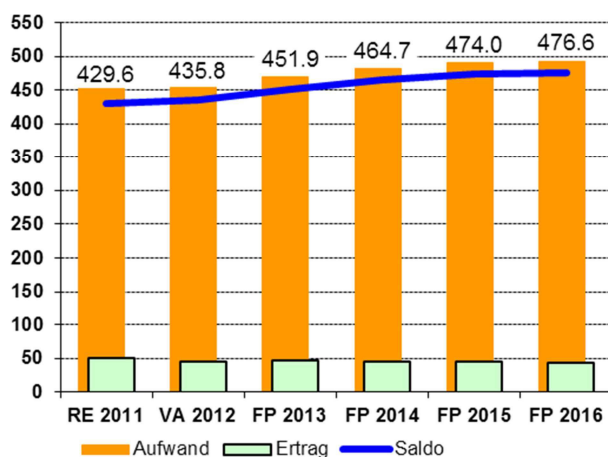
651	geleitete Schulen				Ziel LP	C.1.1.1
Einführung geleitete Schulen ab 1.8.2006 gem. Volksabstimmung vom 24. April 2005; Übergangslösung bis Zielermin 2010; es bedarf einer Gesetzesanpassung					Beschluss	V1138/2004
Status Amt	Erledigt Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum	1. Jan 2004	Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin 31. Dez 2010
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
317	Die kant. Schülerpauschale für die Schulleistungstätigkeit wird von heute Fr. 400 pro Schüler auf neu Fr. 560 gesetzt.	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Die Schulleitungsverordnung wurde angepasst und tritt am 1.1.2011 in Kraft (RRB 2010/1603 vom 7.9.2010).		
696	HarmoS				Ziel LP	C.1.3.1
HarmoS: EDK-Bildungsstandards (2.,6.,9.Klasse). Konkordatsbeitritt ab 2008. Leistungsvergleiche der Schulen, Beteiligung am Deutschschweizer Lehrplan für die Volksschule.					Beschluss	RRB 2009/2450
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	1. Aug 2015	
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
657	Arbeiten zur Umsetzung des HarmoS Konkordats.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Der Regierungsrat hat mit RRB 2011/2498 am 29.11.11 die Anpassung der Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz verabschiedet.		
1123	Weiterführen der Arbeiten zur Umsetzung des HarmoS Konkordats.	31. Dez 2012				
302	Alle Kinder im Kindergartenalter besuchen den Kindergarten	31. Jul 2013				
702	Integration				Ziel LP	keine
Integration, speziell der Migrationsfamilien und Kinder mit besonderen Bildungsbedürfnissen; jedes fremdsprachige Kind erhält Deutsch-Zusatzunterricht, Umgang mit Heterogenität, Sensibilität nimmt zu					Beschluss	SGB 051/2007
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Aug 2014	
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
723	Schulversuch Spezielle Förderung, Umsetzung des RRBs 2011/227 vom 1.2.11 gemäss Projektplan	31. Dez 2011	31. Dez 2011	87% aller Schulträger haben sich für das integrative Modell entschieden; Projekt ist aufgegleist, Teilprojekte 'Schulversuch', 'Angebotsplanung' und 'Ressourcen' sind operativ.		
1197	Projekt Schulversuch 2011-2014	1. Aug 2014				
986	Lehrplan 21				Ziel LP	C.1.3.2
Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan für die obligatorische Volksschule der deutschsprachigen Schweiz. Einführung und Weiterbildung der Lehrpersonen. Ziele: Verbesserung der Sek-II-Anschlüsse, Abbau von Mobilitätsstrahlen.					Beschluss	RRB 2010/931
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum	4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2013	
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
316	RRB zum Beitritt zur Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung des Erarbeitungsprojektes für einen sprachregionalen Lehrplan	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Mit RRB 2010/931 vom 25.5.2010 beschlossen.		
323	Zustimmung zum einheitlichen Lehrplan 21	31. Jul 2014				
700	Leistungsbewertung und Selektionsmodus Primarschulbereich				Ziel LP	C1.3.3
Volksschule: Abklärungen bezüglich der Leistungsbewertung und dem Selektionsmodus im Primarschulbereich und gegebenenfalls Einführung von Schulnoten ab der 1. Klasse. Die Volksschule regelt Selektion, Förderung und Beurteilung.					Beschluss	RRB 2009/1112
Status Amt	Erledigt Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin 7. Dez 2011
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
280	Neue Promotionsordnung ist erarbeitet und in Kraft. Wirksamkeit ist mit der Sek-I-Reform gekoppelt.	1. Aug 2011	1. Aug 2011	Die Promotionsordnung ist in Kraft. Schulnoten sind ab 1.8.2011 wieder obligatorisch. Weiterbildung, Materialien für Lehrpersonen zur Verfügung gestellt.		
685	Qualitätsmanagement Schulen				Ziel LP	C.1.1.1
Einführung von Qualitätsmanagement an Volksschule, Mittel- und Berufsschulen: Bis Ende Dezember 2008 sollte das Vorhaben zu 100 % umgesetzt sein.					Beschluss	RRB 2004/1542
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2012	
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
656	Externe Evaluation der GIBS Solothurn durch das Institut für Externe Schulevaluation (IFES) der Erziehungsdirektorenkonferenz	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Die Evaluation wurde durchgeführt.		
1121	Externe Evaluation durch das IFES des BBZ Olten im Frühling und des Bildungszentrums Gesundheit und Soziales im Herbst 2012.	31. Dez 2012				
296	Anteil öffentl. Schulen nach kant. Richtlinien erfolgreich zertifiziert (QM+Leistungsvereinbarung) 100 %.	31. Jul 2013		31.12.10 die Zertifizierung der Volksschulen ist zu 100 % abgeschlossen		
695	Schuleingangsbereich neu gestalten				Ziel LP	C.1.2.1
Entwicklung Schuleingangsstufe für 4-8jährige (Projekt EDK)					Beschluss	RRB 2009/2450
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	1. Aug 2011	
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
300	Aufgrund der Änderung der Verfassung Gesetzesanpassungen vornehmen, um den Kindergarten in die Volksschule zu integrieren	1. Aug 2011	31. Dez 2011	Die Änderung der Volksschulgesetzgebung mit RRB 2011/2347 am 15.11.11 beschlossen. Das Geschäft wird im Januar 2012 dem Kantonsrat vorgelegt.		
279	Sistierung der Basisstufe; Kindergarten ist obligatorisch; gekoppelt mit HarmoS	1. Aug 2012				

687	Sekundarstufe I Reform					Ziel LP	keine
Einführung der Sekundarstufe I Reform und Anpassung der Gesetzgebung zur Volks- und Mittelschule.					Beschluss	RG 027/2006	
Status Amt	In Arbeit Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum 1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Aug 2012			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
299	Die Informations- und Instruktionsveranstaltungen werden vorbereitet und durchgeführt.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Die Reform trat in Kraft. Informationsveranstaltungen wurden durchgeführt.			
1130	Evaluation Sek P planen und durchführen	31. Dez 2012					
1195	Nachfolgeregelung 10. Schuljahr; als Folge der Reform sind die heutigen freiwilligen 10. Schuljahre abzulösen	31. Jul 2014					
1196	Die Reform ist abgeschlossen und umgesetzt	31. Dez 2015					
980	Tagesschulstrukturen				Ziel LP	C.1.2.2	
Kantonale Rahmenbedingungen für schulergänzende Betreuungsformen sind verabschiedet. Bedarfsgerechte Angebote realisieren.					Beschluss	RRB 2010/1429	
Status Amt	Erledigt Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum 4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2013			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
668	Volksabstimmung am 13.2.2011 und Umsetzung	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Der Souverän hat die Vorlage abgelehnt. Dieses Legislaturziel ist somit für das DBK erledigt.			
722	Überprüfung der Neugestaltung des konfessionell neutralen Religionsunterrichts				Ziel LP	keine	
konfessionell neutraler Religionsunterricht					Beschluss	Eingabe SIKO	
Status Amt	Sistiert Amt für Volksschule und Kindergarten	Start-Datum 9. Dez 2009	Soll-Termin	31. Jul 2014			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
321	Abhängig vom Projekt Lehrplan 21; gem. Projektplanung weiterbearbeiten	31. Dez 2015					
704	Case Management Berufsbildung				Ziel LP	keine	
Prävention von Jugendarbeitslosigkeit					Beschluss	RRB 2007/1202	
Status Amt	In Arbeit Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen	Start-Datum 1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Dez 2010			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
651	Weiterführung der Umsetzungsarbeiten gem. Vorgaben BBT.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Operativer Start erfolgte im Januar 2011. Das Projekt 'Interkulturelle Vermittlung im Berufswahlprozess' wurde aufgrund veränderter Rahmenbedingungen sistiert und die erste Tranche Bundesbeitrag zurück-erstattet.			
1124	Weiterführung der Umsetzungsarbeiten gemäss Vorgaben BBT.	31. Dez 2012					
712	Einführung bilingualer Unterricht				Ziel LP	keine	
Die zweisprachige Maturität an den Kantonsschulen ist möglich.					Beschluss	RRB 2002/1696	
Status Amt	In Arbeit Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen	Start-Datum 1. Jan 2008	Soll-Termin	1. Aug 2010			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
685	Klärung der künftigen Angebote an der Kanti Solothurn (Schwerpunktfach Englisch) bilinguale Matur.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Entscheid zum weiteren Vorgehen auf der Sek P gefällt, Schulversuch Kanti Solothurn verlängert			
1126	Kanti Solothurn: Konzept zur Weiterentwicklung erarbeiten	31. Dez 2012					
984	Integration für Kinder mit besonderem Bildungsbedarf optimieren				Ziel LP	C.1.2.3 Integration	
Sozio-ökonomischer Benachteiligung, Fremdsprachigkeit, Hochbegabung begegnen. Förder- und Unterstützungsmassnahmen ab dem Kindergarten, ev. bereits im Frühbereich, teilweise neu erarbeiten, konsequent und gezielt einsetzen.					Beschluss	RRB 2007/459	
Status Amt	In Arbeit Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen	Start-Datum 4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2013			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1127	Im Zuge der Reform Sek I Aufnahmebedingungen für die weiterführenden Schulen neu definieren.	31. Dez 2012					
290	Tertiärabschlussquote: Anzahl Abschlüsse Hochschulen, Fachhochschulen, höhere Berufsbildung steigern	31. Jul 2013					
988	Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen				Ziel LP	C.3.2.1	
Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit durch bessere Integration der Jugendlichen mit schulischen, sprachlichen und sozialen Problemen in den Arbeitsmarkt.					Beschluss	RRB 2007/1202	
Status Amt	In Arbeit Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen	Start-Datum 4. Feb 2010	Soll-Termin	31. Jul 2013			
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
310	Vorbereitung auf Berufs-+Mittelschulbildung mit Reform Sek I verbessern; Weiterentw.Berufsbildungsangebot im nationalen Rahmen	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Umsetzung Reform Sekundarstufe I ist vorbereitet. Weiterentwicklung Integrationskurse und Brückenangebote in Arbeit.			
1128	Anzahl Lehrverhältnisse weiter erhöhen, Brückenangebote einführen.	31. Dez 2012					
292	Kontinuierliche Verbesserung der Abschlussquote Sek II (Richtwert BRT 95%)	31. Jul 2013					

720	Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert					Ziel LP	keine
Geschichte des Kantons Solothurn im 19. und 20. Jahrhundert bearbeiten						Beschluss	RRB 2005/160
Status Amt	In Arbeit Amt für Kultur und Sport	Start-Datum	9. Dez 2009	Soll-Termin	31. Dez 2014		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
659	Publikation und Buchvernissage im Frühjahr 2011	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Das Buch wurde der Öffentlichkeit am 4.4.2011 vorgestellt. Planungsarbeiten zur Kantonsgeschichte des 20. Jahrhunderts wurden aufgenommen RRB 2011/891 vom 26.4.2011).			
1136	Produktion Band 20. Jahrhundert gemäss Planung.	31. Dez 2012					
203	Gesamtwerk wird 2017 abgeschlossen (RRB 2011/2348 vom 15.11.2011).	31. Dez 2014					
996	Vermittlung von kantonaler Geschichte als Teil der Kulturpflege					Ziel LP	C.3.5.2 Vermittlung
Schaffung eines Netzwerkes für den Umgang mit Geschichte und mobilem Kulturgut.						Beschluss	SGB148/2009
Status Amt	In Arbeit Amt für Kultur und Sport	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Jul 2013		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
293	Museumsverbund ist eingeführt	31. Dez 2010	31. Dez 2010	Gründungsversammlung im November 2009. Museumsverbund wird mit Beiträgen aus dem Lotteriefonds unterstützt (RRB 2010/2325). Das erste Jahrestreffen fand am 6.9.2010 im Museum Blumenstein in Solothurn statt.			
690	Museumserneuerung: FIKO Sparbeschluss vom 16.11.11 SGB 1248/2011 Projektausführung muss verschoben werden ausser die Projektfinanzierung ist durch Spenden möglich.	31. Dez 2013					
716	Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus					Ziel LP	C.3.5.1
Wehrhistorisches Museum Altes Zeughaus zum kulturhistorischen Museum des Kantons umgestalten.						Beschluss	RRB 2010/1432
Status Amt	In Arbeit Amt für Kultur und Sport	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2011		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
658	Beginn des Umzuges der Bestände MAZ ins Depot; Wettbewerbe Umbau und Gestaltung durchführen und Preisträger bestimmen	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Die Räumlichkeiten "Burrisgraben" werden erst im Frühjahr 2012 umgebaut. Wettbewerb für neues Konzept Dauerausstellung durchgeführt und Mittel für Studienauftrag und Vorprojekt zur Realisierung einer neuen Dauerausstellung bewilligt RRB 2011/2549 5.12.11			
1135	Kreditbewilligung für die Sanierung und den Umbau liegt vor. Arbeiten an neuer Dauerausstellung gem. Planung.	31. Dez 2012					
724	Zentralbibliothek Solothurn					Ziel LP	C.3.5.1
Zentralbibliothek Solothurn als Stadt-, Regional- und Kantonsbibliothek erhalten, Erneuerung des Zusammenarbeits- und Beitragsvertrages (RRB)						Beschluss	SGB 118/2005
Status Amt	In Arbeit Amt für Kultur und Sport	Start-Datum	1. Aug 2005	Soll-Termin	31. Dez 2010		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
660	Die Verträge und der Verteilschlüsse liegen im Entwurf vor und können verabschiedet werden.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Die Verhandlungen zwischen Stadt und Kanton i. S. Verteilschlüssel sind materiell abgeschlossen. Der Gemeinderat der Stadt Solothurn stimmte am 27.9.11 der Statutenänderung einstimmig zu.			
1194	RRB zum neuen Vertrag; Inkrafttreten per 2013	31. Dez 2012					
706	Wiedereinführen Lehrlingsturnen					Ziel LP	keine
Wiedereinführen Lehrlingsturnen im BBZ Solothurn-Grenchen						Beschluss	RRB2007/554
Status Amt	In Arbeit Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen	Start-Datum	9. Dez 2009	Soll-Termin	31. Dez 2011		
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
188	Weiterführung Abklärungen für Mietlösungen.	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Abklärungen für Sporthallen Mietlösung in Grenchen und Solothurn (Sanierung CIS-Hallen) weitergeführt.			
1125	Laufende Optimierung der Mietlösungen	31. Dez 2012					

3.3.5. Finanzen in Mio. Franken Departement für Bildung und Kultur

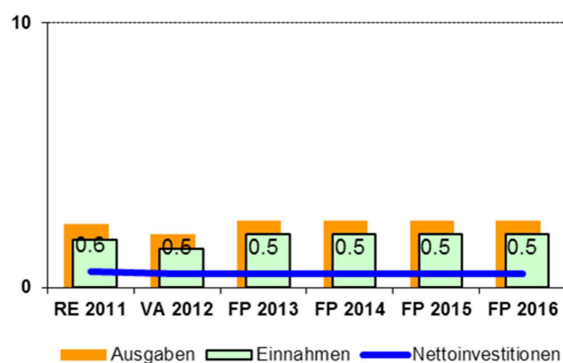
Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Globalbudgets						
Aufwand	186.9	196.2	197.5	200.6	199.8	197.8
Ertrag	-41.4	-38.8	-39.1	-38.7	-37.4	-36.8
Globalbudgetsaldo	145.5	157.5	158.4	162.0	162.4	160.9
Verrechnungen	26.3	27.5	27.5	27.5	27.5	27.5
Saldo	171.8	185.0	185.9	189.5	189.9	188.5
Finanzgrössen						
Aufwand	265.5	257.5	272.6	281.8	290.8	294.8
Ertrag	-8.0	-6.8	-6.9	-6.9	-6.9	-6.9
Verrechnungen	0.3	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Saldo	257.8	250.9	266.0	275.1	284.1	288.1
Saldo total	429.6	435.8	451.9	464.7	474.0	476.6



Der Anstieg in den Jahren 2012 bis 2015 ist hauptsächlich zurückzuführen auf: Beiträge an Gemeinden an Lehrerbessoldungen (Einführung Frühfranzösisch, Frühenglisch, Leistungschecks), Umsetzung des Heilpädagogischen Konzeptes, höhere Schulgelder aufgrund von mehr Studierenden sowie den höheren Beitrag an die Fachhochschule Nordwestschweiz gemäss vierkantonaalem Leistungsauftrag.

Aus dem Beschluss des Kantonsrates vom März 2012 zur Kantonalisierung der fünf Heilpädagogischen Sonderschulen ergeben sich schwerpunktmässig zwei Handlungsfelder: Rund 250 bisherige Arbeitsverhältnisse (Arbeitgeber bisher: Einwohnergemeinden) sind aufzulösen, bzw. in kant. Arbeitsverhältnisse zu überführen (personalrechtliche Forderungen aus Stellenaufhebungen, IT-Anpassungen). Das gleiche gilt für die benötigten fünf Schulhäuser. Diese sind konsequenterweise zu erwerben. Je nach Lösungsansatz entstehen dem Kanton aus dem Vollzug der Kantonalisierung Verpflichtungen in der Grössenordnung von 50-100 Mio. CHF. Diese Mittel sind in den vorliegenden Finanzplänen noch nicht enthalten.

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Total						
Ausgaben	2.4	2.0	2.5	2.5	2.5	2.5
Einnahmen	-1.8	-1.5	-2.0	-2.0	-2.0	-2.0
Nettoinvestitionen	0.6	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Stipendien	0.1	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

3.4. Finanzdepartement

3.4.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Das Finanzdepartement ist einerseits für die Ressourcen verantwortlich. Die Querschnittsämtler im Finanz-, Informatik- und Personalbereich sind interne Dienstleister für die ganze Verwaltung. Sie nehmen Beratungs- und Koordinationsaufgaben wahr. Andererseits werden im Finanzdepartement Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne durch das Steueramt und die Amtschreibereien erledigt. Administrativ dem Finanzdepartement zugehörig sind die Finanzkontrolle und das Amtschreiberei-Inspektorat, welche Aufsichtsfunktionen ausüben sowie die Kantonale Pensionskasse (PKSO). Alle Dienststellen mit Ausnahme der PKSO werden mit Globalbudget und Leistungsauftrag geführt.

Innerdepartementale Koordination:	Departementssekretariat
Dienststellen mit Querschnittsaufgaben:	Personalamt, Amt für Finanzen, Amt für Informatik und Organisation
Dienststellen mit Verwaltungsaufgaben im engeren Sinne:	Kantonales Steueramt, Amtschreibereien
Administrativ unterstellte Dienststellen mit Aufsichtsfunktion:	Kantonale Finanzkontrolle, Amtschreiberei-Inspektorat

Folgende finanzielle Grössen werden im Finanzdepartement geführt:
Bundesanteile, Vermögenserträge, Zinsendienst, Abschreibungen, Rückstellungen, Buchgewinne und kantonale Steuern.

3.4.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.4. Nachhaltige Finanzpolitik

1.4.1 Eigenkapital und somit Handlungsspielraum erhalten

3.4.3. Politische Ziele und Leistungen

In der Planungsperiode erwarten wir aus verschiedenen Gründen eine Verschlechterung der Finanzlage. Einerseits sehen wir auf der Ertragsseite grössere Ausfälle. Die aktuelle Wirtschaftslage hat einen Rückgang der Steuererträge der juristischen Personen zur Folge. Die Reduktion des Steuerfusses für natürliche Personen auf den 1.1.2012 und die Befreiung von selbst genutztem Wohneigentum von der Handänderungssteuer werden ebenfalls zu Steuerausfällen führen. Die vergangenen schwachen Wirtschaftsjahre fliessen seit 2012 in die Berechnungsgrundlage ein, in welchen die finanzstarken Kantone einen geringeren Beitrag beisteuern. Die Nationalbank hat ihre Gewinnausschüttung gegenüber den Vorjahren deutlich reduziert und auch von der Alpiq AG ist mit tieferen Dividendenerträgen zu rechnen. Andererseits erwarten wir grössere Mehrkosten. Dies infolge von Projekten im Bildungsbereich, z.B. HarMoS, Tageschulstrukturen, Fremdsprachen und Sozialpädagogik oder die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG), der Übergang zur Fallpauschale (DRG) bei den Spitälern und die jährliche Kostensteigerung im Sozial- und Gesundheitswesen. Die Deckungslücke der

Kantonale Pensionskasse muss in einer vorgegebenen Frist geschlossen oder zumindest reduziert werden, was in den kommenden Jahren ebenfalls zu einer zusätzlichen Belastung des Finanzhaushaltes führen wird. Der Kanton Solothurn kann einen grossen Teil dieser Mehrkosten nicht direkt beeinflussen. Mit einem von der Regierung in Auftrag gegebenen Massnahmenpaket soll der Finanzhaushalt der kommenden Jahre nachhaltig entlastet werden. Dabei sollen sowohl auf der Kosten- als auch auf der Erlösseite Massnahmen vorgeschlagen werden. Um das Eigenkapital und den finanziellen Handlungsspielraum zu erhalten, muss die bewährte vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre beibehalten werden. Durch das professionelle Finanzmanagement und die solide Budgetführung wurde der Kanton Solothurn durch die Ratingagentur Standards & Poor mit dem sehr guten Rating „AA +“ bewertet. Dies trotz den verschlechterten Finanzaussichten und der Deckungslücke bei der Pensionskasse. Dieses Rating sollte der Kanton halten können. Es zwingt zu einer gesunden Finanzpolitik und ist bei allfällig notwendigen Fremdmittelaufnahmen hilfreich.

3.4.4. Massnahmen

1263 Stabilisierung Deckungsgrad Pensionskasse				Ziel LP	-
Deckungsgrad Pensionskasse erhöhen				Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit	Start-Datum	24. Feb 2011	Soll-Termin	1. Jan 2014
Departementssekretariat FD+ASI					
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung	
2770	Entscheidgrundlagen erarbeiten	31. Dez 2011	31. Dez 2011	Entscheidgrundlagen sind erarbeitet	
2771	Verabschiedung B+E durch AG PKSO	31. Dez 2012			
1203	Vernehmlassung des Gesetzesentwurfs	31. Mrz 2013			
1204	Inkraftsetzung des Gesetzes	1. Jan 2014			

812 Statutenrevision PKSO

Revidierte gesetzeskonforme Statuten PKSO

Status Amt	Erledigt Departementssekretariat FD+ASI	Start-Datum	21. Feb 2011	Soll-Termin	30. Sep 2011	Ist-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
2719	B+E verfasst	31. Mrz 2011	31. Mrz 2011	B+E erstellt			
395	Vernehmlassung	31. Mrz 2010	31. Mrz 2011	Vernehmlassung durchgeführt			
2720	Beschluss Kantonsrat und Delegiertenversammlung	30. Sep 2011	31. Dez 2011	Genehmigt durch die VK am 11.11.2011 und durch den KR am 14.12.2011 (SGB 168/2011)			

2732 Teilrevision EG ZGB

Anpassung des Einführungsgesetzes an die Teilrevision ZGB (Immobiliarsachenrecht), vom RR und KR verabschiedet und in Kraft gesetzt. Umsetzung in Prozesse der betroffenen Verwaltungsbereiche.

Status Amt	In Arbeit Departementssekretariat FD+ASI	Start-Datum	22. Feb 2011	Soll-Termin	1. Jan 2012	Ist-Termin	1. Jan 2012
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
713	Vernehmlassung	31. Mrz 2011	30. Jun 2011	Vernehmlassung durchgeführt			
714	B+E verfasst	30. Sep 2011	30. Sep 2011	B+E verfasst			
716	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Genehmigt mit KRB Nr. RG 082a/2011 vom 24. August 2011			
717	RRB Änderung GB-Verordnung	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Genehmigt mit RRB 2012/113 vom 23.01.2012			
718	Inkraftsetzung	1. Jan 2012	1. Jan 2012				
719	Umsetzung in Amtschreibereien	1. Jan 2012	1. Jan 2012				

1265 Teilrevision Gebührentarif

Aktualisierte Gebühren

Status Amt	In Arbeit Departementssekretariat FD+ASI	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Jan 2011	Ist-Termin	31. Jan 2011
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
399	Kantonsratsbeschluss	30. Sep 2010	10. Nov 2010	Kantonsratsbeschluss RG 004/2009 vom 10.11.2010			
536	Inkraftsetzung	31. Jan 2011	8. Mrz 2011	Die Änderungen treten mit RRB 2011/542 vom 08.03.2011 am 01.09.2011 in Kraft.			

5116 Massnahmenplan 2012 - 2015

Geeignete Massnahmen in der gesamten Verwaltung erarbeiten um den Finanzhaushalt der nächsten Jahre zu entlasten.

Status Amt	In Arbeit Amt für Finanzen	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	30. Jun 2012	Ist-Termin	31. Jan 2011
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
5079	Erarbeitung nach Weisung RR	31. Mrz 2012					
5080	Beschluss/Vorlage mit IAFP an KR	30. Jun 2012					

815 Änderungen WoV-Gesetzgebung

Transparente und zeitgemässe Rechnungslegung

Status Amt	In Arbeit Amt für Finanzen	Start-Datum	28. Feb 2011	Soll-Termin	30. Jun 2012	Ist-Termin	31. Jan 2011
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
709	WoV-Gesetz verabschiedet	31. Mrz 2011	31. Mrz 2011	Änderungen des WoV-Gesetzes am 22.03.2011 durch KR verabschiedet.			
711	Review durch externen Partner	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Review durch externe Partner durchgeführt.			
712	Bilanzbereinigung durchführen	31. Mrz 2012					
726	Inkraftsetzung der WoV-Vo	30. Sep 2011	30. Sep 2011	Änderung mit RRB 2011/2258 vom 31.10.2011 beschlossen und per 01.01.2012 in Kraft gesetzt.			
727	Produktivsetzung von HRM2	1. Jan 2012	1. Jan 2012				
1205	Accounting-Manual, Inkraftsetzung	1. Jan 2012	1. Jan 2012	Accounting Manual mit RRB 2012/338 21.02.2012 verabschiedet und per 01.01.2012 in Kraft gesetzt.			
728	Schlussbericht zu Einführung HRM2	30. Jun 2012					
725	Umsetzung Vorstoss Schneider (PPP)	30. Jun 2012					
1206	Geschäftsbericht 2012 nach HRM2	31. Mrz 2013					

1272 Beteiligungstrategie / Public Corporate Governance

Zielgerichtetes Risikomanagement bei den Beteiligungen

Status Amt	Erledigt Amt für Finanzen	Start-Datum	4. Mrz 2010	Soll-Termin	30. Sep 2010	Ist-Termin	11. Jan 2011
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
405	Überprüfung Beteiligungen	30. Jun 2010	11. Jan 2011	RRB 2011/68 vom 11.01.2011			
406	Bericht über Beteiligungsportfolio	30. Sep 2010	11. Jan 2011	RRB 2011/68 vom 11.01.2011			

599 Überprüfung Staatsbeiträge

Rollende Überprüfung der Wirksamkeit und Notwendigkeit von Staatsbeiträgen

Status Amt	In Arbeit Amt für Finanzen	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
733	Datenbank Staatsbeiträge überprüfen und aktualisieren	31. Dez 2011	6. Dez 2011	Bericht wurde vom KR mit SGB 157/2011 am 06.12.2011 zur Kenntnis genommen.			

2676 Anstellungsbedingungen Solothurner Spitäler AG

Anstellungsbedingungen ausgearbeitet, Gesetzesgrundlagen verabschiedet und Änderungen in Kraft gesetzt.

Status Amt	In Arbeit Personalamt	Start-Datum	21. Feb 2011	Soll-Termin	30. Jun 2012	Ist-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
700	Entwurf Verordnungsänderung ausgearbeitet		30. Jun 2011	30. Jun 2011	Entwurf der Verordnungsänderung wurde ausgearbeitet		
701	Stellungnahmeverfahren durchgeführt		30. Sep 2011	30. Sep 2011	Vernehmlassung wurde durchgeführt		
702	RRB Verordnungsänderung		31. Dez 2011	31. Dez 2011	RRB 2011/1553 vom 28.06.2011		
703	Inkraftsetzung		30. Jun 2012	1. Nov 2011			

1291 Ausbildungskonzept

Förderung der Qualifikationen und Arbeitsmarktfähigkeit der Mitarbeitenden sowie Steigerung der Arbeitgeberattraktivität.

Ziel LP kein
Beschluss RRB 2009/2084

Status Amt	In Arbeit Personalamt	Start-Datum	21. Feb 2011	Soll-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
423	Neues Ausbildungsprogramm erstellt		30. Jun 2010	30. Jun 2010	
699	Umsetzung der Module Projektmanagement und Fachführung (Termin verschoben)		31. Dez 2011		Die Kurse kamen nicht zustande, da zu wenig Anmeldungen eingingen
5027	Umsetzung der Module Projektmanagement und Fachführung		31. Dez 2012		
5090	Berichterstattung über Erfolgsausweis		31. Dez 2012		

581 Flexibler Altersrücktritt

Möglichkeiten für flexiblen Altersrücktritt erarbeitet

Ziel LP kein
Beschluss -

Status Amt	In Arbeit Personalamt	Start-Datum	16. Dez 2011	Soll-Termin	30. Sep 2013
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
440	Schriftliche Zustimmung der Verbände		31. Mrz 2010	31. Mrz 2010	
441	Anpassung GAV		31. Mrz 2010	31. Mrz 2010	Genehmigung der Änderungen mit RRB 2010/1010 vom 08.06.2010
442	Einführung in der Verwaltung (ohne Schulen und Spitäler AG)		30. Sep 2010	1. Aug 2010	Die Änderungen treten am 01.08.2010 in Kraft
1207	Instruktion der Anstellungsbehörden		31. Mrz 2013		
693	Einführung bei Schulen und Spitäler AG		30. Sep 2013		

583 Marktkonformität Löhne

Arbeitsmarktattraktivität sicherstellen

Status Amt	In Arbeit Personalamt	Start-Datum	1. Jan 2006	Soll-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
125	Lohnvergleich		31. Dez 2007	30. Nov 2007	
734	Lohnvergleich durchführen		31. Dez 2011		Die Analyse der Lohnvergleichsergebnisse ist noch nicht erfolgt infolge Verzögerung beim externen Leistungserbringer.

496 Mitarbeiterzufriedenheitsumfrage

Zufriedenheitsgrad der Mitarbeitenden bekannt und Optimierungsmassnahmen umgesetzt

Status Amt	In Arbeit Personalamt	Start-Datum	28. Feb 2011	Soll-Termin	31. Dez 2014
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
89	MAZ durchführen		31. Dez 2005	30. Nov 2005	
90	Massnahmen definieren		30. Sep 2006	30. Sep 2006	
92	2. MAZ durchführen		31. Dez 2008	31. Dez 2008	
94	2. MAZ auswerten		30. Jun 2009	30. Jun 2009	
95	Massnahmen aus 2. MAZ erarbeitet		31. Dez 2009	31. Dez 2009	
416	Berichterstattung über 2. MAZ an RR		30. Sep 2010	25. Okt 2010	
731	Berichterstattung 2011 über 2. MAZ an RR		30. Sep 2011	30. Sep 2011	Berichterstattung mittels Brief an den RR erfolgt.
1208	Berichterstattung 2012 über 2. MAZ an RR		30. Sep 2012		
412	3. MAZ durchgeführt		31. Dez 2013		
413	3. MAZ ausgewertet		30. Jun 2014		
514	Massnahmen aus 3. MAZ definiert		31. Dez 2014		
415	Berichterstattung über 3. MAZ an RR		30. Sep 2015		

1285 Optimierung Mitarbeitendengespräch

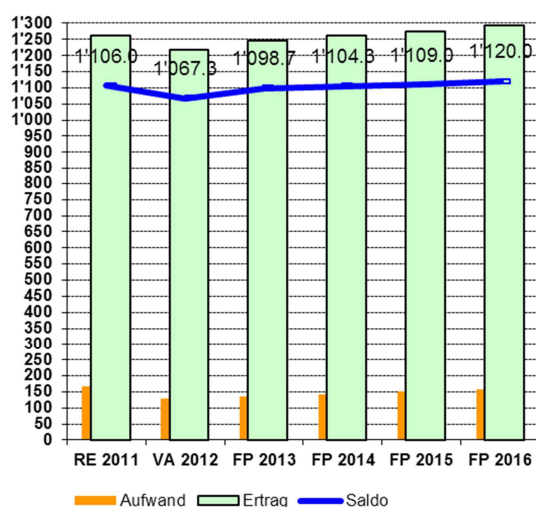
Optimierung Mitarbeitendengespräch und Leistungsgerechtigkeit

Status Amt	In Arbeit Personalamt	Start-Datum	28. Feb 2011	Soll-Termin	30. Sep 2013
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
417	GAV-Änderungen mit GAVKO verhandelt		30. Jun 2010	30. Jun 2010	
418	Info-Veranstaltungen in den Departementen durchgeführt		30. Sep 2010	30. Sep 2010	
5104	Überarbeitete Mitarbeitendengespräche eingeführt		31. Jan 2012	31. Jan 2012	Neues Formular Beurteilungs- und Entwicklungsgespräch (BEG) erstellt und mit RRB 2012/176 vom 31.01.2012 eingeführt.
419	Schulungen durchgeführt (Termin verschoben)		31. Mrz 2011		
2880	Schulungen durchgeführt		31. Mrz 2012		
2881	1. Audit zum neuen System durchgeführt		30. Sep 2014		

2662 Vereinfachung Kündigungsverfahren im Kaderbereich						Ziel LP	kein
Ein vereinfachtes Kündigungsverfahren im Kaderbereich umsetzen						Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Personalamt	Start-Datum	1. Mrz 2011	Soll-Termin	30. Jun 2012		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
694	Konsens in GAVKO erreicht		31. Dez 2011	31. Dez 2011	In der GAVKO konnte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Einigung erzielt werden.		
695	RRB		31. Mrz 2012				
696	GAV-Zustimmungsverfahren und Feststellungsbeschluss		30. Jun 2012				
2670 Zuweisung Lehrpersonen in Einreihungssystematik							
Grundlagen geschaffen für eine harmonisierte Einreihung der Lehrpersonen.							
Status Amt	Erledigt Personalamt	Start-Datum	21. Feb 2011	Soll-Termin	30. Jun 2011	Ist-Termin	1. Aug 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
697	RRB für Einreihungssystematik und Inkraftsetzung		31. Mrz 2011	31. Mrz 2011	Mit RRB 2011/1384 vom 20.06.2011 genehmigt und am 01.08.2011 in Kraft gesetzt.		
698	GAV-Zustimmungsverfahren und Feststellungsbeschluss		30. Jun 2011	30. Jun 2011	GAV-Zustimmungsverfahren durchgeführt		
587 Steuergesetzrevision							
Steuerliche Entlastung besonders belasteter Einkommens- und Vermögensklassen.							
Status Amt	In Arbeit Steuernamt	Start-Datum	25. Feb 2011	Soll-Termin	1. Jan 2012	Ist-Termin	1. Jan 2012
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
128	Vernehmlassung		30. Jun 2006	30. Jun 2006	Vernehmlassung erledigt mit RRB Nr. 2006/1408 vom 11.7.2006		
129	RRB B+E		31. Dez 2006	6. Mrz 2007	Erledigt mit RRB Nr. 2007/352 vom 6.3.2007		
130	Volksabstimmung		31. Okt 2007	21. Okt 2007	Volksabstimmung am 21.10.2007		
568	Inkraftsetzung		1. Jan 2012	1. Jan 2012	Änderungen am 01.01.2008 und 01.01.2012 in Kraft getreten.		
607 Teilrevision Steuergesetz							
Aktualisierte Gesetzgebung; Kantonalen Handlungsspielraum ermitteln und ausnützen							
Status Amt	Erledigt Steuernamt	Start-Datum	4. Mrz 2010	Soll-Termin	30. Jun 2009	Ist-Termin	1. Jan 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
538	RRB B+E		30. Jun 2009	22. Dez 2009	Erledigt mit RRB Nr. 2009/2471 vom 22.12.09		
434	Vollzugsverordnung		30. Sep 2010	28. Sep 2010			
5105	Kantonsratsbeschluss		30. Sep 2010	17. Mrz 2010	Kantonsratsbeschluss Nr. RG 232/2009 vom 17. März 2010		
435	Volksabstimmung		31. Dez 2010	31. Dez 2010	Volksabstimmung entfällt		
436	Inkrafttreten		1. Jan 2011	1. Jan 2011	Änderungen am 01.01.2011 in Kraft getreten		
5117 Teilrevision Steuergesetz (2012)						Ziel LP	-
Teilrevision Steuergesetz in Bezug auf Mitarbeiterbeteiligung und Steuerbefreiung Feuerwehrsold. Anpassung an das Bundesrecht.						Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Steuernamt			Soll-Termin	1. Jan 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
5082	B + E an den Kantonsrat		31. Mrz 2012				
5083	Kantonsratsbeschluss		30. Jun 2012				
5084	Vollzugsgesetzgebung		30. Sep 2012				
5085	Inkrafttreten		1. Jan 2013				
2713 Reorganisation AIO und Einführung neuer Desktop							
Optimierte Organisation AIO. Bereitstellen eines modernen und zweckmässigen Arbeitsmittels für die Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung							
Status Amt	In Arbeit Amt für Informatik und Organisation	Start-Datum	28. Feb 2011	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
705	Detaillkonzept erstellen		31. Mrz 2011	31. Mrz 2011	Detaillkonzept erstellt		
706	Pilotbetrieb		30. Jun 2011	30. Jun 2011	Pilotbetrieb erfolgreich durchgeführt		
707	Einführung neuer Desktop bei der ersten Dienststelle		30. Sep 2011	30. Sep 2011	Desktop 2011 bei den ersten Dienststellen eingeführt		
708	Gesamte Verwaltung auf Desktop 2011 umgestellt		31. Dez 2012				
730	Reorganisation AIO und Umsetzung Kundenmanagement		30. Jun 2011	31. Dez 2011	Reorganisation abgeschlossen und Kundenmanagement umgesetzt.		
5081	Rezertifizierung		31. Dez 2012				

3.4.5. Finanzen in Mio. Franken Finanzdepartement

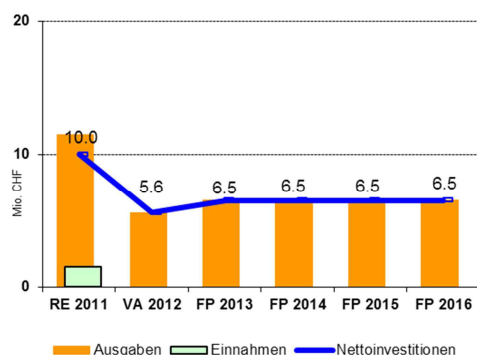
Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Globalbudgets						
Aufwand	79.9	85.5	86.9	87.1	87.1	87.1
Ertrag	-62.7	-56.0	-56.2	-56.2	-56.1	-56.1
Globalbudgetsaldo	17.1	29.5	30.7	30.9	30.9	30.9
Verrechnungen	-2.7	-6.2	-6.1	-6.1	-6.1	-6.1
Saldo	14.4	23.3	24.6	24.8	24.8	24.8
Finanzgrössen						
Aufwand	85.1	42.8	45.7	54.3	63.6	70.0
Ertrag	-1'200.9	-1'162.7	-1'189.4	-1'204.4	-1'218.9	-1'236.8
Verrechnungen	-4.6	29.4	20.5	21.0	21.5	22.0
Saldo	-1'120.4	-1'090.6	-1'123.2	-1'129.1	-1'133.8	-1'144.8
Saldo total	-1'106.0	-1'067.3	-1'098.7	-1'104.3	-1'109.0	-1'120.0



In der Erfolgsrechnung ist aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage in den nächsten Jahren bei den Steuereinnahmen der Juristischen Personen mit Mindererträgen zu rechnen. Zu einem anhaltenden Steuerausfall führen auch die Befreiung von selbst genutztem Wohneigentum von der Handänderungssteuer und die Reduktion des Steuerfusses für natürliche Personen auf den 1.1.2012.

Ausgabenseitig ist kurzfristig mit tieferen Nettozinsbelastungen zu rechnen, dies ist zurückzuführen auf die guten Abschlüsse der Vorjahre und dem Kantonsanteil aus dem Erlös der überschüssigen Goldreserven, welche dem Kanton 2005 zugeflossen sind und einen Schuldenabbau ermöglichten. Die prognostizierten Defizite in der Staatsrechnung führen in den Folgejahren jedoch wieder zu einer höheren Zinsbelastung.

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Total						
Ausgaben	11.5	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
Einnahmen	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	10.0	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
Einzelne Nettoinvestitionen						
Informationstechnologie	11.5	5.6	6.5	6.5	6.5	6.5
Abschreibungen/Rückstell./Buchgewinne	-1.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0



Mit der Überarbeitung des Rechnungswesen AIO werden in der Investitionsrechnung nur noch Neu- und Erweiterungsprojekte geführt, welche externe Kosten grösser Fr. 50'000 umfassen. Die übrigen Projekte werden neu in der Erfolgsrechnung AIO geführt. In der Investitionsrechnung reduzieren sich dadurch ab 2012 die Ausgaben um 5.9 Mio. CHF.

3.5. Departement des Innern

3.5.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Aufgaben des Departements des Innern lassen sich in drei unterschiedliche Bereiche aufteilen:

1. Öffentliche Sicherheit

Dieser Aufgabenbereich umfasst die Gewährleistung der subjektiven und objektiven Sicherheit von Menschen, den Schutz ihres Eigentums sowie die Erhaltung der friedlichen Ordnung. Für die Erreichung dieser Ziele erfolgen Ermittlungstätigkeiten bei der Verfolgung von Straftaten, Prävention und Repression im Strassenverkehr sowie Polizeipräsenz und Interventionen im öffentlichen Raum. Weiter zählen dazu der rechtskonforme Vollzug von Haft, Strafen und Massnahmen in der Justizvollzugsanstalt (Schöngrün, Im Schache) und in den Untersuchungsgefängnissen mit dem Ziel der Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Zum Aufgabengebiet gehört das Erstellen diverser Ausweise für schweizerische und ausländische Staatsangehörige.

Administrativ angegliedert ist die Verwaltung von Lotteriede- und Sportfonds.

2. Gesundheit

Hauptaufgaben sind die qualitativ gute, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Spitalversorgung, der Schutz vor gesundheitlicher Gefährdung durch Le-

bensmittel, Heilmittel, Epidemien etc. sowie die Gesundheitsförderung.

3. Soziale Sicherheit

Nach der Präambel der Kantonsverfassung (KV) gilt es, eine Gesellschaftsordnung anzustreben, die der Entfaltung und der sozialen Sicherheit des Menschen dient. Im Legislaturplan 2009-2013 ist eines der drei Leitziele denn auch, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Kanton zu wahren. Nach Art. 22 KV strebt der Kanton in Ergänzung der privaten Initiative und Verantwortung auf dem Weg der Gesetzgebung danach, dass im Rahmen seiner Zuständigkeit und der verfügbaren Mittel die formulierten Sozialziele erreicht werden. Insbesondere geht es darum, dass Menschen, die wegen ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Lage Hilfe brauchen, die für ihre Existenz notwendige Unterstützung erhalten. Nach § 1 des Sozialgesetzes hat staatliches Handeln daher

- die Eigenverantwortung zu stärken, die Selbständigkeit des Menschen zu erhalten, Armut oder soziale Notlagen zu verhindern, zu beheben oder zu mindern (Prävention)
- Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen zu unterstützen (Allokation)
- Menschen in sozialen Notlagen zu helfen oder Überlebenshilfe zu gewähren (Intervention und Repression) und den Missbrauch von Sozialleistungen zu verhindern und zu bekämpfen (Sanktion).

3.5.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

3.1 Soziale Sicherheit bedarfsgerecht gewährleisten

- 3.1.1 Ausgewogenes Modell zur Prämienverbilligung entwickeln
- 3.1.2 Ausländische Wohnbevölkerung besser integrieren
- 3.1.3 Behindertengleichstellungsgesetz umsetzen
- 3.1.4 Heimplanung überarbeiten
- 3.1.5 Eigenverantwortung stärken
- 3.1.6 Gesundheitsförderungs- und Präventionsstrategie ausarbeiten

3.3 Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen

- 3.3.1 Leistungsorientierte Spitalfinanzierung einführen
- 3.3.2 Spitalplanung gemäss KVG erarbeiten
- 3.3.3 Neubau Bürgerspital Solothurn planen
- 3.3.4 Konzept Akut- und Übergangspflege ausarbeiten

3.4 Öffentliche Sicherheit gewährleisten

- 3.4.1 Massnahmenpaket Raser umsetzen
- 3.4.2 Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) erarbeiten
- 3.4.3 Subjektive und objektive Sicherheit stärken

3.5.3. Politische Ziele und Leistungen

1. Öffentliche Sicherheit

Das Projekt der Justizvollzugsanstalt Solothurn/JVA steht weiterhin im Zentrum der Arbeiten. Die neue Anstalt wird den Betrieb voraussichtlich 2014 aufnehmen.

Sowohl im Therapiezentrum Im Schache als auch in der Strafanstalt Schöngrün hält der Trend zu leistungsschwachen Insassen weiterhin an. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Plätzen für Straftäter mit psychischer Störung wird der Schachen weiterhin voll ausgelastet

sein. Im Schöngrün nimmt die Aufenthaltsdauer tendenziell ab, während der Betreuungsaufwand zusehends steigt.

Die 2010 erfolgte Einführung des biometrischen Passes bedeutet einen Quantensprung bezüglich Sicherheit im Ausweiswesen. Der Bund hat bereits die Vorbereitungsarbeiten für die Ablösung der heutigen Schweizer Ausweise per 2017 in Angriff genommen.

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit nehmen infolge gesellschaftlicher und rechtlicher Entwicklungen in qualitativer (rechtlich-administrativer Aufwand) und quantitativer (personeller Aufwand) Hinsicht zu. Die geplante Revision des Gesetzes über die Kantonspolizei (KapoG) und damit zusammenhängender weiterer Erlasse (EG StGB, Gebührentarif) dient der Gewährleistung der objektiven Sicherheit, der Verhütung von Straftaten, der Erhöhung des Opfer- und Jugendschutzes sowie der Stärkung des gerichtlichen Rechtsschutzes. Die Polizei soll mit adäquaten und rechtskonformen Instrumenten auf neue Herausforderungen reagieren können. Zum Zweck der Gefahrenabwehr und Straftatenverhütung sollen ihr insbesondere die Kompetenzen erteilt, verdeckte Ermittlungen und Observationen vorzunehmen, Sicherstellungen und Gefährderermahnungen durchzuführen, Informationen über Gefährder an potentielle Opfer weiterzugeben sowie Rückkehrverbote im Zusammenhang mit Häuslicher Gewalt für längstens 14 Tage auszusprechen. Der gerichtliche Rechtsschutz soll gestärkt werden, indem Personen, denen die Freiheit gestützt auf das KapoG entzogen wurde, die Überprüfung der Rechtmässigkeit der Haft durch den Haftrichter beantragen können. Das Gesetz über das kantonale Strafrecht und die Einführung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (EG StGB) wird mit einem Abgabeverbot alkoholischer Getränke an Minderjährige ergänzt.

Aufgrund verschiedener strafrechtlich relevanter Ereignisse und den Resultaten aus Umfragen in den einzelnen Ämtern und Gemeinden wurde festgestellt, dass sich auch in unserem Kanton Vorfälle mit querulatorischem und bedrohlichem Verhalten einzelner Personen häufen. Es soll daher ein fach- und institutionsübergreifendes Bedrohungsmanagement im Kanton Solothurn entwickelt und implementiert werden. Dadurch lassen sich Personen und Situationen identifizieren und bewerten, von denen das Risiko einer Eskalation ausgeht. Darauf aufbauend erfolgt ein Fallmanagement, um das entsprechende Eskalationspotenzial zu verringern. Das Bedrohungsmanagement bezweckt die Verhinderung zielgerichteter Angriffe wie schwere Gewalttaten (z.B. Amok, Tötung von Frauen durch ehemalige Partner) oder schwere Sachbeschädigungen (z.B. Brandstiftungen durch auffällige Personen). Zudem schreitet das Bedrohungsmanagement bei grenzüberschreitendem Verhalten wie Stalking oder Gewaltdrohungen frühzeitig ein und schützt somit wirkungsvoll die psychische Gesundheit der betroffenen Personen. Die Vorstudie ist abgeschlossen und die Umsetzung soll schrittweise erfolgen.

Damit der Alarmempfang für die Notrufe 112, 117, 118, 144 und den ärztlichen Notfalldienst 0848 112 112 für die Bevölkerung aus dem ganzen Kanton gewährleistet ist und die notwendigen Einsatzkräfte aufgeboten werden können, betreibt die Polizei Kanton Solothurn seit 1999 eine interdisziplinäre Kantonale Alarmzentrale. Der Kanton Aargau beabsichtigt, seine Einsatzzentralen ebenso zusammenzulegen und in Aarau eine interdisziplinäre Kantonale Alarmzentrale zu betreiben. Im Sinne des Risk-Managements möchte er mit dem Kanton Solothurn die gegenseitige Redundanz in den beiden Kantonalen Alarmzentralen sicherstellen. Dieses Vorgehen ist zukunftsweisend und wird in internationalen Normen empfohlen. Damit sollen bei grossem Notrufaufkommen oder gar Ausfall einer Zentrale die

Notrufe aus der Bevölkerung weiterhin durch den Redundanzpartner angenommen und bearbeitet werden können. Zu diesem Zweck werden gegenwärtig die notwendigen Konzept- und Planungsarbeiten vorangetrieben. Die Inbetriebsetzung ist für 2016 geplant.

2. Gesundheit

Gemäss revidiertem KVG haben die Kantone bis Ende 2014 eine neue, leistungsorientierte und bedarfsgerechte Spitalliste zu erstellen. Auf der Basis des 2011 revidierten Spitalgesetzes hat der Regierungsrat bereits am 13. Dezember 2011 die neue Spitalliste des Kantons Solothurn beschlossen. Zuvor hatten die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn gemeinsam im Rahmen von Versorgungsberichten den Bedarf an stationären Spitalleistungen für das Jahr 2020 ermittelt. Es soll eine Evaluation der neuen Spitalliste vorgenommen werden, um allenfalls erforderliche Anpassungen per 1. Januar 2015 umsetzen zu können.

Gemäss KVG sind im Rahmen der seit 1. Januar 2012 gültigen neuen Spitalfinanzierung die Vergütungen für die stationären Leistungen von den Kantonen und den Krankenversicherern anteilmässig zu übernehmen (zusammen 100%). Der Kanton muss den für alle Kantons-einwohner und - einwohnerinnen geltenden Kantonsanteil festlegen. In Bezug auf die Höhe gelten während einer Übergangsphase von fünf Jahren besondere Bestimmungen. Kantone, deren Durchschnittsprämie für Erwachsene am 1. Januar 2012 die schweizerische Durchschnittsprämie unterschreitet, können den Kantonsanteil zwischen 45% und 55% festlegen, wobei die jährliche Anpassung des Finanzierungsanteils bis zum 1. Januar 2017 höchstens 2 Prozentpunkte betragen darf. Ab 2017 muss der Kantonsanteil in allen Kantonen mindestens 55% betragen. 2012 liegt die Durchschnittsprämie für Erwachsene im Kanton Solothurn mit Fr. 361.00 unter der schweizerischen Durchschnittsprämie von Fr. 382.00. Der Kanton Solothurn hat demnach die Möglichkeit, den Kantonsanteil unter 55% festzusetzen. Für 2012 hat der Regierungsrat den Kantonsanteil auf 50% festgesetzt, für 2013 auf 51%.

Die Solothurner Spitäler AG (soH) hat 2011 die Standortstrukturen bereinigt. Das Leistungsangebot der Klinik Allerheiligenberg wurde an die soH-Standorte Kantonsspital Olten und Langendorf (Psychiatrische Dienste) transferiert. In Grenchen konnte nach der Verlegung der stationären Patienten in das Bürgerspital mit dem Aufbau des ambulanten Gesundheitszentrums gestartet werden. Die soH besitzt mit den zwei Zentrumsspitalern in Olten und Solothurn, dem Spital Dornach für die Versorgung nördlich des Juras und den Psychiatrischen Diensten grundsätzlich wettbewerbsfähige Strukturen. Allerdings genügt das heutige Bürgerspital Solothurn den Anforderungen an ein zukünftiges Akutspital nicht. Die historischen Altbauten haben bereits ein Alter von rund 80 Jahren, die sogenannten Neubauten (Ökonomiegebäude, Bettenhochhaus und Behandlungstrakt) wurden in den 60-er Jahren geplant und 1974 fertiggestellt. Die Altbauten und die sogenannten Neubauten genügen im Untersuchungs-, im Behandlungs- und im Pflegebereich den modernen und künftigen Anforderungen nicht mehr. Die verstreute Lage und die ungünstige Anordnung der Räume verhindern effiziente Betriebsabläufe. Dies gilt insbeson-

dere für den veralteten Operationsbereich und das Bettenhochhaus. Die künftigen Anforderungen an ein wettbewerbsfähiges Spital können nur mit einem Neubau erfüllt werden. Dementsprechend hat der Kantonsrat im März 2012 dem Neubau Bürgerspital mit 72:18 klar zugestimmt. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Stimmbürger und Stimmbürgerinnen wird es in den kommenden Jahren darum gehen, den Neubau planmässig zu erstellen. Der Behandlungstrakt und das Bettenhaus sollen bis 2019 fertig sein, der Abbruch der zentralen Altbauten sowie der Neubau des Wirtschaftstraktes 2022. Im Hinblick auf die zukünftige medizinische Entwicklung ist die Flexibilität besonders wichtig. Der geplante Neubau mit Rasterbauweise erfüllt die notwendige bauliche Flexibilität bestens. Mit dieser Bauweise wird das Spital ohne grösseren Aufwand der künftigen Entwicklung der medizinischen Behandlungen gerecht. Zudem könnten später allenfalls notwendige Erweiterungen einfach vorgenommen werden.

3. Soziale Sicherheit

Nach der Sozialgesetzgebung entwickelt der Kanton seine Sozialpolitik im engeren Sinn entlang von Lebens- und Problemlagen: Kindheit und Familie, Jugend, Alter, Gleichstellung, Integration, Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit-Sucht, Pflege, Behinderung, Gewalt-Kriminalität. Daraus - aber auch aufgrund des demographischen Wandels - ergeben sich folgende Schwerpunkte:

Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie ist immer noch zu wenig ausgebaut und behindert dadurch die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton. Familien- und schulergänzende Betreuungsangebote sind verstärkt zu fördern. Verantwortungsbewusste Einwohnergemeinden in Verbindung mit Wirtschaftsverbänden haben die Notwendigkeiten erkannt und bieten auch Hand für die frühkindliche Bildung (Förderung der Sprache und der weiteren Grundkompetenzen) vor allem für Kinder aus wirtschaftlich-, sozial- und bildungsbenachteiligten Familien.

Die Sicherstellung der Pflege und das Bereitstellen von Angeboten für Menschen mit einer Behinderung sind wichtige Herausforderungen. Nach wie vor ist der Nachweis der Vollkosten und eine Subjektfinanzierung bei der Leistungserfüllung zu fordern.

Mit der neuen Pflegefinanzierung konnte eine politi-

sche Forderung umgesetzt werden, wonach alle pflegebedürftigen Menschen bei einem Heimeintritt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit) im gleichen Umfang wie die Krankenversicherungsleistungen mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

Die Integration der Ausländer/innen ist weiterhin von Bedeutung. Entsprechende Programme werden umgesetzt, vor allem die Sprachförderung, der interreligiöse Dialog, Willkommensveranstaltungen und der Abschluss von Integrationsvereinbarungen.

Gewalterscheinungen in unserer Gesellschaft sind rechtzeitig zu bekämpfen, schwergewichtig aber mit Präventionsmassnahmen zu verhindern und zu mindern. Das Konzept so-gegen-gewalt bildet die Grundlage, schon frühzeitig entsprechende Massnahmen anzubieten (Elternbildung, Verpflichtung von sogenannten Risikogruppen, Gewaltprävention in Schulen) und ist zu erneuern. Alkohol gilt mit als Auslöser von Aggression und Gewalt. Im Rahmen des nationalen Alkoholprogrammes sind daher auch kantonal die Präventions- und Interventionsmassnahmen zu verstärken.

Das neue Erwachsenenschutzrecht stellt erhöhte Anforderungen an die Entscheidbehörden. Gemeinsam mit dem Verband solothurnischer Einwohnergemeinden konnte eine tragfähige Lösung gefunden werden.

Auch in andern sozialen Leistungsfeldern ist eine bedarfsgerechte Bereitstellung der Versorgungsinfrastruktur - zwischen Kleinräumigkeit und heutigen Anforderungen - eine grosse Herausforderung. Grössere soziale Institutionen, die sich regional zusammenschliessen, die Sozialregionen und die weitere Vereinfachung von Verteilschlüsseln Kanton- Einwohnergemeinden in Verbindung mit einem griffigen Finanzausgleich unter den Einwohnergemeinden sind die richtige strukturelle Antwort auf diesen Umstand.

Das Aufgabengebiet der sozialen Sicherheit zieht im Kanton die drittgrössten Ausgaben nach sich. Prämienverbilligungen an die Krankenversicherung, Ergänzungsleistungen, Alimentenbevorschussung, Behindertenhilfe, Opferhilfe und Sozialhilfe zeigen, dass die finanziellen sozialen Bedarfsleistungssysteme zusammenfassend breiteren Bevölkerungsteilen und nicht nur einer randständigen Minderheit Unterstützung bieten.

3.5.4. Massnahmen

1708 Akut- und Übergangspflege (Aüp) gemäss KVG einführen						Ziel LP	C.3.3
Aüp gemäss KVG eingeführt							Beschluss -
Status Amt	Erledigt Gesundheitsamt	Start-Datum	6. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	30. Nov 2011
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
549	Akut- und Übergangspflege eingeführt	31. Dez 2010	31. Dez 2010	VO Aüp liegt vor (vgl. RRB 2010/1024 vom 29.6.10). Konzept Businessplan durch soH erarbeitet. Tarifverhandlungen soH/santésuisse noch nicht abgeschlossen.			
777	"Aüp-Betrieb" in soH operativ aufgenommen.	31. Dez 2011	30. Nov 2011	Umsetzung des angepassten Konzeptes 2012.			

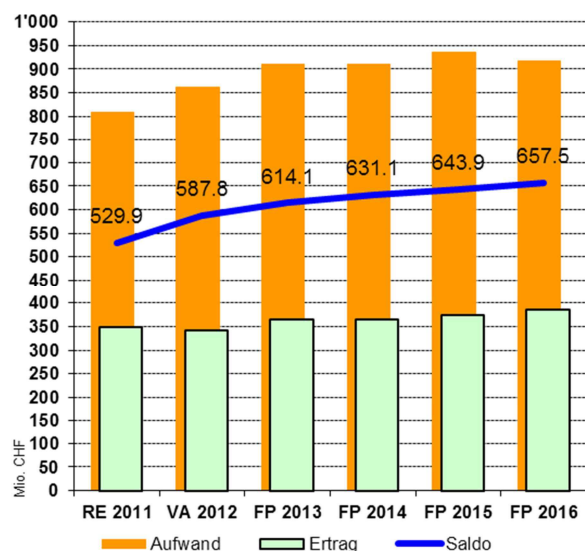
1393	Bedarfsgerechte Spitalversorgung sicherstellen					Ziel LP	C.3.3
Umsetzung KVG Revision						Beschluss	RRB Nr. 2011/2607
Status Amt	In Arbeit Gesundheitsamt	Start-Datum	30. Nov 2010	Soll-Termin	31. Dez 2014		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
543	Spitalplanung gemäss KVG 1. Etappe erarbeitet		30. Jun 2010	31. Dez 2010	Versorgungsberichte liegen vor (vgl. RRB 2011/167 vom 24.1.11).		
545	Evaluation Spitalliste		31. Dez 2014				
947	RRB Spitalliste		31. Dez 2011	31. Dez 2011	Der Regierungsrat hat mit RRB 2011/2607 am 13. Dezember die Spitalliste des Kantons Solothurn verabschiedet.		
1705	Planung Neubau Bürgerspital Solothurn					Ziel LP	C.3.3
Neubau Bürgerspital Solothurn geplant						Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Gesundheitsamt	Start-Datum	1. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
548	Volksabstimmung Neubau Bürgerspital Solothurn ist erfolgt		31. Dez 2012				
944	B+E Neubau Bürgerspital Solothurn		31. Dez 2011	30. Nov 2011			
1427	"Schwelleneffekte" bei Sozialleistungen glätten					Ziel LP	C.3.1 Soziale
"Schwelleneffekte" beim Erbringen von Sozialleistungen glätten, insbesondere bei der Alimentenbevorschussung.						Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Amt für Soziale Sicherheit	Start-Datum	4. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
563	"Schwelleneffekte" Alimentenbevorschussung geglättet		31. Dez 2011		Noch nicht in Angriff genommen.		
1409	Altersleitbild und Heimplanung					Ziel LP	C.3.1.4
Altersleitbild und Heimplanung 2020 erarbeiten.						Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Amt für Soziale Sicherheit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1050	Altersleitbild		31. Dez 2011		Altersleitbild zusammen mit Fako Alter entwickeln (Stufe RR).		
1051	Heimplanung erarbeiten		31. Dez 2011		Entwurf liegt amtsintern vor.		
1436	Aufnahme asylsuchender Menschen					Ziel LP	C.3.1.2
Aufnahme asylsuchender Menschen in den Einwohnergemeinden sichern.						Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Amt für Soziale Sicherheit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
533	Aufnahme asylsuchender Menschen sichern		31. Dez 2013		Erfüllt.		
1413	Eckwerte einer Kantonalen Sozialplanung					Ziel LP	C.3.1 Soziale
Eckwerte einer Kantonalen Sozialplanung dem Kantonsrat vorlegen.						Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Amt für Soziale Sicherheit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2011		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
527	Eckwerte Planung an Kantonsrat		31. Dez 2011		Im Hinblick auf die neue Legislatur in Arbeit.		
1415	Erwachsenenschutzrecht des Bundes übernehmen					Ziel LP	C.1.2.2
Neues Vormundschaftsrecht des Bundes als Erwachsenenschutz- und Betreuungsrecht über eine Revision EG ZGB übernehmen.						Beschluss	-
Status Amt	Erledigt Amt für Soziale Sicherheit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
562	Vernehmlassungsentwurf EG ZGB liegt vor		31. Aug 2010	30. Nov 2010	Mit KRB Nr. RG 141a/2011 vom 25.01.2012 beschlossen.		
803	B+E an den Kantonsrat		31. Dez 2011	31. Dez 2011			
1407	Implementierung Pflegekinderkonzept					Ziel LP	C.1.2.2
Implementierung des Pflegekinderkonzeptes unter Berücksichtigung der Evaluation und der Bestrebungen des Bundes.						Beschluss	-
Status Amt	Erledigt Amt für Soziale Sicherheit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1049	Konzept überarbeiten		31. Dez 2011	31. Dez 2011	Werden neu als verwaltungsinterne Richtlinien verfasst.		
4180	Integrationsprogramm Kanton Solothurn 2014 (- 2017)					Ziel LP	C.3.1.2
Das Konzept liegt vor und geht im April 2012 in die Vernehmlassung an interessierte Organisationen und den VSEG.						Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Amt für Soziale Sicherheit	Start-Datum	6. Jun 2011	Soll-Termin	31. Dez 2013		
1438	Kindertagesstätten und Tagespflege					Ziel LP	C.1.2.2
Zahl der Kindertagesstätten (KITA) und Plätze in bestehenden KITAs sowie Angebot Tagespflege markant erhöhen.						Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Amt für Soziale Sicherheit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
534	Angebote an und in Kindertagesstätten sowie in der Tagespflege erhöht		31. Dez 2013		Der Indikator und Messwert wird jeweils im Globalbudget ausgewiesen.		

1777	Kinderzulagen für jedes Kind					Ziel LP	C.1.2.2
Kinderzulagen für jedes Kind, unabhängig des Erwerbsstatus der Eltern; Änderung Sozialgesetz						Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	8. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
737	Prinzip: Ein Kind - eine Zulage		31. Dez 2013		Vergleiche mit der Antwort des Regierungsrates auf zwei parlamentarische Vorstösse.		
1402	Konzept nach Art. 10 IFEG					Ziel LP	C.3.1.3
Konzept nach Art. 10 IFEG (Bedarfsplanung, Qualitätssicherung in IV-Wohnheimen und Werkstätten)						Beschluss	-
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	8. Mrz 2010
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
523	Konzept durch RR beschlossen		31. Mrz 2010	8. Mrz 2010	Mit RRB Nr. 2010/423 vom 8. März 2010. Vom Bundesrat mit Beschluss vom 1. Oktober 2010 genehmigt		
1405	Konzept VSEG					Ziel LP	C.3.1 Soziale
Konzept für partnerschaftliche Zusammenarbeit mit VSEG und Einwohnergemeinden im Sozialbereich.						Beschluss	-
Status	Erledigt	Start-Datum	28. Feb 2011	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	31. Dez 2011
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
796	Konzept erarbeitet		30. Dez 2011	31. Dez 2011	erübrigt sich, Kontakte wurden intensiviert, periodische Sitzungen.		
1418	Missbrauch Sozialleistungen					Ziel LP	C.3.1 Soziale
Konzept Missbrauch von Sozialleistungen erarbeiten.						Beschluss	-
Im Rahmen der IV-Revision in diesem Bereich erledigt. Im Rahmen der Sozialhilfe keine Einigung mit den Sozialregionen.							
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2011		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
2921	Pflegefinanzierung in der Langzeitpflege					Ziel LP	C.3.1 Soziale
Auftrag KR mit KRB Nr. AD 115/2010 vom 7. Dezember 2010						Beschluss	-
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Mrz 2011	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	30. Nov 2011
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
738	Kantonsrätlichen Auftrag umsetzen.		31. Okt 2011	30. Nov 2011	Mit KRB Nr. RG111/2011 vom 09.11.2011 erledigt.		
1351	Pflegeversorgung koordinieren					Ziel LP	C.3.1 Soziale
Pflegeversorgung (Übergangspflege, Spitex, Angehörigenpflege) koordinieren						Beschluss	-
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	31. Dez 2010
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1565	Neue Pflegfinanzierung ist geregelt		31. Dez 2010	31. Dez 2010	Grundsätzlich geregelt. Für eine Neuordnung der Pflegefinanzierung in der Langzeitpflege überwies der Kantonsrat jedoch einen Auftrag mit KRB Nr. AD 115/2010 vom 7. Dezember 2010. Dafür ist ein neues Projekt aufzunehmen (Projekt 2921).		
1430	Sozialbericht 2013					Ziel LP	C.3.1 Soziale
Sozialbericht 2013 erarbeiten.						Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2013		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
531	Sozialbericht erarbeitet		31. Dez 2012				
564	Auftrag zur Erarbeitung vergeben		31. Dez 2010	31. Dez 2010	Auftrag mit RRB Nr. 2010/306 vom 23. Februar 2010. Der Auftrag wird an die FHNW vergeben.		
1411	Volksinitative Prämienverbilligung					Ziel LP	C.3.1.1
Volksinitative SP zur Prämienverbilligung						Beschluss	-
Status	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	31. Dez 2010
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
462	Volksabstimmung Herbst 2010		31. Dez 2010	31. Dez 2010	Von den Stimmberechtigten abgelehnt. Abstimmungsergebnis vom 13.2.2011: 41,3 % Ja zu 58,7 % Nein.		
526	B+E an den Kantonsrat verabschiedet		31. Jan 2010	12. Jan 2010	Wurde mit RRB 2010/62 vom 12.01.2010 dem Kantonsrat zugeleitet.		
1425	Wirtschaftlichkeit Heime und Werkstätten					Ziel LP	C.3.1 Soziale
Wirtschaftlichkeit auf der Basis von Grundangebot und Basisqualität aller solothurnischer Heime und Werkstätten überprüfen.						Beschluss	-
Status	In Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Amt	Amt für Soziale Sicherheit						
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
736	Konzept erarbeiten		31. Dez 2011		Mit Pilotheimen und einer externen Beratungsfirma soll Konzept erarbeitet werden.		
928	Auftrag an PWC		31. Dez 2011		Pilot mit Pflegeheimen 2011; Behindertenheim 2012, Konzept PWC ist erstellt		

1434	Zusammenarbeit soziale Sicherheit verstärken						Ziel LP	C.3.1 Soziale
Zusammenarbeit soziale Sicherheit mit Nachbarkantonen verstärken; Sozialraum NWS anstreben.							Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Amt für Soziale Sicherheit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2013			
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
532	Sozialraum NWS anstreben		31. Dez 2013					
566	Informelle Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene intensivieren		31. Dez 2011		Wurde in Einzelfällen bereits intensiviert: Beispiel Opferberatung.			
1053	MLS Daueraufgabe von Fall zu Fall		31. Dez 2011		IVSE-Gremien; Bedarfsplanung Behinderung; Nordwestschweiz: Opferberatung, Frauenhaus, FIZ, Lernprogramm; Fachstelle gegen Rassismus; Migrationszeitung mix; Ombudsstelle etc..			
1386	Biometriezentrum							
Erstellen und Betrieb Biometriezentrum								
Status Amt	Erledigt Amt für öffentliche Sicherheit	Start-Datum	6. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	31. Mrz 2010	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
558	Biometriezentrum in Betrieb		1. Mrz 2010	31. Mrz 2010	Das Ausweiszentrum wurde im März 2010 eröffnet.			
1389	Bonus-Malus-System MFK							
Bonus-Malus-System Motorfahrzeugsteuer MFK								
Status Amt	Erledigt Amt für öffentliche Sicherheit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2009	Ist-Termin	27. Sep 2009	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
553	Bonus-Malus-System Motorfahrzeugsteuer		31. Dez 2009	27. Sep 2009	In der Volksabstimmung vom 27.9.09 wurde die Einführung der Besteuerung nach der Energieetikette für Personenwagen deutlich abgelehnt.			
1740	Strategie Untersuchungsgefängnisse						Ziel LP	C.3.4.2 Strategie
Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) vom Regierungsrat genehmigt							Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Amt für Justizvollzug	Start-Datum	24. Feb 2011	Soll-Termin	31. Dez 2012			
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
560	Strategie Untersuchungsgefängnisse (UG) erarbeitet		31. Dez 2012		-			
5091	Interkantonale Redundanz AG/SO (IRAGSO)						Ziel LP	-
Schaffen einer gegenseitigen Redundanz bei Überlast und Notfällen in den Alarmzentralen der Kt. AG und SO.							Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Polizei	Start-Datum	19. Dez 2011	Soll-Termin	31. Dez 2016			
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1219	Kick-off		31. Mai 2012		Projektanstoß erfolgt. Vorstudie in Arbeit.			
5107	Kantonales Bedrohungsmanagement						Ziel LP	C.3.4. Öffentliche
Ämter- und Gemeindeübergreifendes Erkennen des Potentials von bedrohlichem Verhalten.							Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Polizei	Start-Datum	19. Dez 2011	Soll-Termin	31. Dez 2012			
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
1227	Projektplanung abgeschlossen / Schulung		31. Mai 2012		Projektplanung abgeschlossen. Konzept umsetzen und Schulung der Bedrohungsmanager.			
1391	Massnahmenpaket Raser umsetzen						Ziel LP	C.3.4.1
Massnahmenpaket Raser umgesetzt							Beschluss	-
Status Amt	Erledigt Polizei	Start-Datum	6. Mrz 2010	Soll-Termin	31. Dez 2013	Ist-Termin	31. Dez 2010	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
570	Bericht umgesetzte Massnahmen zuhanden Departement		30. Jun 2011	31. Dez 2010	RRB 2011/91 vom 18.1.2011			
1305	Sicherheitsfunknetz (Polycom)						Ziel LP	-
Neues Sicherheitsfunknetz (Polycom) für den Kanton Solothurn; Ausschreibung / Submission							Beschluss	-
Status Amt	Erledigt Polizei	Start-Datum	1. Jan 2005	Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	31. Dez 2010	
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
437	Projektabschluss		31. Dez 2010	31. Dez 2010	RRB 2010/1920 vom 15.10.2010 und RRB 2011/396 vom 22.2.2011			
1215	Zusammenarbeit zwischen den städtischen und dem kantonalen Polizeikorps (PB 49)						Ziel LP	C.3.4.3 Stärkung
Grundlagen der Zusammenarbeit überprüfen unter Beizug externer Experten							Beschluss	-
Status Amt	In Arbeit Polizei	Start-Datum	20. Jun 2011	Soll-Termin	31. Dez 2013			
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
552	Ist-Zustand erhoben, allfällige Folgeaufträge -sofern Handlungsbedarf- erteilt		31. Jul 2009	30. Nov 2009	Zusammenarbeit ab 2010 vereinbart			
569	Die enger ausgestaltete Zusammenarbeit der vier Polizeikorps ist evaluiert (PB 33,34)		31. Dez 2013		Evaluation 2012 des neuen Zusammenarbeitsmodells.			

3.5.5. Finanzen in Mio. Franken Departement des Innern

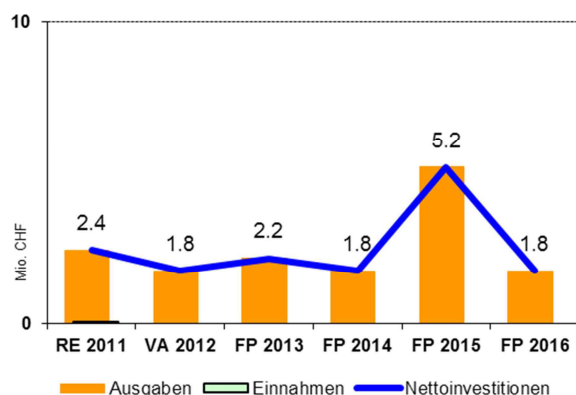
Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Globalbudgets						
Aufwand	359.1	199.6	205.4	207.1	209.1	209.9
Ertrag	-65.4	-44.5	-45.7	-45.0	-47.1	-46.1
Globalbudgetsaldo	293.7	155.1	159.7	162.1	162.1	163.8
Verrechnungen	2.2	0.8	2.2	2.2	2.2	2.2
Saldo	295.9	155.8	161.9	164.3	164.3	166.0
Finanzgrössen						
Aufwand	450.5	662.3	704.0	728.9	754.3	779.7
Ertrag	-284.4	-298.3	-318.3	-328.5	-341.2	-354.7
Verrechnungen	67.9	67.9	66.5	66.5	66.5	66.5
Saldo	234.0	432.0	452.2	466.8	479.6	491.5
Saldo total	529.9	587.8	614.1	631.1	643.9	657.5



Die Gründe für die Aufwandsteigerung von 101.2 Mio. CHF zwischen dem FP 2014 und der Rechnung 2011 sind:

- Soziale Sicherheit + 54.8 Mio. CHF (v.a. Pflege und Betreuung, IV, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen, Einrichtungs- und Überführungskosten Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde);
- Gesundheit +34.0 Mio. CHF (Spitalbehandlungen gemäss KVG);
- Öffentliche Sicherheit + 12.3 Mio. CHF (Kantonspolizei + 6.9 Mio. CHF, Justizvollzug + 5.4 Mio. CHF).

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Total						
Ausgaben	2.5	1.8	2.2	1.8	5.2	1.8
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Nettoinvestitionen	2.4	1.8	2.2	1.8	5.2	1.8
Einzelne Nettoinvestitionen						
Justizvollzug	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Polizei	2.2	1.8	2.2	1.8	5.2	1.8



Die im Haushaltsjahr 2015 geplante „Gesamt-Erneuerung Integriertes Polizei-Informatiksystem (IN-POS)“ zeigt sich in den um + 3.4 Mio. CHF höheren Investitionen.

3.6. Volkswirtschaftsdepartement

3.6.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Das Aufgabengebiet des Volkswirtschaftsdepartements umfasst die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Energie; Gemeinden, Zivilstand und Finanzausgleich; Wald, Jagd und Fischerei; Landwirtschaft mit der Landwirtschaftsschule und dem Veterinärdienst; Militär und Bevölkerungsschutz und als Koordinations- und Stabsstelle das

Departementssekretariat mit dem Bereich Partnerschaft nach aussen.

Administrativ dem Volkswirtschaftsdepartement angegliedert sind die Ausgleichskasse, die IV-Stelle, die Solothurner Gebäudeversicherung, sowie ab 2012 die Stiftungsaufsicht als selbständige Anstalten.

3.6.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

1.5 Wirtschafts- und Arbeitsort stärken

1.5.1 Wirtschaftliches Wachstum fördern

1.5.2 Soziale Absicherung des strukturellen Wandels

1.7 Zusammenarbeit auf allen Staatsebenen intensivieren

1.7.1 Aufgabenfelder zwischen Kanton und Gemeinden sowie innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleich nach NFA-Grundsätzen neu gestalten

1.7.2 Anreize für Strukturanpassungen und Gemeindefusionen verstärken

2.2 Energie: Effizienter Einsatz fördern

2.2.1 Energieeffizient und erneuerbare Energie fördern

2.2.2 Rahmenbedingungen zur Versorgungssicherheit unterstützen

3.6.3. Politische Ziele und Leistungen

Die im IAFP 12-15 beschriebenen und nachstehend aufgeführten Entwicklungen gelten auch für den IAFP 13-16. Die Solothurner Volkswirtschaft ist aus der Krise 2008/2009 gestärkt herausgegangen. Mit der Wachstumsstrategie will der Kanton Solothurn das Wachstum stärken und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessern. Der Standort Solothurn soll seine Innovationskraft u.a. durch die Förderung von Synergien zwischen Bildung und Wirtschaft stärken.

Die Energiefachstelle unterstützt Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien. Die Neuausrichtung der Schweizer Energiepolitik fordert eine vermehrte Verwendung eigener Ressourcen, um die Energieversorgung sicher zu stellen und gleichzeitig die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren.

Im September 2010 wurde die Hauptstudie zur Neugestaltung der Aufgaben und des Finanzausgleichs zwischen Kanton und Gemeinden (NFA SO, RRB Nr. 1598/07.09.2010) begonnen. Bis Sommer 2011 wurden in allen vier Teilbereichen „Ressourcenausgleich“, „Bildung“, „Soziales“ und „Kantonsstrassenfinanzierung“ Detailkonzepte unter Mitwirkung der Gemeindeverbände VSEG und VGS erarbeitet (www.nfa.so.ch). Zwischenzeitlich liegt der Bericht zur Globalbilanz der

technischen Ebene vor. Die Beratung dieses Berichts auf der strategisch-politischen Ebene ist für den Sommer 2012 vorgesehen. Bei Zustimmung kann anschliessend das Gesetzgebungsverfahren (Botschaft und Entwurf) initiiert werden. Ziel ist es, eine neue Regelung bis 2015 in Kraft zu setzen.

Der sicherheitspolitische Bereich wird geprägt durch eine Häufung von natur-, technisch-, zivilisations- oder terroristisch bedingten Ereignissen (Stürme, Hochwasser, Trockenheit, Pandemie usw.). Für den gesamten Kanton wird deshalb eine umfassende Gefahren- und Risikoanalyse erstellt. Durch spezifische Einsatzplanungen, entsprechender Ausbildung sowie der Bereitstellung von Mitteln soll eine hohe Einsatzbereitschaft sichergestellt werden.

Die Stiftungsaufsicht wurde aufgrund einer Vorgabe des Bundes zur Stärkung der Unabhängigkeit auf Anfang 2012 in eine öffentlichrechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgegliedert. Die Option einer späteren interkantonalen Lösung wird in der aktuellen kantonalen Gesetzgebung offen gehalten. Ein entsprechendes Gesetz wird derzeit angegangen. Dort wo sinnvoll, wollen wir die interkantonale und internationale Zusammenarbeit stärken. Die mit der Grenznahe verbundenen Chancen gilt es zu nutzen.

3.6.4. Massnahmen

1966 Umsetzung Strukturreform / Verselbständigung und Ueberprüfung Zusammenarbeit mit						Ziel LP	-
Umsetzung Art. 61 BVG, in Kraft ab 1.1.2012							Beschluss -
Status Amt	Erledigt	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	24. Feb 2012
Stiftungsaufsicht							
Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung			
603	Abgabe B + E als Entwurf an E. Gassler und P. Studer zur Stellungnahme	15. Sep 2010	15. Sep 2010				
604	Verabschiedung der Vorlage durch EG	31. Okt 2010	31. Okt 2010				
605	Behandlung im RR: Verabschiedung zur Vernehmlassung	28. Feb 2011	22. Feb 2011				
607	Behandlung im KR	31. Dez 2011	8. Nov 2011				
608	Inkrafttreten	1. Jan 2012	24. Feb 2012	Referendumsfrist am 24. Februar 2012 ungenutzt abgelaufen.			
722	RRB Verabschiedung B+E zH Kantonsrat	31. Mai 2011	31. Mai 2011				

92	3.2.1 Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen					Ziel LP	C.3.2.1
Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Dienststellen gewährleisten					Beschluss	Dauerauftrag	
Status Amt	Erledigt Amt für Wirtschaft und Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	22. Jan 2010	Ist-Termin	22. Jan 2010
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
28	Sprungbrett-Event in Bern		30. Apr 2009	27. Apr 2009	im 2009 erl.		
27	Beteiligung an Berufs-Infomesse in Olten		31. Mai 2009	15. Mai 2009	in 2009 erl.		
26	Berufswahlplattform durchführen		31. Jul 2009	31. Jul 2009	in 2009 erl.		
90	Gesetzgebungsprojekt Volkswirtschaftsgesetz						
Effizientere, kundenorientiertere und vereinheitlichte Gesetzgebung im Bereich Volkswirtschaft							
Status Amt	In Arbeit Amt für Wirtschaft und Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2011		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1060	Studie Borner liegt vor		30. Jun 2010	25. Sep 2010			
23	Projektorganisation einsetzen		31. Dez 2009	1. Dez 2009			
642	B+E zur Vernehmlassung		30. Apr 2012				
641	Expertenentwurf liegt vor		31. Mai 2012				
643	B+E an KR		31. Dez 2012				
756	Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz und erneuerbarer Energien					Ziel LP	C.2.2.1
Die Energiefachstelle hat ein eigenständiges Globalbudget.					Beschluss	-	
Status Amt	Erledigt Amt für Wirtschaft und Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2008	Ist-Termin	31. Dez 2008
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
215	Bericht an den Regierungsrat		30. Jun 2008	30. Sep 2008			
216	Neues Globalbudget EFS		31. Dez 2008	31. Dez 2008			
1886	Umsetzungsprogramm NRP 2012 - 2015					Ziel LP	-
Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Erhöhung der Wertschöpfung in den Regionen.					Beschluss	RRB 2012/149	
Status Amt	Erledigt Amt für Wirtschaft und Arbeit	Start-Datum	1. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	31. Jan 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
579	Fertigstellung des Umsetzungsprogramms 2012 - 2015		30. Jun 2010	2. Nov 2010			
2807	B+E an Kantonsrat		22. Feb 2011	22. Feb 2011			
581	KR-Beschluss		31. Mrz 2011	22. Jun 2011			
582	Programmvereinbarung mit dem Bund (Seco)		31. Okt 2011	31. Jan 2012	Erledigt mit RRB 2012/149 vom 31. Januar 2012		
179	1.7.1 Reform Finanz- und Lastenausgleich					Ziel LP	C.1.7.1
Reform der Finanzausgleichssysteme unter den Einwohnergemeinden						Beschluss -	
Status Amt	In Arbeit Amt für Gemeinden	Start-Datum	1. Okt 2010	Soll-Termin	1. Jan 2015		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
53	Konzept erarbeiten		30. Jun 2012				
54	B+E erstellen		31. Dez 2012				
55	Vernehmlassung und KR-Beratung		31. Dez 2013				
56	Inkraftsetzung		1. Jan 2015				
388	Projektorganisation implementieren		31. Dez 2010	30. Sep 2010			
386	1.7.2 Unterstützung für strukturell schwache Gemeinden					Ziel LP	C.1.7.2
Besondere Unterstützungsmassnahmen					Beschluss	-	
Status Amt	Erledigt Amt für Gemeinden	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2010	Ist-Termin	30. Apr 2010
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
79	Arbeitsgruppe zusammenstellen		31. Dez 2008	31. Aug 2008			
80	Konzept erarbeiten		31. Dez 2009	17. Nov 2009			
81	Gesetzesanpassungen		31. Dez 2010	31. Mrz 2010			
181	Neue Rechnungslegung HRM2 für Gemeinden						
Neues Rechnungslegungssystem							
Status Amt	In Arbeit Amt für Gemeinden	Start-Datum	25. Jan 2010	Soll-Termin	31. Dez 2015		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
57	Projektorganisation implementieren		31. Mrz 2010	31. Dez 2010			
674	Phase 1 - Umsetzungskonzept		30. Jun 2012				
675	Phase 2 - Gesetzgebung		31. Aug 2013				
676	Phase 3- Technik / Schulung		31. Dez 2014				
677	Phase 4 - Produktivsetzung		31. Dez 2015				

15 Schutzwald							
Schutz vor Naturgefahren: "Wald mit besonderer Schutzfunktion".							
Status Amt	In Arbeit Amt für Wald, Jagd und Fischerei	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2012		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
9	Bereinigung Schutzwaldperimeter		30. Jun 2009	31. Dez 2009			
10	Anpassung Richtplan		31. Dez 2012				
4 Wildtierkorridore							
Umsetzen von Massnahmen, damit die Verbindung der ansonsten getrennten Lebensräume von Wildtieren für bestimmte Zielarten besser gewährleistet ist.							
Status Amt	In Arbeit Amt für Wald, Jagd und Fischerei	Start-Datum	1. Jan 2007	Soll-Termin	31. Dez 2016		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
1	Schlussbericht Wildtierkorridore		30. Sep 2008	30. Sep 2008			
2	RRB durch ARP		31. Dez 2012				
4	Umsetzung von Massnahmen		31. Dez 2016				
220 Agrarpolitik 2011							
-							
Status Amt	In Arbeit Amt für Landwirtschaft	Start-Datum	27. Aug 2009	Soll-Termin	30. Jun 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
61	GELAN Extranet		31. Dez 2010	19. Sep 2011	Erste Datenerfassungen sind per Internet erfolgt.		
62	Flächenerhebung im GIS		30. Jun 2013		im Plan.		
283 Aufbau Bienenkompetenzzentrum						Ziel LP	nicht im LP
Aufbau eines Bienenkompetenzzentrum am Bildungszentrum Wallierhof						Beschluss	RRB 2011/2345
Status Amt	Erledigt Amt für Landwirtschaft	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	15. Nov 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
76	Konzept liegt vor		31. Dez 2009	28. Sep 2010	Eine Leistungsvereinbarung mit BL und BS konnte abgeschlossen werden.		
77	Massnahmen sind umgesetzt		31. Dez 2010	15. Nov 2011	Der Auftrag ist erfüllt: Mit RRB 2011/2345 vom 15. November 2011 wurde die Einrichtung einer Fachstelle Bienen am Bildungszentrum Wallierhof beschlossen.		
129 Tierseuchen I BVD Eradikation						Ziel LP	Nicht im LP
Eradikation BVD						Beschluss	RRB 2012/502 vom
Status Amt	Erledigt Amt für Landwirtschaft	Start-Datum	1. Jan 2008	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	6. Mrz 2012
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
34	Jedes Tier 1x getestet		31. Dez 2008	31. Dez 2008			
35	BVD-frei		31. Dez 2011	6. Mrz 2012	Mit RRB 2012/502 vom 6. März 2012 wurde das BVD-Ausrottungsprogramm des Bundes abgeschlossen. Das Ausrottungsprogramm geht nun in ein Überwachungsprogramm über.		
218 Tierseuchen II: Blauzungenkrankheit							
-							
Status Amt	Erledigt Amt für Landwirtschaft	Start-Datum	18. Aug 2009	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	3. Feb 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
60	Geeignete Schutzmassnahmen sind getroffen		31. Dez 2011	3. Feb 2011			
266 Umsetzung neuer Ausbildungsmodelle						Ziel LP	Nicht im LP
Umsetzung neuer Ausbildungsmodelle Bäuerin FA und Landwirt ist erreicht						Beschluss	kein RRB
Status Amt	Erledigt Amt für Landwirtschaft	Start-Datum	27. Aug 2009	Soll-Termin	31. Dez 2011	Ist-Termin	31. Dez 2011
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
74	Ausbildung zur Bäuerin FA ist überarbeitet		31. Dez 2010	31. Dez 2010			
75	Umstellung auf neues Ausbildungsmodell Landwirt ist abgeschlossen		31. Dez 2011	31. Dez 2011	Ausbildungsmodell wird angewandt.		
238 Veterinärgesetzgebung							
Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die geänderten Bundesvorgaben							
Status Amt	In Arbeit Amt für Landwirtschaft	Start-Datum	1. Jan 2009	Soll-Termin	30. Jun 2013		
Nr.	Meilensteine		Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung		
65	Projektplanung ist vorhanden		30. Apr 2009	30. Apr 2009			
71	Verordnungen liegen vor		31. Dez 2012		in Arbeit.		
72	In Kraft treten		30. Jun 2013		Nach Beschluss.		

159 Ausbau Führungsverbund Kanton Solothurn

Die Führungsfähigkeit der Kantonsregierung ist unter Einbezug des KFS und der RFS jederzeit und in allen Lagen sichergestellt. Der KFS verfügt über eine zeitgemässe und zur normalen Lage redundante Infrastruktur.

Status **In Arbeit** Start-Datum **22. Nov 2011** Soll-Termin **31. Dez 2018**
 Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
616	Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO erstellt und vernehm- lasst	31. Dez 2013	.	
617	Eingabe RRB zum Konzept Ausbau Fhr Verbund Kt. SO	6. Jul 2014	.	
621	Abindung der RFS in den Führungsverbund	31. Dez 2017	.	
623	Abschluss Führungsverbund Kanton Solothurn	31. Dez 2018	.	

163 Bezug und Betrieb Zivilschutzkompetenzzentrum (ziko)

Grundlage: Auslastung 2010 zu 75% auf 220 Arbeitstage erreicht.
 Treffen von Massnahmen zur Steuerung/Steigerung der Auslastung

Status **Erledigt** Start-Datum **28. Okt 2011** Soll-Termin **31. Dez 2011** Ist-Termin **31. Dez 2011**
 Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
88	Auslastung zu 75% auf 220 Arbeitstage erreicht	31. Dez 2011	31. Dez 2011	

145 Gefahren- und Risikoanalyse

Im Rahmen der Gefahren- und Risikoanalyse werden die folgenden Punkte mit Bezug auf die Gegebenheiten des Kantons Solothurn erarbeitet:

- Risikopotentiale in Bezug auf alle bekannten Gefährdungsarten hin aufzeigen.

Status **In Arbeit** Start-Datum **1. Jan 2009** Soll-Termin **31. Dez 2013**
 Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
36	Initialisierung Studie	31. Dez 2009	20. Nov 2009	
113	Vernehmlassung Projektauftrag	15. Jan 2010	21. Jan 2010	
630	Genehmigung Projektauftrag	28. Feb 2010	23. Feb 2010	
114	Defizitanalyse der 14 Szenarien der KomABC	30. Jun 2010	25. Jun 2010	
586	Interdependenzen	31. Dez 2010	1. Dez 2010	
587	Kosten - erste Beurteilung	31. Dez 2010	6. Dez 2010	
589	Integration Szenarien Risiken Schweiz	30. Sep 2011	21. Dez 2010	
592	Massnahmen besprochen	30. Jun 2012		
593	GRA - 1. Version bereit für Vernehmlassung	31. Mrz 2013		
594	Abschluss Vernehmlassung	30. Sep 2013		
595	Entscheidung über weiteres Vorgehen gefällt	31. Dez 2013		

963 Weiterentwicklung Zivilschutz

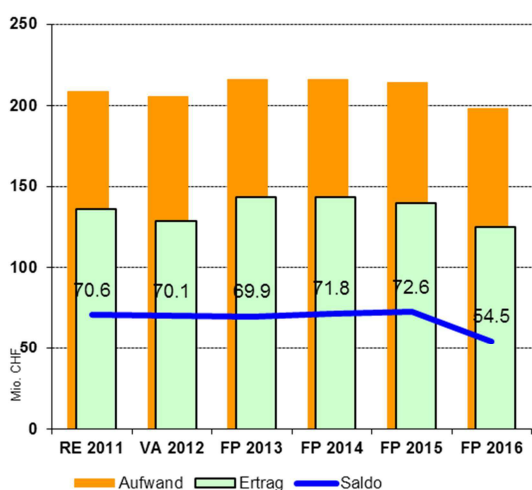
Optimierung des Zivilschutzes

Status **Sistiert** Start-Datum **1. Jan 2010** Soll-Termin **31. Dez 2015**
 Amt **Amt für Militär und Bevölkerungsschutz**

Nr.	Meilensteine	Soll-Termine	Ist-Termine	Nachweis/Planung
282	Auslösung	31. Mrz 2010		
614	Vorprojekt	31. Aug 2010		
615	Hauptprojekt	31. Mrz 2011		
287	Realisierung	31. Dez 2015		

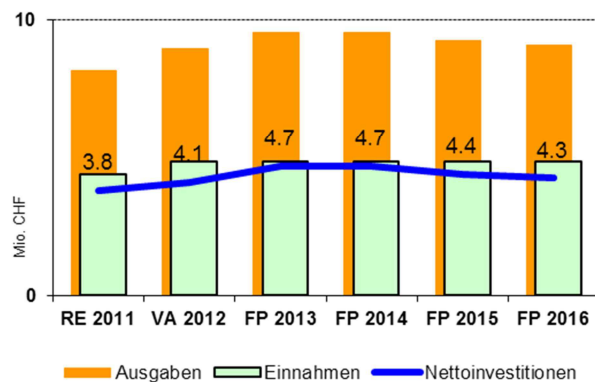
3.6.5. Finanzen in Mio. Franken Volkswirtschaftsdepartement

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Globalbudgets						
Aufwand	157.9	146.5	157.0	156.3	156.1	156.2
Ertrag	-119.5	-115.4	-126.5	-126.4	-126.3	-126.4
Globalbudgetsaldo	38.5	31.1	30.5	29.9	29.7	29.8
Verrechnungen	9.8	8.7	8.8	8.8	8.9	8.9
Saldo	48.2	39.8	39.3	38.7	38.6	38.7
Finanzgrössen						
Aufwand	50.9	59.0	59.0	58.1	59.6	41.9
Ertrag	-16.3	-13.4	-16.9	-13.0	-13.0	-13.0
Verrechnungen	-12.2	-15.2	-11.5	-12.0	-12.5	-13.0
Saldo	22.4	30.3	30.6	33.0	34.0	15.8
Saldo total	70.6	70.1	69.9	71.8	72.6	54.5



Ab 2016 läuft die Übergangsfinanzierung von jährlich 15 Mio. CHF für den Finanzausgleich Einwohnergemeinden aus.

Investitionsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Total						
Ausgaben	8.2	9.0	9.6	9.6	9.3	9.1
Einnahmen	-4.4	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9	-4.9
Nettoinvestitionen	3.8	4.1	4.7	4.7	4.4	4.3
Einzelne Nettoinvestitionen						
Finanzausgleich Einwohnergemeinden	0.5	0.3	0.3	0.3	0.0	0.0
Landwirtschaft SF Zufahrten zu Berghöfen	0.6	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7
Wald	0.1	0.3	0.3	0.3	0.3	0.3
Landwirtschaft	2.4	2.6	2.6	2.6	2.6	2.6
Amt für Wirtschaft und Arbeit	0.1	0.3	0.9	0.9	0.9	0.8



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.

3.7. Gerichte

3.7.1. Beschreibung Aufgabenbereich

Die Gerichte sorgen für den Rechtsfrieden: Sie beurteilen Streitigkeiten unter Privaten und Straftaten; im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit überprüfen sie staatliche Akte. Schliesslich beurteilt das Versicherungsgericht sozialversicherungsrechtliche Streitigkeiten.

Die gerichtlichen Instanzen sind:

Obergericht

Es übt die oberinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus, sowie die Verwaltungs- und Sozialversicherungsgerichtsbarkeit, letztere durch das Verwaltungs- und das

Versicherungsgericht, welche in das Obergericht integriert sind.

Kantonales Steuergericht

Es entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide des Steueramts.

Die fünf Richterämter (Solothurn-Lebern, Bucheggberg-Wasseramt, Thal-Gäu, Olten-Gösgen und Dorneck-Thierstein)

Sie üben die erstinstanzliche Zivil- und Strafjustiz aus.

3.7.2. Vorgaben aus dem Legislaturplan 09-13

Im Legislaturplan finden sich keine Vorgaben zur Justiz.

3.7.3. Politische Ziele und Leistungen

Die Organisation des Gerichtswesens ist durch Gesetz festgelegt. Ebenso wird die Arbeitsweise der Gerichte durch die Prozessordnungen detailliert geregelt. Der rechtssuchende Bürger hat Anspruch auf Einhaltung dieser gesetzlichen Regeln. Bei der Gestaltung ihrer Aufgabenerfüllung haben die Gerichte deshalb einen sehr engen Spielraum. Dieser beschränkt sich auf die effiziente Organisation der Abläufe. Ebenso eng ist der Spielraum im finanziellen Bereich. Die Gerichte sind zur effizienten Erfüllung ihrer Aufgaben auf einen Mindestbestand an gut qualifizierten Mitarbeiterinnen und

Mitarbeitern angewiesen. Die Besoldungen machen denn auch den weitaus grössten Teil der Aufwendungen aus. Die Höhe der gerichtlichen Einnahmen schliesslich bestimmt sich durch den gesetzlichen Gebührenentarif.

Insgesamt haben die Gerichte somit einen geringen Gestaltungsspielraum für die Erfüllung ihrer Aufgaben. Zur Erhaltung des Rechtsfriedens müssen sie dem rechtssuchenden Bürger oder der rechtssuchenden Bürgerin schnelle und qualitativ angemessene Entscheidungen bieten können.

3.7.4. Massnahmen

Die Gerichte sind nicht in der Lage, ihre Kostenstruktur zu verbessern, ohne dass dies Auswirkungen auf die Rechtsgewährleistung hätte.

Die solothurnische Justiz funktioniert sehr kostengünstig. Sie stützt sich nämlich bei ihrer Arbeit zu einem sehr wesentlichen Teil auf Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber ab. Wie im Rechenschaftsbericht jeweils ausgewiesen wird, entfallen auf eine Richterstelle zwei Gerichtsschreiberstellen. Das heisst, die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber unterstützen die Richterinnen und Richter mit wenigen Ausnahmen in sehr grossem Umfang bei der Entscheidung: sie helfen mit bei der Vorbereitung der Verhandlungen und sie erstellen die Urteile nach dem richterlichen Urteilsspruch weitgehend selbständig. Gewisse Verfahrensarten, in der Regel alle Summarverfahren (welche ein grosses Geschäftsvolumen darstellen), erledigen die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber in vollem Umfang selbständig bis zur Urteilsreife. Der Richter, beziehungsweise die Richterin, braucht in diesen Fällen vor dem Urteilsversand nur noch allenfalls korrigierend einzugreifen.

Die Kosten der Gerichte fielen im übrigen bis anhin auch deshalb sehr günstig aus, weil die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber seit Jahren vergleichsweise unter dem Schnitt der übrigen Staatsangestellten besoldet werden, – wie dies die interkantonalen Lohnvergleiche seit ihrem Beginn (2006) ständig aufgezeigt haben.

Sowohl Richterinnen und Richter als auch Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber sind bei allen Gerichten, beziehungsweise Instanzen mit Arbeit vollständig ausgelastet. Durch Reorganisationen lassen

sich in einer solchen Situation keine Kosten sparen. Wo keine Redundanzen bestehen, kann auch durch organisatorische Umgruppierungen oder Zusammenzüge keine Effizienzsteigerung erzielt werden; im Gegenteil sind bei nicht sachgemässen Reorganisationen Effizienzverluste zu befürchten. Den Gerichten obliegt, jeden Fall individuell zu beurteilen. In welcher Organisationsform dies geschieht, ist bei einer vollständigen Arbeitsauslastung weitgehend irrelevant, sofern eine Organisationsstruktur zweckmässig ist. Die solothurnische, kleinräumige Organisationsstruktur erweist sich als durchaus effizient, wie dies durch die publizierten Indikatoren ausgewiesen werden kann.

Ein Blick auf die Kostenstruktur zeigt, dass Ersparnisse nur durch einen Leistungsabbau der Gerichte erzielt werden können. Ohne Folgen beeinflussbar sind lediglich Kosten im Umfang von Fr. 100'000.- (Bibliothek, Weiterbildung, Spesen sowie weitere Kleinbeträge), bei Totalkosten von 23.3 Mio. CHF (inkl. Finanzgrösse). Gewisse Kosten sind als gebundene Ausgaben nicht beeinflussbar, wie die Abschreibungen oder die Kosten der Finanzgrösse (unentgeltliche Rechtspflege, amtliche Verteidigung, Entschädigung an Freigesprochene), die sich aus rechtsstaatlichen Gründen einer Beeinflussbarkeit entziehen. Potential für Kürzungen bieten nur die Personalkosten (CHF 17.1 Mio. CHF). Diese Kosten können aber nur durch einen Personalabbau reduziert werden.

Ein solcher Abbau hätte zunächst Mehrkosten zur Folge, müssten doch den entlassenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Entschädigungen ausgerichtet werden.

Ein Personalabbau würde aber die Rechtsgewährleistung gefährden. Wie die Gerichte in ihren Rechenschaftsberichten stets ausweisen konnten, gelingt es durchwegs, die Fälle innert nützlicher Fristen zu erledigen. Ein Abbau hätte zunächst die unmittelbare Folge, dass sich die Erledigungsdauern verschlechtern würden. Dazu käme im Lauf der Zeit die Gefahr von Staatshaftungsansprüchen, nämlich dort, wo es aufgrund der Personalverknappung nicht mehr gelingt, Fälle innert der Verjährungs- oder Verwirkungsfristen zu erledigen. Ein gewisser Teil der Personalnot könnte zwar dadurch aufgefangen werden, dass die Qualität der juristischen Arbeit gesenkt wird. Dies hätte jedoch unweigerlich eine Erhöhung der Rechtsmittelhäufigkeit und eine Zunahme abweichender oberinstanzlicher Urteile zur Folge – was sich wiederum auf die Kosten (Parteientschädigungen) auswirkt oder (im Falle von Rückweisungen) sogar Mehrarbeit zur Folge hätte.

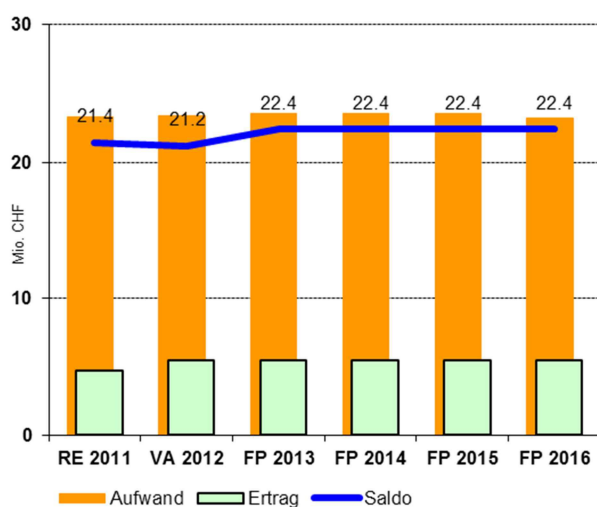
Eine weitere Folge eines gerichtlichen Leistungsabbaus wäre, dass Prozessparteien vermehrt auf aussergerichtliche Streiterledigungen und Schiedsgerichte zurückgreifen würden. Diese sind jedoch ein Mehrfaches teurer als die staatlichen Gerichte und stehen nur begüterten Parteien offen.

Im übrigen geht die Tendenz dahin, den Rechtsschutz des Bürgers auszubauen. Auch aus diesem Grund ist ein Personalabbau nicht angezeigt. Die beiden neuen schweizerischen Prozessordnungen haben zum Beispiel die Anforderungen an die Formalien der gerichtlichen Arbeit erhöht. Auch weitere Entwicklungen lassen erwarten, dass die Gerichte in Zukunft eher mehr als weniger Arbeit zu erledigen haben. Ein Beispiel aus der neusten Zeit ist der Rechtsschutz in Submissionssachen und im Erwachsenen- und Kindesschutzrecht. In Submissionssachen hat sich das Verwaltungsgericht aufgrund der Vorgaben des Bundesgerichtsgesetzes neuerdings als obere Instanz mit den Entscheidungen der Kantonalen Schätzungskommission zu befassen. Im neuen Erwachsenen- und Kindesschutzrecht ist ebenfalls zu erwarten, dass das Verwaltungsgericht aufgrund der kantonalen Umsetzung im nächsten Jahr mehr Fälle zu beurteilen hat, da das Departement als Beschwerdeinstanz dahinfällt.

Die Gerichtsverwaltungskommission verzichtet aus diesen Gründen auf die Entwicklung von Sparmassnahmen. Ersparnisse sind nur um den Preis eines Leistungsabbaus möglich. Im Gerichtsbereich hätte dieser sozialpolitisch nicht verantwortbare Auswirkungen.

3.7.5. Finanzen in Mio. Franken Gerichte

Erfolgsrechnung	RE 2011	VA 2012	FP 2013	FP 2014	FP 2015	FP 2016
Globalbudgets						
Aufwand	19.0	19.6	19.8	19.8	19.8	19.8
Ertrag	-4.6	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1	-5.1
Globalbudgetsaldo	14.4	14.5	14.7	14.7	14.7	14.7
Verrechnungen	2.9	3.2	4.3	4.3	4.3	4.3
Saldo	17.3	17.8	19.0	19.0	19.0	19.0
Finanzgrössen						
Aufwand	4.3	3.7	3.7	3.7	3.7	3.7
Ertrag	-0.2	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3	-0.3
Verrechnungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo	4.1	3.4	3.4	3.4	3.4	3.4
Saldo total	21.4	21.2	22.4	22.4	22.4	22.4



Es ergeben sich keine nennenswerten Abweichungen.